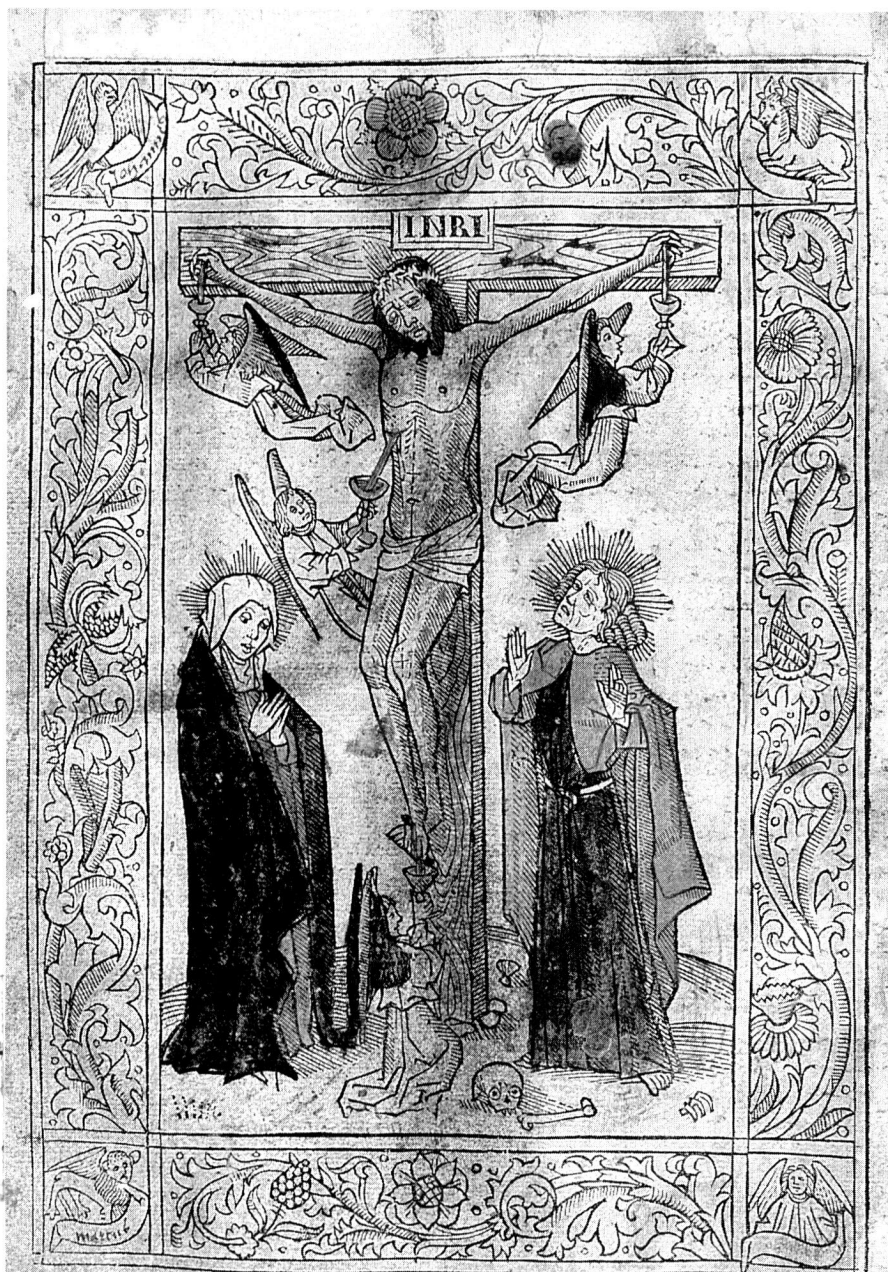


Ravensberger Blätter

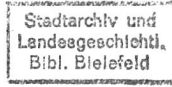


Organ des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg e.V.

Heft 2 · November 1991



240
Dav
1
u. Ex.



19.9.1
800

Inhaltsverzeichnis

I. Nachruf

Reinhard Vogelsang: Dr. Ursula Niemann 19.6.1906-27.9.1991 1

II. Beiträge

Holger Flachmann: Zur Geschichte der Bibliothek des Bielefelder Rats-
gymnasiums von ihrer Gründung bis zum Endes des Zweiten Weltkrieges 3

Helmut Hüffmann: Lübbecker Markenrecht im ravensbergischen Amt
Limberg 16

Gertrud Angermann: Jöllenbeck und Jöllenbecker in acht Jahrhunderten.
Festvortrag zur 800 Jahrfeier in Jöllenbeck am 9.6.1991 30

III. Miszelle

Heinz-Dieter Zutz: Die ehemaligen Bergwerke oberhalb von Halle 39

IV. Buchbesprechungen

Peter Nitschke: Verbrechensbekämpfung und Verwaltung (Konersmann) 43

800 Jahre Lemgo. Aspekte der Stadtgeschichte (Vogelsang) 45

Norbert Sahrhage: Bünde zwischen "Machtergreifung" und Entnazifizierung
(Minninger) 46

R. Stupperich (Hrsg.): Westfälische Lebensbilder, Bd. 15 (Tabaczek) 48

"Wir zeigen Profil"-Aus den Sammlungen des Staatsarchives Detmold
(Tabaczek) 49

R. Po-chia Hsia: Gesellschaft und Religion in Münster 1535-1618 (Tabaczek) 50

V. Register zu den Ravensberger Blättern (1980-1989). 51

Bearbeitet von Johannes Altenberend

VI. Namen, Notizen und Termine

Zum Titelbild: Aus einer der Inkunabeln im Besitz der Bibliothek, Meßbuch
von 1486 aus dem Franziskaner Kloster (Foto Köhne)

Redaktionsschluß für Heft 1/1992: 1. März

Einzelheft: 6,- DM

Redaktion:

Johannes Altenberend, Martin Tabaczek.

Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Rohrteichstraße 19, 4800 Bielefeld 1, Telefon 05 21/51 24 69.

Druck: DRUCKEREI SCHLÜTER, Inh. W. Harms,

Ernst-Rein-Straße 23, 4800 Bielefeld 1, Telefon 05 21/6 29 18

Dr. Ursula Niemann **19.6.1906 – 27.9.1991**

Nach dem Tod unserer beiden Ehrenvorsitzenden, Prof. Dr. Gustav Engel und Erich Forwick, haben wir nun, kaum zwei Jahre später, den Tod eines Ehrenmitgliedes zu beklagen. Am 27. September 1991 ist Frau Dr. Ursula Niemann, Vorstandsmitglied und Schatzmeisterin unseres Vereins von 1959 bis 1983, im Alter von 85 Jahren im Bielefelder Martha-Stapenhorst-Heim verstorben. Die letzten Monate ihres Lebens waren leider so sehr von Krankheit geprägt, daß sie, die stets voller Energie ihr Leben zu gestalten wußte, auf fremde Hilfe angewiesen war.



Frau Niemann ist am 19. Juni 1906 im schlesischen Oppeln zur Welt gekommen. Ihr Vater, Friedrich Schultz, wurde 1908 als Stadtbaurat nach Bielefeld berufen. Obwohl seine Hauptaufgabe lange Jahre, vor allem während der Zeit des Ersten Weltkriegs, darin bestanden hat, die Versorgung und Ernährung der Bevölkerung zu organisieren und zu sichern, fand er die Gelegenheit, mit vielen eigenen Bauten das Bielefelder Stadtbild zu prägen. Seine Werkkunstschule unterhalb der Sparrenburg und die Kapelle des Sennefriedhofes sind ausgezeichnete Beispiele für den hervorragenden Architekten. Die Vermutung ist sicher nicht falsch, daß seine Tochter von ihm das Interesse an Architektur und an Kunstgeschichte geerbt hat, ein Interesse, das sie bis an ihr Lebensende bewahren konnte.

Ihre schulische Ausbildung erhielt sie auf der Auguste-Viktoria-Schule, dem heutigen Bavink-Gymnasium. Nach dem Abitur studierte sie in Freiburg, Wien, Münster, Berlin und Bonn Geschichte, Deutsch, Philosophie und Kunstgeschichte. Mit einer Dissertation über die »Politik Bismarcks in den Jahren 1862 – 1866 im Spiegel der rheinischen Presse« wurde sie an der Bonner Universität 1931 zum Dr. phil. promoviert.

Nach dem Studium heiratete sie den aus einer Bielefelder Familie stammenden Exportkaufmann Joachim Niemann. Dessen berufliche Laufbahn führte das Ehepaar von 1934 bis 1941 nach Japan. Von dort aus lernte Ursula Niemann große Teile Ost- und Südasiens kennen. Drei Söhne sind aus der Ehe hervorgegangen. Nach einem Deutschlandaufenthalt 1941 konnten sie nicht nach Japan zurückkehren, statt dessen führte der Lebensweg die Niemanns nach Bukarest, der rumänischen Hauptstadt. Der Ehemann wurde zur Wehrmacht eingezogen, während Frau Niemann zusammen mit den Söhnen gezwungen war, Rumänien 1944 fluchtartig zu verlassen. Sie kehrte

nach Bielefeld zurück, wo sie das Kriegsende erlebte. Der Mann geriet in Gefangenschaft, erkrankte dort, wurde entlassen und starb auf dem Rücktransport. So kam es, daß Frau Niemann bei Kriegsende allein für den Unterhalt der Familie und die Erziehung ihrer Söhne sorgen mußte.

Wahrscheinlich haben die schweren Nachkriegsjahre einen weiteren entscheidenden Charakterzug Frau Niemanns geprägt: Sie hat voller Energie und Tatkraft die Geschicke der Familie gelenkt, hat allen Söhnen den Besuch der höheren Schule ermöglicht und für eine gute Ausbildung gesorgt. Sie selbst fand zunächst beim Historischen Verein eine Anstellung, und zwar seit Herbst 1946 als Bibliothekarin im Stadtarchiv und der damaligen Heimatbücherei. Am 1. April wurde sie von der Stadt übernommen, da die Bezahlung die Möglichkeiten des Vereins auf Dauer überstieg. Unter der Leitung Dr. Engels hat sie sich um alle Arbeitsbereiche der Dienststelle gekümmert.

Dennoch war, als Engel 1957 pensioniert wurde, die Bestellung als Nachfolgerin nicht problemlos zu erreichen. Frau Niemann fehlte die Ausbildung zur Archivarin. So wurde ihr die Leitung zunächst nur kommissarisch übertragen. Daß daraus dann doch eine dauernde Stelle als Amtsleiterin wurde, war mehr als gerecht, glichen doch die Jahre der Berufserfahrung und ihre Tatkraft den angeblichen Mangel längst aus.

Bis 1971 hat sie die Geschicke des Amts geleitet. In ihre Dienstzeit fiel die 750-Jahrfeier der Stadt im Jahre 1964, ein Ereignis, das alle Kräfte des Stadtarchivs erforderte. Die historische Ausstellung auf dem Gelände der Radrennbahn wäre ohne ihre Mitwirkung nicht möglich gewesen. In den letzten Berufsjahren gelang ihr noch der Aufbau einer stadtgeschichtlichen Ausstellung im Haus Wertherstraße 3. Diese Ausstellung kann als einer der Kerne des Historischen Museums angesehen werden. Der Verfasser dieses Beitrags darf als eine sehr angenehme und schöne Erinnerung berichten, daß die Übergabe der Amtsleitung 1971 an ihn in einer Atmosphäre der Offenheit und des Vertrauens stattgefunden hat, ganz ohne die häufig anzutreffende Bedenklichkeit des Ausscheidenden, ob denn der Nachfolger wirklich die geeignete Person sei und ob das Amt auch künftig sach- und fachgerecht fortgeführt werde. Er hat sich dann in den Folgejahren auch nie gescheut, Frau Niemann um Rat zu fragen, wenn es sich als nützlich oder notwendig erwies, und immer hat sie, die in Bielefeld mit den Personen und Verhältnissen so vertraut war, nach Kräften geholfen.

Große wissenschaftliche Werke hat Frau Niemann nicht veröffentlicht. Sie ging vor allem in der Arbeit in ihrem Amte auf. Dennoch gibt es Beiträge, die genannt werden müssen, so Aufsätze zur Stadtgeschichte in den Jahresberichten und vor allem im Minden-Ravensberger Kalender, dessen Schriftleitung sie von 1961 bis 1989 innehatte. Besonders ist die 1962 erschienene und 1972 in zweiter erweiterter Auflage gedruckte Liste der in Bielefeld um 1933 lebenden jüdischen Mitbürger und deren Schicksale hervorzuheben. Unter der umfangreichen Korrespondenz in diesem Zusammenhang sei auch ein Dankschreiben des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kolleck erwähnt.

Dem Historischen Verein hat sich Frau Niemann, wie oben erwähnt, vor allem als Schatzmeisterin zur Verfügung gestellt. In diesem Amt, für das große Lorbeeren nicht zu erwarten sind, steckt unendliche Mühe und Einzelarbeit. Die Wahl zum Ehrenmitglied 1989 war der längst überfällige Dank des Vereins an die langen Jahre unentgelt-

licher Arbeit. Nicht nur dadurch hat sie sich den Mitgliedern als Person tief eingepägt, sondern auch durch ihre sachlichen Beiträge und die freimütigen Äußerungen, mit denen sie ihre Meinung zu formulieren wußte.

So werden wir Frau Niemann im Gedächtnis behalten: als eine Frau, die immer half, wo sie konnte, die ihren guten Rat zuteil werden ließ, wenn man sie darum bat, die schon mal ein deftiges Wort gebrauchte, ohne damit zu verletzen, die nie klagte, auch wenn die Gesundheit nachließ, und die selbst noch dann tapfer blieb, als sie Schicksalsschläge in der Familie erleben mußte. Wir sind Frau Dr. Ursula Niemann einfach dafür dankbar, daß wir mit ihr zusammenarbeiten durften.

Reinhard Vogelsang

Zur Geschichte der Bibliothek des Bielefelder Ratsgymnasiums von ihrer Gründung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Holger Flachmann

‘Bibliotheken haben ihre Geschichte’, so könnte das vielzitierte Motto ‘*libri habent sua fata*’ abgewandelt werden. Denn die Geschichte einer Bibliothek ist mehr als die einer schicksalhaften Ansammlung im Laufe der Zeit zusammgekommener einzelner Bücher. Eine Bibliothek ist vielmehr eine Institution. Sie stellt das Ergebnis vielfältiger zielgerichteter Bemühungen dar. Diese orientierten sich bei einer historischen Gymnasialbibliothek bis in unser Jahrhundert hinein daran, gelehrte Lehrer mit Literatur beim Unterricht und der eigenen wissenschaftlichen Arbeit und Bildung zu unterstützen. Im folgenden sollen Aktivitäten und Einflüsse dargestellt werden, welche für die Entwicklung der Bibliothek am Bielefelder Ratsgymnasium bestimmend waren, der auf die Reformation zurückgehenden höheren Schule in der alten Hauptstadt der Grafschaft Ravensberg.¹ Im Vordergrund steht das Handeln der Lehrer, Bürger und Behörden beim Bibliotheksaufbau, nicht die Geschichte der Institution als einer abstrakten Einrichtung. Nachgezeichnet werden das maßgebliche Handeln und seine Entwicklungslinien von der Gründung der Bielefelder Gymnasialbibliothek im Jahr 1753 bis zum Ende

¹ Ausführlicher, einer bibliothekswissenschaftlich-historischen Systematik folgend, ist die Geschichte der Bibliothek des Ratsgymnasiums in einer Assessorarbeit im Rahmen der Laufbahnprüfung für den Höheren Bibliotheksdienst Frühjahr 1989 untersucht worden; sie trägt den Titel: Holger Flachmann, Die Lehrerbibliothek des Ratsgymnasiums zu Bielefeld während der Zeit der preußischen Provinzialverwaltung (1815 - 1945) - unter besonderer Berücksichtigung des Bestandes, Köln 1988. Die Arbeit wird demnächst veröffentlicht. Der Leser in der Region kann photokopierte Exemplare des in der Kölner Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen in Köln befindlichen Werkes bereits jetzt in der Bielefelder Universitäts-, der Stadt- und der Landesgeschichtlichen Bibliothek benutzen. Die bis dahin einzige Gesamtdarstellung zur Geschichte der Bibliothek ist die von Theodor Bertram, Geschichte der Bibliothek des Bielefelder Gymnasiums, in: Festschrift zum 350jährigen Jubiläum des Gymnasiums und Realgymnasiums zu Bielefeld. Am 5. und 6. August 1908, Bielefeld 1908, S. 111-125

des Zweiten Weltkrieges, einem tiefen Einschnitt für das Ratsgymnasium wie für das Schulwesen allgemein. Abschließend sollen zentrale Aspekte des kulturellen Hintergrundes, der allgemeinen historischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Strömungen skizziert werden, die den Literaturzugang beeinflusst haben und sich an den Büchern und Zeitschriften der Bibliothek festmachen lassen.

1. Der Aufbau der Bibliothek durch die Lehrer

Es entspricht dem Charakter und der Tradition einer Gymnasialbibliothek, daß das bibliothekarische Handeln und seine Kontinuität, Bestandsaufbau und Bibliotheksverwaltung, an der höheren Schule in Bielefeld in der Hand der Lehrer lag. Hierbei können individuelle und gemeinschaftliche Leistungen der Gymnasiallehrer unterschieden werden, die sich aber in vielfältiger Weise gegenseitig bedingten und einander durchdrangen. Auffällig ist, daß vornehmlich einzelne Lehrerpersönlichkeiten die Bibliothek und unser Bild von ihr immer wieder maßgeblich geprägt haben. Dies waren seit der Bibliotheksgründung 1753 für ein knappes Jahrhundert die Schulleiter, die sich anfangs Rektoren nannten; nach der französisch-napoleonischen Zwischenherrschaft eines Königreiches Westfalen führten sie mit Beginn der staatlichen Schulverwaltung in der 1815 neuerrichteten preußischen Provinz Westfalen die Amtsbezeichnung "Direktor".² Im Jahr 1838 wurde mit Oberlehrer Dr. Friedrich Heidbreede der erste Bibliothekar der Schule bestellt. Dieses bis heute fortgeführte Amt war durch die Erlasse des Königlich-provinzienschulkollegiums in Münster als Schulaufsichtsbehörde für die westfälischen Gymnasien eingerichtet worden.³

Die Gründung der Bibliothek erfolgte in der Mitte des 18. Jahrhunderts durch den pietistisch-aufgeklärten Gotthilf August Hoffmann, den Rektor der Schule von 1750 bis 1758.⁴ Hoffmanns Idee, eine Bibliothek einzurichten, wurzelte in den Erfahrungen, die er seit 1730 an den Franckeschen Stiftungen in Halle an der Saale erworben hatte. Zuerst Schüler des Pädagogiums, u. a. von Siegmund Jacob Baumgarten, einem Schüler Christian Wolffs, wurde er später selbst Lehrer am Halle-schen Waisenhaus. Der Kontrast zwischen den Verhältnissen in Halle und Bielefeld konnte kaum stärker sein. Die Franckeschen Anstalten verfügten 1721 mit

2 Für historische Angaben zu Stadt und Region sei hier allgemein auf die von Wilhelm Kohl herausgegebene "Westfälische Geschichte" und auf Reinhard Vogelsangs "Geschichte der Stadt Bielefeld" hingewiesen. Unentbehrlich für die Geschichte des Ratsgymnasiums ist nach wie vor der umfangreiche Beitrag vom Direktor der Schule in den Jahren 1898 - 1920 Christian Herwig, Geschichte des Gymnasiums und Realgymnasiums, in: Festschrift 1908, S. 1 - 110. Für Personenangaben vgl. ggf. die Personalverzeichnisse dieser Festschrift

3 Vgl. die Instruktionen für die Verwaltung der Gymnasialbibliotheken bzw. höheren Unterrichtsanstalten vom 15.9.1832, vom 5.7.1856 und vom 9.5.1868. Diese Erlasse befinden sich u. a. im Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster, Aktenband Prov. Schulkollegium Nr. 1769. Eine Liste der Bibliothekare des Bielefelder Gymnasiums bei Flachmann, Lehrerbibliothek, S. 167

4 Vgl. die Gründungsnotiz S. 288 im von Hoffmann angelegten und nach ihm auch "Album Hoffmann" genannten titellosen Album der Schule. Begonnen 1751 o. 1752. Fortgeführt bis 1830. 372 S. Quart-Format, Fundort: Stadtarchiv Bielefeld, ohne Signatur. Die Paginierung erfolgte durch den ehemaligen Lehrer am Ratsgymnasium Ulrich Haase. Vgl. auch dessen in der Landesgeschichtlichen Bibliothek/Stadtarchiv Bielefeld verfügbare maschinenschr. Arbeit: Die "Nachrichten" des Rectors Hoffmann (1751 - 1758) über das Bielefelder Gymnasium, hrsg. u. kommentiert von Ulrich Haase, [Bielefeld] 1983

18.000 Bänden über eine größere Bibliothek als die dortige Universität.⁵ Demgegenüber waren Bielefeld und seine höhere Schule für Hoffmann eine bibliothekarische Einöde; jedes Buch mußte er sich selbst beschaffen, wie er 1751 beklagte: "Was ich mir nicht selbst kommen lasse, das habe ich auch nicht."⁶ Den Plan einer Bibliothek für die Lehrer verwirklichte Hoffmann 1753, indem er Mittel aus einer Lotterie verwandte. Mit hier zusammengekommenen 78 und jährlich weiteren sechs Reichstalern aus einer städtischen Stiftung konnte Rektor Hoffmann während seiner Amtszeit lediglich einen kleineren Grundbestand an Literatur zusammenbringen. Von 220 Werken, die er bei seinem Weggang nach Dortmund 1758 verzeichnete, waren allerdings ein Großteil Buchgeschenke. Diese entsprachen überwiegend nicht Hoffmanns Vorstellungen, wie er selbst im Album der Schule notierte: "Einige schickten allerl. Bücher in natura, wovon doch die wenigsten etwas nutz waren." Dieses nicht von Enttäuschung freie Urteil zeigt, daß Hoffmanns Bibliotheksgründung zwar gelungen war. Doch ein systematischer und zweckdienlicher Bestandsaufbau war ohne ausreichende laufende Einnahmen noch kaum möglich.

Das bibliothekarische Handeln der Lehrer blieb im 18. Jahrhundert durch die beengten Finanzen bestimmt. In den 1790er Jahren konnten die Direktoren wohl schwerlich noch Bücher kaufen, da die finanzielle Ausstattung der Schule kaum hinreichte, auch nur die Lehrer zu besolden.⁷ Zu Beginn seiner Amtszeit klagte der von 1794 bis 1815 amtierende Rektor Friedrich Ernst Ruhkopf, daß für eine höhere Bildung "Mittel zur Beschaffung von Instrumenten, Modellen und Büchern geboten werden müßten."⁸

Grundsätzlich änderte sich die bibliothekarische Lage am Bielefelder Gymnasium erst durch den tatkräftigen ersten Direktor der Schule in der Zeit von 1815 bis 1837 August Krönig; ihm wurden aufgrund seiner Leistungen für die gelehrte Anstalt im Jahr 1820 Titel und Prädikat eines Königlichen Professors vom preußischen Kultusminister Karl Freiherr vom Stein zum Altenstein verliehen.⁹ Im veränderten politischen Umfeld beim Aufbau der preußischen Provinz Westfalen nach den Befreiungskriegen von der französischen Fremdherrschaft und dem Wiener Kongreß reformierte Krönig die Schule zu einem preußischen Gymnasium im Geiste des gesamtstaatlich verbindlichen Konzeptes der neuhumanistischen

5 Vgl. Handbuch der Bibliothekswissenschaft, Begründet von Fritz Milkau. hrsg. von Georg Leyh, 2., verm. u. verb. Aufl., Bd. 1-3,2, Wiesbaden 1952 - 1961. nebst Reg.Bd., Bearb. von Renate Bellmann, Wiesbaden 1965; hier: Bd. 3,2, S. 64

6 Zitiert nach Helmut Esser, Geschichte der Dortmunder Gymnasialbibliothek, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 72. 1980, S. 165 - 171, hier: S. 166. Hoffmann unterrichtete wie schon 1748 - 1750 seit 1758 wieder am Dortmunder Archigymnasium. Soweit keine anderen Quellen angeführt werden, beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen zur Bielefelder Gymnasialbibliothek auf das "Album Hoffmann", S. 288, 303 f., 306-313 (Hoffmanns Verzeichnis der Buchzugänge 1753 - 1758), 314 ff.

7 Vgl. Herwig, Geschichte, S. 65

8 Ebd., S. 67

9 Vgl. ebd., S. 85

Bildung.¹⁰ Sein Erfolg zeigte sich auch an der Steigerung der Schülerzahl zwischen 1815 bis 1819 von 46 auf 112. Der für die Provinz Westfalen am Konsistorium in Münster als Vorgängereinrichtung des Provinzialschulkollegiums zuständige Konsistorialrat Heinrich Friedrich Theodor Kohlrausch berichtete im Anschluß an die Visitation der Abiturprüfung Ostern 1820 nach Berlin, daß "das Gymnasium in Bielefeld zur Zeit d i e e r s t e unter unseren gelehrten Anstalten ist!"¹¹ Für die Bibliothek leistete Krönig nichts weniger als den Neuaufbau des Bestandes und der Verwaltung. Denn wohl spätestens während des allgemeinen Niedergangs der Schule in der Zeit der französischen Besatzung waren die meisten der von Hoffmann erworbenen Werke verloren gegangen. Dies zeigt ein Vergleich von Hoffmanns Bücherverzeichnis mit dem von Krönig angelegten und bis 1832 geführten, nach Sachgruppen geordneten Katalog.¹² Mit diesem und einem bis 1842 verwandten späteren Realkatalog¹³ erneuerte Krönig auch den Nachweis des Bibliotheksbestandes. Bis 1827 hatte er noch in der Kontinuität Hoffmanns die Neuzugänge ungeordnet im Album der Schule mit Angabe von Kurztitel, Stückzahl, Band, Heft oder Teil und Preis verzeichnet. Ausweislich der neuen Sachkataloge hatte Krönig im Jahr 1832 ca. 1.400 Bände zusammengebracht; der Katalog von 1842 zählt bereits 1.927 bis 1838 erschienene Titel. Der Erfolg Krönigs beim Neuaufbau der Lehrerbibliothek beruhte darauf, daß es früher als bei anderen Gymnasialbibliotheken gelang,¹⁴ einen regelmäßigen Bibliotheksetat gegenüber dem Schulträger durchzusetzen. Seit 1817 überwies der Magistrat der Stadt Bielefeld dem Gymnasium jährlich 50 Taler für Lehrmittel, welche Krönig ganz überwiegend für den Literaturerwerb einsetzte.¹⁵

Die für jede Bibliothek wichtige Entscheidungsbefugnis zum Kauf neuer Bücher wurde am Bielefelder Gymnasium zuerst durch den Direktor und seit 1838 durch den jeweiligen Oberlehrer im Bibliothekarsamt möglicherweise in Rücksprache mit dem Direktor ausgeübt. Erst mit dem Zugang der Loebellschen Stiftung 1863,¹⁶ die den Wert der Bielefelder Bibliothek weit über den durchschnittlicher gymnasialer Sammlungen erhob, traf die Lehrerschaft kollegial Entscheidungen beim käuflichen Bucherwerb.¹⁷ Dies entsprach auch den Vorschriften der staatli-

10 Vgl. ebd., S. 84 f. Zur neuhumanistischen Bildung vgl. Friedrich Paulsen, *Geschichte des gelehrten Unterrichts vom Ausgang des Mittelalters bis auf die Gegenwart mit besonderer Rücksicht auf den klassischen Unterricht*, 2., umgearb. u. sehr erw. Aufl. Bde. 1-2, Leipzig 1896 - 1897; hier: Bd. 2.2, S. 188 ff.; Albert Reble, *Geschichte der Pädagogik*, Stuttgart 1951, S. 160 ff.; Bruno Hamann, *Geschichte des Schulwesens. Werden und Wandel der Schule im ideen- und sozialgeschichtlichen Zusammenhang*, Bad Heilbrunn/Obb. 1986, S. 84 ff.

11 Zitiert nach Herwig, *Geschichte*, S. 86

12 Krönigs 28 Bl. umfassender Realkatalog im Quartformat befindet sich bei den Akten der Lehrerbibliothek im Bibliothekarszimmer des Ratsgymnasiums.

13 Ebd., 63 Bl., Quartformat

14 Vgl. Flachmann, *Lehrerbibliothek*, S. 36

15 Krönig notierte die Gelder im Album der Schule, S. 317 - 346

16 S. hierzu den nächsten Abschnitt

17 Vgl. das Protokollbuch der Lehrerversammlungen im Archiv des Ratsgymnasiums sowie für die Zeit bis 1852 die Akte "Acta Gymnas. Bielefeld. alte Konferenz-Protokolle, vom Octob. 1837 - Febr. 1852." Diese wie auch weitere Akten des Ratsgymnasiums sind erst nach Abschluß der Arbeit Flachmann, *Lehrerbibliothek* verzeichnet worden; sie werden hier mit ihren Originalaufschriften zitiert. Das Nachfolgende beruht auf einer Auswertung der Konferenzprotokolle, vgl. hierzu Flachmann, *Lehrerbibliothek*, S. 61 - 66

chen Bibliotheksinstruktionen. Bis zur Jahrhundertwende nahm die Lehrerkonferenz nicht nur Etatberichte entgegen, sondern diskutierte und entschied oft über den Kauf einzelner Titel. Unter den Lehrern kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen über die Verteilung der Erwerbungs-gelder auf die Fächer; der langjährige Bibliothekar Theodor Bertram erwähnt die "oft hitzigen Kämpfe in der Konferenz über die Verwertung der Mittel."¹⁸ Dem begegnete die Lehrerversammlung, indem sie am 5. November 1890 beschloß, den einzelnen Fächern feste Ausgabequoten zuzuweisen.

Mit dem Naturwissenschaftler Oberlehrer Prof. Dr. Theodor Bertram verwaltete von 1890 bis 1917 der bis 1945 bedeutendste Bibliothekar die Bielefelder Gymnasialbibliothek. Bertram, 1849 bei Halberstadt geboren und seit 1876 am Bielefelder Gymnasium tätig, verfaßte mit seinem bereits genannten Aufsatz nicht nur für beinahe drei Generationen die einzige zusammenhängende Darstellung zur Geschichte der Bielefelder Bibliothek. In mühevoller Kleinarbeit und mit wissenschaftlich-bibliothekarischer Professionalität beschrieb er auch die wertvollen frühen Drucke im Besitz der Bibliothek. Die Ergebnisse präsentierte er der interessierten Öffentlichkeit im Jahresbericht der Schule getrennt für die Druckwerke des 15. Jahrhunderts, die sog. Inkunabeln, und diejenigen des 16. Jahrhunderts.¹⁹ Insbesondere stellte Bertram die Organisation und Verwaltung der Gymnasialbibliothek auf eine neue, bis auf die Gegenwart reichende moderne Basis. Mit Blick auf das Erwerbungsverfahren setzte er Grundsätze durch, wie er sie offenbar in der schulbibliothekarischen Fachliteratur fand, die er auch für die Bibliothek angeschafft hatte. So lassen sich nach der Quotierung der Bibliotheksgelder von 1890, zu Beginn seines Bibliothekariates, in den Protokollbüchern der Lehrerversammlungen seit Anfang des 20. Jahrhunderts schließlich fast keine Beschlüsse mehr über den Erwerb einzelner Titel finden. Auch mit Hilfe eines Desiderienbuches²⁰ koordinierte jetzt der Bibliothekar die Literaturwünsche der Lehrer und entschied über den Buchkauf. Dies entsprach den Prinzipien moderner Bibliotheksverwaltung, welche den Lehrern in Wilhelm Reins Handbuch der Pädagogik von 1906 mitgeteilt wurden: Der für die Bibliothek zuständige Lehrer solle in ständigem Kontakt mit seinen Kollegen "das bis zu einem gewissen Grade selbständig auszuübende Anschaffungsrecht"²¹ besitzen.

Für den Umgang mit den Büchern war die durch Bertram reformierte Erschließung des Bestandes von wegweisender Bedeutung. 1908 schrieb er: "Eine Bücher-

18 Bertram, Geschichte, S. 122 f.

19 Theodor Bertram, Beschreibung der Inkunabeln, die sich in den Bibliotheken des Gymnasiums und der Altstadt Kirche zu Bielefeld befinden, Leipzig 1906 (Beilage zu dem Programm des Gymnasiums und Realgymnasiums zu Bielefeld Ostern 1906); Ders., Verzeichnis der in der Gymnasialbibliothek zu Bielefeld befindlichen Drucke aus dem 16. Jahrhundert, Leipzig 1908 (Beilage zu dem Schulprogramm des Bielefelder Gymnasiums Ostern 1908)

20 Dieses Buch für die Literaturwünsche und -vorschläge der Lehrer existiert nicht mehr; es wird in der Mitteilung des Gymnasiums an das Provinzialschulkollegium in Münster vom 28.1.1905 erwähnt, Akte "K2, Anstaltsbüchereien" im Konvolut "Büchereien Sammlungen etc. Abt. K." im Stadtarchiv Bielefeld.

21 Richard Ullrich, [Art.] Lehrerbibliotheken der höheren Schulen, in: Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik, Hrsg. von Wilhelm Rein, 2. Aufl., Bd. 1-10, Langensalza 1903 - 1911; der Artikel in Bd. 5, S. 428 - 452; hier: S. 442. In der Gymnasialbibliothek findet sich auch das unter Bertram erworbene umfangreiche Werk von Richard Ullrich, Benutzung und Einrichtung der Lehrerbibliotheken an höheren Schulen. Praktische Vorschläge zu ihrer Reform, Berlin 1905.

sammlung ohne gute Kataloge gleicht aber einem Messer ohne Klinge.“²² Wie er hier selbst weiter mitteilt, erneuerte er die Verzeichnisse. Es entstand der bis heute geführte alphabetische Zettelkatalog, für den auch die Altbestände nachträglich handschriftlich verzeichnet wurden. Dies war eine beachtliche Leistung, wenn man bedenkt, daß die Bibliothek 1875 bereits ca. 13.000 Bände umfaßte und noch vor der Jahrhundertwende auf mehr als 15.000 Bände anwuchs.²³ Dieser wie auch der neue Sachkatalog integrierten den gesamten Bibliotheksbestand zu einer Einheit. Denn der bislang getrennte Nachweis der ursprünglichen Gymnasial-, der Loebellschen- und der Niemeyerschen²⁴ Bibliothek wurde jetzt durch einen Gesamtkatalog aller Bücher und Zeitschriften ersetzt. Mit der zweiten herausragenden Leistung ermöglichte Theodor Bertram den Lehrern und anderen Benutzern den sachlichen Zugriff auf die vorhandene Literatur. Für den in seiner Größe im einzelnen inhaltlich nicht mehr überschaubaren Bestand begann er das Projekt einer Verzeichnung der Bücher und Zeitschriften in zum Teil detaillierten Sachgruppen. Erst fünf Jahre nach seinem Tod waren die neun schweren Bände im Folioformat abgeschlossen. Bertrams Realkatalog, bis in die 1950er Jahre fortgeschrieben, gliedert die Werke der Bibliothek nach Wissenschaftsgebieten, wodurch er heute als bibliotheks- und literaturgeschichtliche Quelle Beachtung verdient. Die überwiegend auf dem Rücken der Folianten angebrachten Titel lauten in der Reihenfolge, in welcher die Bände bis 1922 fertiggestellt wurden:

1. Lateinische Sprache; 2. Deutsche Sprache; 3. Neuere fremde Sprachen;
4. [Allgemeine Sprachwissenschaft. Orientalia. Griechisch]; 5.-6. Geschichte;
7. Mathematik. Naturwissenschaften. Geographie; 8. Theologie; 9. Wissensch. Allgem. Pädagogik. Philosophie. Recht. Staat. Wirtschaft. Varia.

Für die Zeit nach Bertram lassen die Quellen noch einmal einen interessanten Bibliothekar hervortreten, in dessen Amtszeit auch der Realkatalog vollendet wurde. Es handelt sich um den Altphilologen Prof. Dr. Otto Steinbach, einen 1862 in der kleinen, ehemals der Hanse angehörenden sauerländischen Stadt Breckerfeld geborenen Westfalen. Zuerst zuständig für die Schülerbibliothek, leitete Steinbach die Gymnasialbibliothek nach Bertrams Tod bis 1930, sechs Jahre nach seiner vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand wegen des Lehrerabbaus im Zuge der preußischen Sparpolitik nach der Inflation. Als pensionierter Studienrat und gewissermaßen hauptamtlicher Bibliothekar nahm sich Steinbach die Zeit für eine bis 1945 einmalige, mühselige Aktion: Im Februar 1925 zählte er den gesamten Bestand, jedes Regal und Pult, Brett für Brett, Ablage für Ablage, Fach für Fach, sogar „unter der Fensterbank“ im Lesezimmer der Bibliothek. Dies zeigen die Angaben in seinem Notizheft, das sich noch heute im Schrank des bibliothekarischen Arbeitszimmers befindet. Abgesehen von 1.700 nicht zur Bibliothek gehörigen Büchern und einzeln gezählten Zeitschriftenheften umfaßte der Bestand danach 1925 mehr als 21.000 Bände.²⁵ 20 Jahre später war er auf etwa 24.500 Bände angewachsen.²⁶

22 Bertram, Geschichte, S. 121

23 Ausführliche Angaben zur Größe der Bibliothek und der Probleme der Bestandsangaben bei Flachmann, Lehrerbibliothek, S. 44 - 55

24 Zum Erwerb der Bibliothek Niemeyers s. den nächsten Abschnitt

25 Vgl. Flachmann, Lehrerbibliothek, S. 48 - 50

26 Vgl. ebd., S. 52 f.

salutaribus moniti et diuina
institucōne formati aude
mus dicere.

Pater noster qui es in
celis sacrificetur nomē tuus
Adueniat regnū tuū. Sicut
uolūtas tua sicut in celo et in
terra. Panē nēm cotidianū
da nobis hodie. Et dimitte
nobis debita nra sicut et nos
dimittim⁹ debitorib⁹ nris Et
ne nos iducas in tēptacionē
Sed libera nos a malo Amē

Hic leuet patenam
dicens sub silentio
Libera nos q̄
sumus domi
ne ab oībus malis
p̄teritis p̄sētib⁹ et
futuris et interce
dente beata ⁊ glo
sa sēp uirgine dei ge
nitricē maria ⁊ be
atis apostolis tuis
Petro et Paulo
atq⁹ Andrea cū oī
bus sctis Da pi
rius pacē in dieb⁹
nr̄is Hic osculet⁹ pa
tenā facie dō crucē
ut ope nr̄i ⁊ scdie
tue adiuu ⁊ a pctō
sing sēp liberi Hic
signet se cū patena
in fr̄ōte ⁊ ab omī p
turbacōne ⁊ securi

2. Der Einfluß von Bürgern und Behörden beim Bibliotheksaufbau

Bielefelder Bürger, Wissenschaftler und Gelehrte, ehemalige Lehrer und Schüler, aber auch die preußischen Schulbehörden hatten einen erheblichen Anteil am Aufbau des Bibliotheksbestandes, besonders im 19. Jahrhundert. Tausende Bände Literatur gehen auf ihr Konto, indem sie der Bibliothek einzelne Buchgeschenke machten oder ganze Sammlungen zuwandten. Zweimal gelang es der Schule sogar, von dieser Seite geschlossene Bibliotheken zu übernehmen. Im Gegensatz zu den Klagen des Bibliotheksgründers Gotthilf August Hoffmann Mitte des 18. Jahrhunderts waren diese außerhalb des regulären Kaufes eingehenden Bücher ein Gewinn für das nach Schulzweck und Selbstverständnis gelehrte Bielefelder Gymnasium und seine Bibliothek.²⁷

Johann Wilhelm Loebell, nach dem noch heute eine Straße in Bielefeld benannt ist, vermachte dem Gymnasium testamentarisch seine Gelehrtenbibliothek. Seit 1829 als Professor an der Universität Bonn tätig, lehrte Loebell seit 1831 allgemeine und Literaturgeschichte in der Nachfolge Barthold Georg Niebuhrs.²⁸ Mit der Loebellschen Sammlung erfuhr die Gymnasialbibliothek 1863 einen Zuwachs von 7.000 Bänden, den bedeutendsten in ihrer Geschichte.²⁹ Die außergewöhnlich geschlossene Sammlung an insbesondere historischer, literaturwissenschaftlicher und Literatur der deutschen und antiken Klassiker wurde der Schule zuteil, weil sie mit Zustimmung des Provinzialschulkollegiums die Bedingungen erfüllte, die Loebell 1856 öffentlich in der "Zeitschrift für das Gymnasialwesen" formuliert hatte. So verfügte das Bielefelder Gymnasium bis dahin noch nicht über eine geschlossene Literatursammlung; außerdem verstand es sich als protestantische Schule. Weiter erklärte es sich bereit, Loebells jährlich bei den Schulfestlichkeiten zu gedenken, seine Bibliothek - bis heute - geschlossen aufzustellen, selbst Dubletten nicht zu veräußern, jedes Buch mit dem Namen des Stifters zu kennzeichnen und kontinuierlich Werke zur Klassischen Altertumswissenschaft und Geschichte hinzuzukaufen. Besonders interessant für Schule und Aufsichtsbehörde waren die mit der Bibliotheksübernahme verbundenen regelmäßigen Einnahmen: Erst durch die Inflation in der Weimarer Zeit gingen die 3.000 Taler verloren, die Loebell dem protestantischen Gymnasium zusätzlich zu seinen Büchern vermacht hatte, um aus den jährlichen Zinserträgen die Sammlung fortzuführen.

Bielefelder Bürger sorgten 1875 mit einer Summe von 250 Talern entsprechend 750 Mark dafür, daß ein weiterer einheitlicher, diesmal theologischer Buchbestand

²⁷ Vgl. ebd., S. 70 f.

²⁸ Zur Biographie und zum Werk Loebells vgl. Theodor Bernhardt ; Carl von Noorden, Zur Würdigung Johann Wilhelm Löbells. Vier literarisch-historische Untersuchungen, nebst vorausgehenden biographischen Notizen. Braunschweig 1864; Paul Schmidt, Johann Wilhelm Loebell. 1786 - 1863, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Geschichtswissenschaften, Bonn 1968, S. 79 - 92

²⁹ Vgl. den Katalog der Loebell'schen Bibliothek. Als Festschrift für die Loebell'sche Gedenkfeier am 15. September, zugleich als Beigabe zu dem diesjährigen Programm des Gymnasiums in Bielefeld ausgegeben, Bielefeld 1864. Unter 6.753 fortlaufenden Nummern sind etwa 7.000 Bände verzeichnet. Die nachfolgenden Angaben über die Loebellsche Stiftung stützen sich auf den veröffentlichten Jahresbericht des Bielefelder Gymnasiums von 1863/64 und die nicht näher bezeichneten diesbezüglichen Akten zur Bibliothek im Archiv des Ratsgymnasiums.

für die Gymnasialbibliothek erworben werden konnte. Es handelte sich um die 800-bändige Bibliothek August Heinrich Niemeyers, des verstorbenen Pastors an der evangelischen Neustädter Marienkirche in Bielefeld.³⁰

Mit dem Zugang der Loebellschen Bibliothek zeigte nicht nur das Lehrerkollegium ein gesteigertes Interesse an der eigenen Bibliothek, wie an den Diskussionen über Neuanschaffungen in den Konferenzen deutlich wurde. Buchgeschenke gingen jetzt nicht mehr allein von ehemaligen oder noch tätigen Lehrern ein, wie etwa in den 1890er Jahren durch den Direktor der Schule Prof. Dr. Otto Nitzsch.³¹ An Geschenken von Seiten der Bürger dokumentierte sich jetzt immer wieder auch das Interesse der Öffentlichkeit an der Bielefelder Gymnasialbibliothek. In der Summe der Einzelgeschenke bedeutete dies einen erheblichen und kontinuierlichen Zuwachs an Literatur. In der Regel handelte es sich um Bücher von Bielefelder Bürgern, von Geistlichen, Beamten, Offizieren, Kaufleuten, Fabrikanten, ehemaligen Schülern. Insbesondere die gebildeten und besitzenden Bielefelder zeigten so bis Anfang des 20. Jahrhunderts die enge Verbundenheit mit 'ihrem' Gymnasium und seinem Bildungsauftrag. Mitglieder der unteren Bevölkerungsschichten traten als Geschenkgeber nicht in Erscheinung, vereinzelt nur Bielefelder Handwerksmeister. Aus dem Kreis ortsansässiger Familien und Firmen wandte die Bielefelder Beamten-, Kaufmanns- und Unternehmerfamilie Delius der Bibliothek über zwei Generationen immer wieder auch umfangreichere Buchgeschenke zu. Zuletzt ließ Paul Delius der Schule im Jahr 1912 eine Sammlung der Romane von 52 französischen Autoren des 19. Jahrhunderts zukommen, Werke etwa von Honoré de Balzac, Alexandre Dumas, Victor Hugo und Émile Zola. Der traditionsreiche Bielefelder Verlag Velhagen & Klasing blieb der Bibliothek seit Mitbegründung der Schülerbibliothek vom Primaner August Velhagen 1828 für über 100 Jahre durch Buchgeschenke verbunden. Seit 1893 überließ das Verlagshaus dem Gymnasium aus seiner Produktion "von allen Werken ..., soweit sie für die Schule wünschenswert scheinen, je ein Exemplar, und fast alle in schönen Einbänden." Darüberhinaus versorgte Velhagen & Klasing die Bibliothek seit der Inflation zuerst laufend mit sieben und laut Inventar der Jahre 1934 ff. mit zwölf seiner wissenschaftlichen Zeitschriften. Bis 1936/37 war das mehr, als die Schule aus eigenen Mitteln an Zeitschriften erwarb.

Auch von außerhalb Bielefelds wurde die Bibliothek mit Literatur bedacht. Als Geschenkgeber traten Autoren, Gelehrte oder sonst an Bildung und Wissenschaft interessierte Bürger in Erscheinung. So schenkte der Kölner Geheime Kommerzienrat Emil von Rath bis 1915 über 20 Jahre lang jährlich etwa 10 Titel besonders zur rheinischen Geschichte, hierunter auch Zeitschriften wie die "Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein" oder die "Mitteilungen aus dem Kölner Stadtarchiv".³²

Einen erheblichen Einfluß auf die Bestandsentwicklung hatte die öffentliche Verwaltung. Durch die bereits genannten Bibliothekserlasse des 19. Jahrhunderts,

30 Vgl. Bertram, Geschichte, S. 120

31 Für die geschenkten Titel, die Geschenkgeber und das nachfolgende Zitat vgl. den jeweiligen Jahresbericht des Bielefelder Gymnasiums

32 Für weitere umfangreichere Geschenke vgl. Bertram, Geschichte, S. 120

die auch nach Preußens Übergang zur republikanischen Staatsform im 20. Jahrhundert weiter in Geltung waren, regelte die preußische Kultusverwaltung die Ordnung der Bibliotheken an den höheren Lehranstalten in ihren Grundzügen. Dies betraf nicht nur das Amt und die Dienstführung des als Bibliothekar tätigen Lehrers unter der "Oberaufsicht" des Direktors. Vorgeschrieben war auch, daß Kataloge und Rechnungsbücher zu führen seien, welcher Personenkreis die Bücher in welcher Form nutzen dürfe, wie oft und in welcher Weise eine Revision des Bestandes vorgenommen werden müsse, bis hin zur Bestimmung, daß "die Reinigung des Lokals .. nur in Gegenwart des Bibliothekars oder einer von ihm erwählten ganz zuverlässigen Person Statt finden" solle.

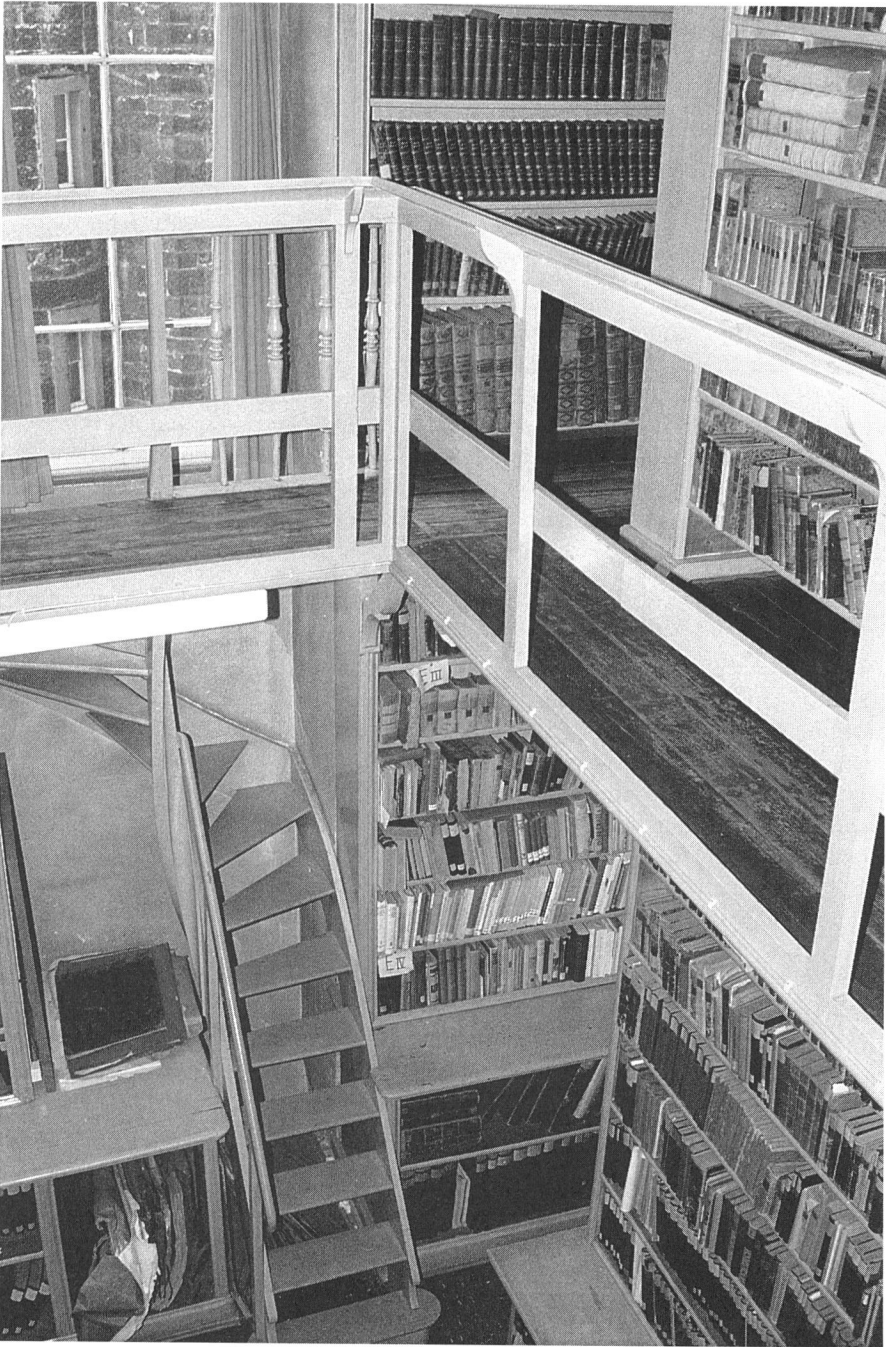
Über diese Vorschriften hinaus nahm die staatliche Verwaltung wie auch im Falle anderer Gymnasien durch Buchgeschenke unmittelbar Einfluß auf den Bestand.³³ Diese Zuwendungen orientierten sich an der finanziellen Ausstattung der Bibliothek, die vom Vormärz bis zur Reichsgründung bei einer enorm gestiegenen Literaturproduktion nur von 50 auf 120 Taler entsprechend 360 Mark anwuchs. Als im Kaiserreich der Bibliotheksetat auch durch die Loebellschen Zinsen zeitweise fast 1.000 Mark erreichte, immer aber über 800 Mark lag, stellte das Ministerium die regelmäßigen Büchergeschenke ein.³⁴ Die im Vormärz und nach der 1848er Revolution aus Berlin eingegangenen Werke zeigen, daß die Schulbürokratie mit diesen Büchern das preußische Schul- und Unterrichtskonzept der neuhumanistischen, stark althilologisch und historisch ausgerichteten Bildung wie auch ihre allgemeinen politischen Vorstellungen des obrigkeitlich verfaßten Staates unterstützte. Hier sei nur Leopold von Ledeburs "Allgemeines Archiv für die Geschichtskunde des preußischen Staates" erwähnt, das die Bibliothek seit 1833 erhielt. Dieser Zeitschrift ging es genau wie dem Berliner Ministerium nicht darum, Teilhabe an politischer Verantwortung, sondern Identifikation mit Preußen, seiner staatlichen Geschichte und dynastischen Tradition zu befördern.

Mit dem Ende der regelmäßigen ministeriellen Büchergeschenke endete auch für zwei Generationen der behördliche Einfluß auf den Bestandsaufbau. Dies änderte sich gründlich im Dritten Reich. Bücher und Zeitschriften aus den Titellisten des "Zentralblatts für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen" und des seit 1935 amtlichen reichseinheitlichen Ministerialorgans "Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung" finden sich nach 1933 in zunehmendem Maße unter den Neuerwerbungen der Gymnasialbibliothek. Hierzu gehörten nicht nur nationalsozialistische Standardwerke wie Hitlers "Mein Kampf" oder Alfred Rosenbergs "Der Mythos des 20. Jahrhunderts". Auch andere rassische und völkische Literatur ging jetzt in den Bestand ein. Die Aussonderungen auf Befehl der britischen Militärbehörden nach dem Zweiten Weltkrieg belegen, daß zwischen 1934/35 und 1945 ein Drittel der Neuzugänge nationale oder NS-Literatur war.³⁵

33 Vgl. Flachmann, Lehrerbibliothek, S. 27 f. u. S. 71 - 75

34 Vgl. die Übersicht und graphische Darstellung zur Einnahmeentwicklung der Bibliothek ebd., S. 39 und die diesbezüglichen auch vergleichenden Ausführungen S. 34 - 44

35 Vgl. die Aussonderungslisten bei den im Schularchiv befindlichen "Akten des Magistrats Bielefeld. Dienststelle: Gymnasium. betr. Schülerbücherei und Lehrerbücherei. Sign. H N 3." mit den erhaltenen Inventaren im Verwaltungszimmer der Bibliothek sowie Flachmann, Lehrerbibliothek, S. 120 - 123, 129 - 131 und besonders für das Folgende S. 76 - 81



Der zweigeschossige Innenraum der Bibliothek des Ratsgymnasiums (Foto: Köhne)

Im Krieg wurden dann auch beschönigend sogenannte "Säuberungen" am Bibliotheksbestand durchgeführt. Mit rotem Filzschreiber gestrichene Titel in Bertrams Realkatalog und der jeweilige Hinweis "ausges. Juli 42" belegen die Aussonderung von mehreren Hundert Titeln in der Theologischen Abteilung. Es entsprach den Kriterien des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, bereits 1940 von der Schule eingefordert, daß jüdische, bibelwissenschaftlich-exegetische und konfessionelle Literatur aus dem Bestand entfernt wurde. Mit ca. 100 Werken u. a. von Christoph Ernst Luthardt, einem maßgeblichen lutherischen Theologen im 19. Jahrhundert, verlor die Bibliothek fast vollständig ihre wertvolle Predigtsammlung.

Ein letzter Faktor behördlichen Einflusses soll zumindest erwähnt werden, die finanzielle Ausstattung der Bibliothek. Seitdem Direktor August Krönig 1817 einen festen Etat durchgesetzt hatte, erhielt die Gymnasialbibliothek durch die Stadt Bielefeld bis 1945 und auch später wieder jährlich Anschaffungsgelder, zuletzt 1932 bis 1945 850 Reichsmark im Jahr. Die Stadt verband allerdings zu keiner Zeit inhaltliche Auflagen mit diesen Mitteln. Für einen ausgewogenen und kontinuierlichen Literatuerwerb waren sie wie für jede andere Bibliothek unverzichtbar. Denn im Gegensatz zu den meisten Geschenken gestattete der Kauf eine gezielte Auswahl von Büchern und Zeitschriften.

3. Der kulturelle Hintergrund der Literatuerwerbungen

Die dargestellten Aktivitäten beim Bestandaufbau, die Anschaffungen der Lehrer, die Geschenke von Bürgern und Behörden und auch die veränderte Erwerbungspolitik unter dem Einfluß des Nationalsozialismus, sind das Ergebnis jeweils einflußreicher geistiger Zeitströmungen. Dies dokumentieren die Literaturzugänge in den einzelnen historischen Epochen.³⁶

Seit der Gründung der Bibliothek ging es den Lehrern darum, eine funktionsfähige Sammlung für ihren eigenen wissenschaftlichen Bedarf und für die Zwecke eines Unterrichts aufzubauen, der sich auch im 20. Jahrhundert noch weithin als gelehrter Unterricht verstand. Das Interesse der Lehrer richtete sich anders als an rein wissenschaftlichen, etwa Universitätsbibliotheken weniger auf Spezialliteratur. Vornehmlich versuchten die Lehrer zu allen Zeiten, neben grundlegenden Monographien, historischen Quellen und den Werkausgaben klassischer Autoren der Geistesgeschichte einen stets aktuellen Grundbestand an Arbeitsliteratur zu erwerben: allgemeine und fachliche Nachschlagewerke und Hilfsmittel, Hand- und Lehrbücher, Gesamtdarstellungen, Kartenwerke und Zeitschriften.

In der Gründungsphase der Bibliothek war dieses Bemühen durch Rektor Hoffmanns Erfahrungen aus den Franckeschen Stiftungen in Halle und seine von hier geprägten pietistisch-aufgeklärten Überzeugungen motiviert. Diese nahmen von der Latein- und Lernschule alten Stils Abschied. Die Absicht, den Schülern ein historisch gegründetes, an einer selbständigen Lebenspraxis orientiertes sittliches Wissen zu vermitteln, bezeugen die Buchkäufe Hoffmanns, wie etwa das von

³⁶ Die nachfolgenden, notwendigerweise summarischen Ausführungen stützen sich auf die bereits erwähnten Literaturverzeichnisse und Kataloge und die erhaltenen Inventare der Bibliothek. Insgesamt sei auf Flachmann, *Lehrerbibliothek*, S. 14 - 19, 82 - 132 und für die Quellen auf deren ausführliche Verzeichnung ebd., S. 153 - 157 verwiesen.

Johann Heinrich Zedler in der Mitte des 18. Jahrhunderts begonnene "Große Universallexicon aller Künste und Wissenschaften".

In der Zeit Direktor Krönigs wandelte sich der jetzt regelmäßige Literaturerwerb unter der Vorherrschaft des neuhumanistischen Bildungsideals, das die klassischen Altertumswissenschaften didaktisch in besonderer Weise betonte. Kauf und Geschenke entsprachen diesem weithin entpolitisierten, in Preußen mit der traditionellen Legitimierung des Staates einhergehenden pädagogischen Leitbild. Schwerpunkte des Bucherwerbs waren daher bis zum Kaiserreich altphilologische oder solche historische Werke, welche die militärischen und staatlichen Leistungen der preußischen Monarchie hervorhoben sowie deren religiös begründete vorkonstitutionellen Grundlagen zu stabilisieren geeignet waren. Neben griechischen und römischen Klassikern von Homer bis Ovid gingen etwa Werke des Historikers und Staatsrechtlers Karl Heinrich Ludwig Pölitz oder die "Hohenzollerischen Forschungen" in den Bestand ein. Die politisch bedeutsame Literatur stand dem restaurativen Zeitgeist nahe oder begünstigte ihn, indem sie liberales Gedankengut mit der Idee von Obrigkeitsstaat und Monarchie zu vermitteln trachtete und so letztlich verwässerte. Seit Krönigs Zeit und verstärkt mit dem Ausbau des Gymnasiums auch zum Realgymnasium in den 1850er Jahren ging zunehmend realkundliche Literatur in den Bestand ein; neben Werken zur Geschichte handelte es sich um solche zur Mathematik, den Naturwissenschaften und zu den modernen Sprachen. Dies entsprach den Bildungsinteressen der in Bielefeld tonangebenden Kaufleute und Gewerbetreibenden im Übergang zur Industrialisierung und der Entwicklung der Stadt zum Wirtschaftszentrum Ostwestfalens.

Im Kaiserreich, bei einem zwar noch dominanten, aber rückläufigen Anteil des altphilologischen Unterrichts, erfuhr die historische Literatur auch durch die Loebellsche Stiftung eine Aufwertung. Gleichzeitig zeigte sich hier ein zeitbedingter Wandel. Zu den Werken zur preußischen Geschichte traten solche der national-liberalen und konservativen Nationalhistoriographie im kaiserlichen Deutschland. Mit den Werken Heinrich von Sybels, Heinrich von Treitschkes oder Rudolf Hayms 'Preußischen Jahrbüchern' dokumentierte sich auch am Bielefelder Gymnasium das preußisch-kleindeutsche Selbstbewußtsein des zwar rechtsstaatlichen, nicht aber demokratischen, sondern monarchisch-obrigkeitlichen Deutschland. Sozial-kritisches Schrifttum wie etwa das Werk von Karl Marx fehlte fast vollständig.

Das änderte sich auch in der Weimarer Republik nicht. Die Bibliothek erwarb umfangreiche Literatur zum Ersten Weltkrieg, zum Versailler Friedensvertrag und der hier festgeschriebenen Kriegsschuld und Gebietsabtretungen Deutschlands. Damit zeigten sich die Lehrer zwar aufgeschlossener gegenüber aktueller politisch-historischer Literatur als bisher. Doch sie blieben überwiegend wie auch der Großteil der öffentlichen Verwaltung der obrigkeitlichen Tradition verbunden, indem sie sich einer abstrakten Idee vom deutschen Nationalstaat, nicht aber der konkreten Staatsform der Weimarer Demokratie verpflichtet fühlten. Es wurden Werke zur an Nation und deutscher Sprache orientierten deutschkundlichen Pädagogik erworben, nicht aber zur Weimarer Reichsverfassung.

Im Dritten Reich ging dann, wie bereits erwähnt, ein hohes Maß an nationaler und völkisch-rassistischer Literatur in die Gymnasialbibliothek ein. Bei den neuar-

tigen, repressiv-totalitären Methoden der Nationalsozialisten läßt dies keinen Rückschluß auf die politische Einstellung der Gesamtlehrerschaft zu.³⁷ Zuletzt im Krieg konnte es, wie schon berichtet, nicht verhindert werden, daß Literatur ausgedeutet wurde, die den Nationalsozialisten mißliebig war. Dies stellte aus der Sicht gelehrter auch konservativer Lehrer einen barbarischen Akt dar, einen Bruch sowohl mit der preußischen, nehumanistischen, wie auch der rechtsstaatlich-nationalen Bildungstradition.

Lübbecker Markenrecht im ravensbergischen Amt Limberg

Helmut Hüffmann

Im Dezember 1646 erhielt der Börninghauser Pfarrer Johann Marmelstein einen Brief, den der Lübbecker Stadtsekretär Poelmann im Auftrag von »Ritterschaft, Bürgermeister und Rat« unterzeichnet hatte. Pfarrer Marmelstein erhielt den Auftrag, der dortigen Gemeinde Anordnungen aus der Lübbecker Markenordnung bekanntzugeben. Die Mark hatte unter übermäßigem und unrechtmäßigem Holzhau gelitten. Auch die »Fredehölzer« waren nicht verschont worden. Bei »Pöen 5 Taler« war es künftig untersagt, in den eingefriedeten Waldungen mit ihrem jungen Baumbestand Holz zu schlagen. Während des Adventgottesdienstes am 20. Dezember wurde die Lübbecker Anordnung in der Börninghauser Kirche verlesen¹.

Börninghausen-Masch, Heddinghausen, Holzhausen, Glösinghausen, Dumerten im ravensbergischen Amt Limberg waren in der freien Lübbecker Mark Nutzungsberechtigt. Die freie Mark war bisher jeder landesherrlichen Bevormundung entzogen gewesen, und nach dem Willen der Lübbecker sollte es auch so bleiben. Recht und Rechtsprechung aus der bischöflichen Zeit waren eindeutig.

An der Lübbecker Mark waren etwa 30 Dörfer und Bauerschaften um Lübbecke Nutzungsberechtigt. Ein bevorzugtes Nutzungsrecht stand den Lübbecker Bürgern und den Erbxen zu². Die Markenstatuten wurden in Übereinstimmung mit den Erbxen von »Ritterschaft, Bürgermeister und Rat« der Stadt Lübbecke festgesetzt. Die Zinsen der Nutzungsberechtigten Bauern und Kötter, die Markenzinsen, die alle zwölf Jahre fälligen Weinkaufsgelder und der »Berg-Canon« der im Wiehengebirge Nutzungsberechtigten, flossen der Stadtkämmerei zu. Die oberste Markenüberwa-

37 Vgl. Walter Ohly, Das Ratsgymnasium im Jahre seines 375jährigen Bestehens 1933, in: 425 Jahre Ratsgymnasium Bielefeld, Bielefeld 1983, S. 273 - 287; hier: bes. S. 287

1 Stadtarchiv Lübbecke (zit.: Stadt-A.L.), AI-9.27, Bl. 1 ff.

2 Helmut Hüffmann, Studien zur Lübbecker Mark. In: 63. Jahresber. des Hist. Vereins f. die Grafschaft Ravensberg (Jg. 1962/63). Zu dem Begriff »Erbx« ebdt., S. 107. Vgl. den genannten Ortschaften entsprechend: Das Urbar der Grafschaft Ravensberg von 1556, bearb. v. F. Herberhold, Münster 1960.

chung stand der Stadt Lübbecke zu, die sie durch ihre beiden Schützenmeister, die ihnen zur Seite gestellten Scheffer und deren örtlichen Gehilfen, die »Hölterer«, ausüben ließ³.

Lübbecke hatte sein eng mit der Stadt verwobenes Markenrecht auch in der Grafschaft Ravensberg vor landesherrlichem Zugriff bewahren können. Hier spielt sicher die Militanz der Stadt eine Rolle. Die Burgmannschaft, zur Residenz in der Stadt und innerhalb des bischöflichen Aufgebots zum Dienst auf der landesherrlichen Burg Reineberg vor den Toren der Stadt verpflichtet, sollte bischöfliches Gut und landesherrliche Rechte sichern helfen, eingeschlossen das umfangreiche Lübbecker Markengebiet, die Existenzgrundlage nicht nur der Bauern, sondern auch der Stadt.

In Lübbecke dominierte die Burgmannschaft. Erst zu Beginn des 16. Jahrhunderts kam es zu einem Ausgleich zwischen dem ritterlichen und dem bürgerlichen Anteil. Die machtpolitischen Auseinandersetzungen zu Beginn des 15. Jahrhunderts, als die Territorien in ihren Umrissen erkennbar wurden, wirkten sich entsprechend auf die ravensbergische Landesherrschaft im Bereich des Limberges aus.

An Versuchen, die an der Lübbecker Mark beteiligten Bauern im Amt Limberg unter ravensbergische Markenhoheit zu zwingen, hat es gewiß nicht gefehlt⁴. Zwar gelang es den Grafen von Ravensberg und ihren Rechtsnachfolgern, den Grafen von Jülich und den Herzögen von Jülich-Berg, Burg Limberg der mindisch-bischöflichen Lehnshoheit zu entziehen, das Markenrecht erwies sich jedoch als stabil, wobei Gewaltanwendungen von seiten der Lübbecker nicht ohne Wirkung blieben. Die Grafen von Ravensberg und ihre Rechtsnachfolger behaupteten weitgehend die territoriale Gewalt, ohne jedoch Lübbecke aus seinem markenrechtlichen Anteil verdrängen zu können. Die Ravensberger Burgmannen auf Fiegenburg, Crollage, Holzhausen und Hudenbeck nebst Brüggelhof waren Erbexen in der Lübbecker Mark und aufgrund ihres Standes der Mark schon aus Eigeninteresse verbunden⁵. Der Lübbecker Rat demonstrierte seine markenherrliche Gewalt jährlich durch einen Umritt, der mehrere Tage erforderte. Der Verlauf war in der Ratsordnung vorgegeben⁶.

Das Lübbecker Markengericht war ständig mit Übergriffen auf Markengut und Grenzstreitigkeiten befaßt. Übergriffe der Bauern ließen sich schnell ahnden. War

3 Stadt-A.L., AII-32.5, S. 178: »ao 1630 Gotfrid Meyer Holter zu Holthusen Limbergs einen Marckgenossen seines uf der Marck beschenen Verbrechens halber ein Pferd abgepfandet und anhero in die Statt Lubbecke gebracht«. Stadt-A.L., AI-20.3, Bl. 81: »Die Bauerschafft Holtzhausen zahlet jährlich durch den dasiegen bestellten Höltzer Holtzungs Geld 27 gr. Die Bauerschafft Börninghausen zahlet jährl. durch den bestellten Höltzer Holtzungsgeld 18 gr«. Das Holzungsgeld ist gesondert aufgeführt und kann nicht mit dem »Berg-Canon« identisch sein. Wahrscheinlich waren für die »Hölterer« besondere Zahlungen fällig, von denen ein Teil an die Stadtkämmerei abzuführen war.

4 Geschichte des Limbergs. In: Lübbecker Kreisblatt, 19.10.1909, Nr. 123, u. 21.10.1909, Nr. 124. Ravensberger Regesten, bearb. v. Gustav Engel, Bielefeld 1985. Ebdt. Angaben zur Lit. und Mindener Lehnsgut im Amt Limberg.

5 Vgl. Dieter Besserer, Beiträge zur Geschichte des Rittergutes Crollage. In: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, 1987 (59. Jg.). Ebdt. Abhandlung zur Gründung des Rittergutes Crollage. Zu den Ausführungen Besserers bleibt anzumerken, daß sämtliche oben genannten Burgmannshöfe mit dem Recht eines Erbexen in der Lübbecker Mark behaftet waren. Es handelt sich bei den ravensbergischen Burgmannssitzen um Stammhöfe in der Mark, so daß die von Besserer gemachten Ausführungen zur Gründung von Crollage hier keine Grundlage haben. Rechte der Erbexen haften am Hof und sind nicht beliebig übertragbar.

6 Stadt-A.L., AI-2.18, Bl. 11 ff; AII-32.4, S. 261. Die Grenz bäume waren mit einem schräggestellten Kreuz (Andreaskreuz) gezeichnet.



Gut Holzhausen 1977 (Foto: Bartocha)

ein Baum zuviel oder unrechtmäßig, d.h. nicht angewiesen, geschlagen worden, dann wanderte das geschlagene Holz zusammen mit den Arbeitsgeräten in den Pfandstall in Lübbecke⁷. Wurde es nicht pünktlich ausgelöst, dann wurde es im Beisein der Schützenmeister öffentlich versteigert. Zuviel eingetriebenes Vieh nahm denselben Weg. Hier wurden nicht viele Umstände gemacht. Wurde es nicht pünktlich nach Ausruf in den Kirchen ausgelöst, dann wurde es öffentlich geschlachtet. Das Fleisch wurde bevorzugt dem Armenhaus der Stadt – dem Hl.-Geist-Hospital – zugeteilt. So sollte es jedenfalls sein. Die Praxis sah häufig anders aus.

Übergriffe seitens der Lübbecke Burgmannen blieben, sobald sie bekannt wurden, nicht unbestraft. Unrechtmäßige Holzfahren wurden spätestens an den Stadttoren angehalten. Das Arbeitsgerät und das geschlagene Holz wurden zu den Pfandgütern genommen. Überzählig eingetriebenes Vieh wurde in den Pfandstall geführt. Angemaßte Rechte des Adels stießen auf Abwehr⁸.

Schwierigkeiten gab es für die Markenaufsicht, wenn Adelige ihren Wohnsitz auf eines ihrer Güter außerhalb der Stadt verlegt hatten oder als Erbexen zu den bevorrechtigten Markgenossen, aber nicht zur Lübbecke Ritterschaft gehörten. Obwohl die Tribbes auf Fiegenburg einen Burgmannshof am Lübbecke Marktplatz besaßen und aufgrund ihres Standes ratsfähig waren und zeitweise den Bürgermeister stellten, waren sie darauf bedacht, ihr Erbexentum zum Vorteil des Hauses Fiegen-

7 Wie Anm. 3. – Stadt-A.L., AI-9.27 Ebdt. Strafregister von 1682. Darunter Holzhauser, Heddinghauser und Börninghauser Bauern. Auszug: »Johann Koch Ein schneidemeßer wegen alten Excess, Albert Düfel ein gute senße, Anthon uf der Röthe eine senße« gepfändet. Renitenten Bauern rückte eine Bürgermiliz auf den Leib.

8 Helmut Hüffmann, Lübbecke Kalendergeschichten, Lübbecke 1987, S. 19 ff.

burg zu nutzen. Siedlungsrecht bedeutete Mehrung des Hausgutes. Dieses Ziel wurde, wie es auch bei anderen adeligen Häusern nachzuweisen ist, zielstrebig verfolgt. Leihhörige wurden als Markenkötter auf Siedlungsland angesetzt, wobei rechtliche Bestimmungen umgangen wurden. Grundsätzlich mußte die Stadt Lübecke gefragt werden. Ihre Erlaubnis war Voraussetzung für eine Neuansiedlung auf Markenland. Aber nach welchen Rechtsvorschriften wurde verfahren? Lagen überhaupt welche vor? Reine Willkür kann nicht geherrscht haben. Wahrscheinlich ist, daß der Umkreis eines adeligen Gutes berücksichtigt wurde und daß die Ratsherren in Lübecke sowie die Erbxen und markenberechtigten Bauern darauf achteten, daß keiner die markenherrliche Gewalt mißbrauchte. Auffallend ist, daß freie Markenkötter ohne Bindung an einen Adelsitz der Zeit nach 1400 angehören. Sie waren frei, d.h. ohne Schutz. Der ihnen überlassene, markenzinspflichtige Boden bot eine mehr als bescheidene Existenzgrundlage. Hier herrschte die blanke Armut.

Die Übergriffe der Tribbes zu Fiegenburg auf Markengut und die Mißachtung des Markenrechtes waren ein Dauerstreitpunkt zwischen dem Hause Fiegenburg und der Stadt Lübecke. Da die Tribbes zeitweise auch Amtsinhaber auf Limberg waren, versuchten sie im Schutz der landesherrlichen Gewalt, Einfluß auf das Lübecker Markenwesen zu nehmen, wobei eigene Interessen nicht vergessen wurden. Nach dem Abklingen der Fehdehandlungen als Rechtsmittel mußten sich die Gerichte, die bisher von den Lübecker Markengenossen nie angerufen worden waren⁹, mit solchen Fällen beschäftigen. Das Reichskammergericht wurde mehrfach bemüht¹⁰. Rezesse waren häufig die Folge, ohne daß der Streit endgültig beigelegt werden konnte.

Im ausgehenden 17. Jahrhundert unter brandenburgischer Herrschaft zeichnete sich der beginnende Verfall der alten kampferprobten Strukturen ab. Die genossenschaftlichen Bindungen zerfielen in einem langsamen, manchmal zermürbenden Prozeß. Die Autorität der Markenaufsicht wurde von den staatlichen Behörden systematisch untergraben¹¹.

Die Verhandlungen vor dem Lübecker Markengericht geben einen Einblick in die Rechtsgewohnheiten und Praktiken, das Markenrecht im örtlichen Bereich durchzusetzen. Rechtsbrüche und Markenfrevel beziehen sich gewöhnlich auf folgende Tatbestände:

1. Unerlaubten Holzschlag,
2. unerlaubtes Plaggenstechen,
3. übermäßigen Vieheintrieb,

⁹ Erfollos versuchten die Lübecker Markenherrn dem entgegenzuwirken. 1606 wurde vor dem Holzgericht Gehlenbeck festgestellt: »[. . .] wann einer in Marcksachen zu clagende, und deswegen bey anderer obricheit klagte, und andere ausflucht suchte, also die von Lübecke alß Erbmarckherrn für bey ginge, ob dan derselbige den von Lübecke des wegenn nicht in straffe gefallen? Cord Nedderhoff mit belauterunge des gantzen Umstandts fur recht eingebracht So Jemant in Marcksachen zu clagende der von Lübecke in deme fur bey ginge und anderer obricheit clagte, sey derselbe pillich von den von Lübecke ernstlich zu straffen«. Stadt-A.L., AI-9.17, Nr. 128.

¹⁰ Gerichte des alten Reiches (Das Staatsarchiv Münster und seine Bestände 2), Münster 1966; s. ebdt. entsprechend.

¹¹ Beispiel: Königliche Preußische Holtz- Forst- Jagd- und Grentzordnung des Fürstenthums Minden und deren Graffschaften Ravensberg, Tecklenburg und Lingen. Berlin 1738. Druck: J. A. Enax, Minden. Enthalten in: Stadt-A.L., AI-373.

4. unerlaubtes Zuzäunen, d.h. unrechtmäßige Inbesitznahme von angrenzendem Markenland¹²,
5. Umwandlung von Nebengebäuden in Feuerstätten.

Im Jahre 1621 wurde vor dem Herforder Gogericht ein Streitfall verhandelt, der die beiden Börninghauser Ortsteile betraf, nämlich West-Börninghausen und Ost-Börninghausen¹³, ersterer auch als Kirch-Börninghausen, letzterer als Börninghausen-Masch bezeichnet. Die West-Börninghauser standen in einem Hörigkeitsverhältnis zum Landesherrn¹⁴. Die Hörigkeitsbindungen der Ost-Börninghauser gingen nach Fiegenburg, Crollage und Böckel. Während die West-Börninghauser die landesherrliche Mark nutzten, waren die Ost-Börninghauser auf die Lübbecke Mark angewiesen. Bauern aus Ost-Börninghausen und der Besitzer der Fiegenburg, Johann v. Sloen gen. Tribbe, hatten ein Fuder »Dustholz«¹⁵ aus einem Waldteil abfahren lassen, auf den auch einige West-Börninghauser markenrechtliche Ansprüche erhoben¹⁶. Die Ost-Börninghauser sprachen von einem angemäßen Recht. Tatsächlich waren die West-Börninghauser nach Ausweis des Markenzinsregisters in der Lübbecke Mark nicht nutzungsberechtigt. Der Streitfall wurde vor das Gogericht Herford gebracht, wo die Ost-Börninghauser in ihrem Recht bestätigt wurden. Die West-Börninghauser appellierten an das Hauptgericht Bielefeld. Einem erneuten Prozeß sahen Tribbe und die Ost-Börninghauser mit Unbehagen entgegen, zumal die Prozeßkosten nicht abzusehen waren, und drängten auf einen Vergleich. Außerdem sollten durch die Prozeßerei die verwandtschaftlichen Beziehungen nicht gefährdet werden. Der Vergleich wurde zwischen »Ritterschaft, Bürgermeister und Rat« der Stadt Lübbecke und den fürstlichen Beamten auf Limberg geschlossen. Der Vergleich war in der Tat geschickt angelegt. Zwar war noch von Anmaßung der West-Börninghauser die Rede, jedoch wollten die Ost-Börninghauser aus »günstiger affection und zuneigung gütwillig nachgeben«. In einem näher beschriebenen Waldteil wurden den West-Börninghauser Holzrechte eingeräumt, ohne das Erbextum der Tribbes auf Fiegenburg zu gefährden. Die Markenrechte der Tribbes blieben unangetastet. Die Markenrechte des Haspelkottens¹⁷, einer Siedlung der Tribbes, blieben ebenfalls ungeschmälert. Das

12 Wie Anm. 7. Auszug aus Strafregister: »Johan Koch einen graben bey seinem lande auß der gemeinen Masch ufgeworfen. straf 2 thlr. Poelmahn aus der Masch zugezeunet – 1 thlr. Item derselbe furm berge Seinen Kamp ad 2 schritt breit vergrößert. – 18 gr.«.

13 Stadt-A.L., AI-9.27, Bl. 154 f.

14 Stadt-A.L., wie Anm. 13, Bl. 154: Vgl. Das Urbar der Grafschaft Ravensberg (wie Anm 2), S. 549 ff. Bei den Kötterstellen handelt es sich um angesetzte Siedlungsstätten unter der sich festigenden Landesherrschaft der Grafen von Ravensberg bzw. ihren Rechtsnachfolgern. Einen deutlichen Hinweis gibt die Kötterstätte des Jorgen Vieselmeiger (S. 551, Nr. 2716): »[. . .] ein ort rodlandes uß der marcke von 1 schepfel roggen, ist vorm jare mit verwilligung des drosten [auf Limberg] zugeschlagen«. Günther Wrede, Osnabrücker Geschichtsquellen VI, Die Landvermessung des Fürstbistums Osnabrück 1784 – 1790, 4. Lieferung, Osnabrück 1961, sieht einen Zusammenhang zwischen der Angelbecker Mark und dem ravensbergischen Markenteil im Amt Limberg. Hierauf verweisen nach Wrede gemeinsame Weidrechte am Limberg. Wrede sieht ferner einen Zusammenhang zwischen Gogerichtsbezirk und Markenabgrenzung.

15 Hier ist das Unterholz gemeint, aber auch abgefallenes Brakholz.

16 Wie Anm. 13. Ebdt. Beschreibung: »[. . .] alß vam alten frede oben der Veigenborg, daß Ellernholtz hinauff biß oben an die spitze des bergeß, langeß der Kilfer Marcke biß an den Oldendorffer Berger wederumb hendael, nach dem Haspel Kotten, und also wederums vur dem Regetfelde, vor den Ellern hero biß wollgemeltes Tribben walde«.

17 1705 wird als Markenzinspflichtiger »Jobst ufm Haspel« genannt in: Stadt-A.L., AI-20.2, Bl. 210: Die Flur »Auf dem Haspel« liegt südl. v. Börninghausen am Waldrand nahe der Fiegenburg.

Lübbecker Markenrecht blieb formell erhalten, praktisch war es bereits ausgehöhlt, denn bei Übergriffen der West-Börninghauser sollte Lübbecker Markenrecht, was Bußgeld und Pfand anging, angewandt werden. Bei Übergriffen der Ost-Börninghauser sollte ravensbergisches Recht gelten.

Das Lübbecker Markengericht war umgangen worden. Zwangsmaßnahmen ließen sich von seiten der Stadt nicht mehr durchsetzen. Die ravensbergische Landesherrschaft hatte sich als stärker erwiesen.

Das Plaggenstechen, das Abheben der Grasnarben, war für die bäuerliche Wirtschaft unentbehrlich geworden. Das anfallende Stroh reichte für die Streuung im Stall nicht aus. Plaggen wurden zugesetzt, die, im Stall von Dung durchsetzt, später untergepflügt wurden. Üblich war auch das Laubharken im Herbst. Das Laub wurde auch zur Streuung im Stall genutzt oder sofort untergepflügt. Das Laubharken war, soweit ersichtlich, kein Grund, die Markengerichte zu bemühen¹⁸. Das nicht erlaubte Plaggenstechen, in den Protokollen als »plaggenmeigen« bezeichnet, galt als Markenfrevl und wurde bestraft. Nutzflächen für das Plaggenstechen wurden von den »Hölterern« angewiesen. Die »Hölterer« mußten gegenüber der Lübbecker Markenaufsicht den Nachweis führen, daß das Plaggenstechen den Markengrund nicht schädigte. Am 20. Mai 1703 verlas Pfarrer Rothe vor der Holzhauser Gemeinde eine Verfügung von »Ritterschaft, Bürgermeister und Rat«, in der das unerlaubte Holzfällen und Plaggenstechen unter Strafe gestellt wurden. Im Holzhauser »Friedeberg« waren nicht nur große Eichen und Buchen gefällt worden, sondern auch junge Stämme, die zu »hopfen stacken latten und spielen« verarbeitet worden waren¹⁹.

Im Oktober 1687 wurde in Holzhausen ein Fall verhandelt, der einen Einblick in die Schwierigkeiten gibt, das Markenrecht vor Ort durchzusetzen²⁰. Hatte Bauer Becker, Heddinghausen, an oder auf seinem Hofgelände »Auf der Neustatt« eigenmächtig das von den Scheles zu Hudenbeck und Brüggehof beanspruchte Durchfahrtsrecht dadurch behindert, daß er einen Pfahl gesetzt hatte? Der Weg führte zu einem Fischteich, einer Pertinenz des Brüggehofes. Zur Gerichtsverhandlung waren die Bauern Sandmeier und Glösemeier als Zeugen geladen. »bey verlust ihrer Seligkeit« wurden sie ermahnt, keine Falschaussage zu machen. Glösemeier wies für seinen Zeugenstand eine Beeidigung zurück, unterstützt vom ravensbergischen Schreiber des Amtes Limberg. Dieser war der Meinung, das Verfahren müsse an die Amtsverwaltung Limberg abgegeben werden, was die Lübbecker ablehnten. Im Protokoll wurde betont, daß der Schreiber von amtswegen nicht in das Verfahren einbezogen werden könne, denn er sei nur anwesend aufgrund des von ihm bewohnten Hofes. Hieraus ist der Schluß zu ziehen, daß der Hof des Schreibers in der Lübbecker Mark berechtigt war.

Die Zeugenaussagen liegen als Protokolle nicht vor, ebensowenig ein Urteil. Möglicherweise handelte es sich um eine Anhörung vor Ort. Wie dem nachfolgenden Schriftverkehr zwischen der Lübbecker Stadtverwaltung und der Limberger Amtsverwaltung zu entnehmen ist, folgte das Lübbecker Markengericht Beckers Argumenten,

18 Westf. Neueste Nachrichten (Ausg. Lübbecke), 29. Mai 1936, Nr. 124. Ebdt. mögliche Streitgründe genannt.

19 Stadt-A.L., AI-9.27, Bl. 42.

20 Darstellung folgt den Angaben in: Stadt-A.L., AI-9.27.

der ein Durchfahrtsrecht der Scheles bestritt, u.a. mit dem Hinweis, daß es Zeugen, die ein Wegerecht der Scheles glaubhaft machen könnten, nicht gebe. Becker dachte nicht daran, dem Begehren der Scheles nachzugeben und den hinderlichen Pfahl zu entfernen. Aber nicht nur seinen adeligen Nachbarn war der Pfahl ein Dorn im Auge, sondern auch einigen Bauern, die den über Beckers Hof führenden Weg ebenfalls nutzen wollten, sei es, um zu einem nahegelegenen Ackerstück zu gelangen oder eine Rötekuhle anzufahren.

Der Damm, wie der Zufahrtsweg auch genannt wurde, blieb ein Streitpunkt. Becker lehnte ein Durchfahrtsrecht für Wagenfahren ab. Nur Pferd und Reiter sollte es erlaubt sein zu passieren. Die Bauern Gerd Homann und Matthias im Wischhaus verlangten einen öffentlichen Fahrweg und gruben den Pfahl aus. Becker setzte ihn wieder ein. Die Folge war, daß Homann und Matthias von den Lübbecker Markenherrn »gebrüchtet« wurden, d.h. es wurden Strafen verhängt. Becker machte nun – offenbar mit Billigung der Lübbecker – kurzen Prozeß. Er zog um den Garten an seiner Leibzucht einen Zaun, den er so hart an den umstrittenen Weg grenzen ließ, daß ein Pferdewagen nicht mehr passieren konnte. Im übrigen hatte das verhängte Brüchtengeld die gewünschte Wirkung. Der Streitfall kam vorerst zur Ruhe.

In Lübecke wurde Bürgermeister Müller von dem Abschluß des Falles in Kenntnis gesetzt. Der Damm war für Pferdefahren unbefahrbar gemacht worden, d.h. Becker hatte die Steinlage entfernt. Außerdem hatte er auf dem Damm Buchen und Weiden angepflanzt. Allmählich schien Gras über die Geschichte zu wachsen.

Die Angelegenheit ließ die Scheles jedoch nicht ruhen. Im Spätsommer 1719 erschien der junge Herr v. Schele hoch zu Roß vor der Deelentür der Beckers, wo er die Bauersfrau antraf. Er bedrohte sie mit gezogenem Degen und hieb wutentbrannt auf die Deelentür ein. Der Drohung nicht genug, schoß er aus seiner Pistole eine Schrotladung in die Deelentür. Hier hätte leicht ein Brand entstehen können, wie der Bauer später zu Protokoll gab, denn das »für sei auf dem Mistfahle liegen geblieben«.

Becker brachte seine Beschwerden bei beiden Instanzen vor, nämlich im Lübbecker Rathaus und im Amtshaus Limberg, d. h. in der »Vieselei« im Börninghauser Ortskern²¹. Zeugen wurden befragt, die erklärten, daß an der Beckerschen Leibzucht kein öffentlicher Fahrweg vorbeiführe. Das konnte Bals (Balthasar) Funcke nur bestätigen. Er war in jüngeren Jahren einmal Knecht auf dem Beckerschen Hof gewesen und hatte später im Backhaus des Brüggehofes gehaust. An den Pfahl konnte er sich nur zu gut erinnern, denn an ihm war er einmal mit einem Sack voll Korn hängengeblieben. Als Knecht hatte er ein Pferd, das mit Korn beladen war, über den Weg führen sollen. Der Kornsack streifte den Pfahl und zerriß. Becker hielt das für eine Ungeschicklichkeit seines Knechtes und machte ihm lautstark Vorhaltungen. Der Knecht hörte sich den Wortschwall seines Herrn an und fragte ihn anschließend, warum er den Pfahl nicht schon fortgeschafft habe. Funcke wollte damit sagen, daß schon damals am Beckerschen Hof kein öffentlicher Fahrweg bestanden habe.

Die Demonstration des jungen Schele vor der Deelentür der Beckers führte zu den üblichen Beschwerden und Gegenvorstellungen. Die Scheles konnten ihren Anspruch

21 Bernhard Brönner, Die Burg Limberg und ihre Geschichte in kurzem Abriss, Pr. Oldendorf 1950, S. 26 f.

nicht durchsetzen. Es blieb bei dem Beschluß der Lübbecker Markenherren, am Beckerschen Hof keinen öffentlichen Fahrweg zu erlauben.

In diesem Streitfall hatte sich die Stadt Lübbecke gegen die ravensbergische Amtsverwaltung behauptet. Im Bereich Holzhausen-Heddinghausen hatte sich die ravensbergische Landesherrschaft nur unter Schwierigkeiten, bzw. nicht vollständig durchsetzen können²², was auch unter preußischer Herrschaft noch spürbar war.

In der Neufassung der Lübbecker Markenstatuten von 1603 wurde festgelegt, daß neue Feuerstellen nicht mehr erlaubt werden sollten²³. Mit anderen Worten: Neusiedlerstellen sollten nicht mehr angesetzt werden. Jede Neusiedlerstelle und jeder Zuschlag ging zu Lasten der städtischen Zinseinnahmen und der genossenschaftlichen Markengründe²⁴. Bischof Hermann von Holstein-Schaumburg hatte 1581 persönlich die Genehmigung erteilt, Zuschläge in der Lübbecker Mark abzulehnen²⁵. Statuten und bischöfliche Genehmigung waren die eine Seite, die Praxis der Markengenossen eine andere. Es gab schließlich Möglichkeiten, auf Umwegen zu einer Neusiedlerstelle zu kommen.

Am 30. September 1706 brachten die Holzhauser Erbxen v. Steding und v. Schele sowie der Amtsrezeptor Overmeyer und die Bauern Glösemeyer, Stackebrand, Nobbe, Kemper u. a. eine Klage vor, die sich gegen den Wachtmeister Weyrum richtete²⁶. Sie klagten vor den Lübbecker Markenherren, »daß weyrum eine scheunentsette im Eichholze bebauet, und eine feuerstette daraus gemacht«. Die Kläger waren der Meinung, daß bei einem solchen widerrechtlichen Vorgehen das Markengut geschädigt werde, außerdem könne das Vorgehen »pro exemplo« genommen werden. Sie erwarteten, »wenigstens das feuer auslöschten zu laßen«.

Weyrum berief sich auf ähnliche Fälle und meinte, was anderen recht und billig sei, könne ihm nicht verwehrt werden. Die Markenherren und Markengenossen bestanden auf einer Räumung. Weyrum erklärte sich bereit, bis Ostern den in der Scheune wohnenden »Heuersmann« in einem anderen Haus unterzubringen. »Ritterschaft, Bürgermeister und Rat« waren nicht gewillt, das Einlenken Weyrums in ihrem Urteil zu berücksichtigen. Weyrum hatte innerhalb einer Frist von 4 Wochen dafür zu sorgen, daß der Heuerling die Behausung verließ, vorbehaltlich einer Bestrafung des Beklagten, nämlich Weyrums.

Ein ähnlicher Fall wurde in Holzhausen zur gleichen Zeit verhandelt. Die Markengenossen hatten die im Eichholz von Bauer Weßling errichtete Scheune besichtigt und bei dem Rundgang festgestellt, daß Johann Wilm ebenfalls eine Scheune ohne ihr Wissen errichtet und darin eine Feuerstelle angelegt hatte. Johann Wilm hatte gegen das Markenrecht verstoßen. Auf Vorhaltungen der Markengenossen sagte Johann Wilm, er hätte schon von »alters her« dort eine Scheunenstätte gehabt. Entweder hatte Johann Wilm mit seinem Sohn Streit oder es war keine Leibzucht vorhanden, denn Johann erklärte, er könne mit seinem Sohn »nicht füglich« zusammenleben.

22 Auf diesen Tatbestand wird im Urbar der Grafschaft Ravensberg (wie Anm. 2), S. 586, hingewiesen. »Nota« zu den Bauerschaften Holzhausen und Heddinghausen.

23 H. Hüffmann, wie Anm. 2, S. 112.

24 Stadt-A.L., AI-2.21, Bl. 7 f.

25 Stadt-A.L., AI-9.16, Bl. 7.

26 Stadt-A.L., AI-9.27, Bl. 49 ff.

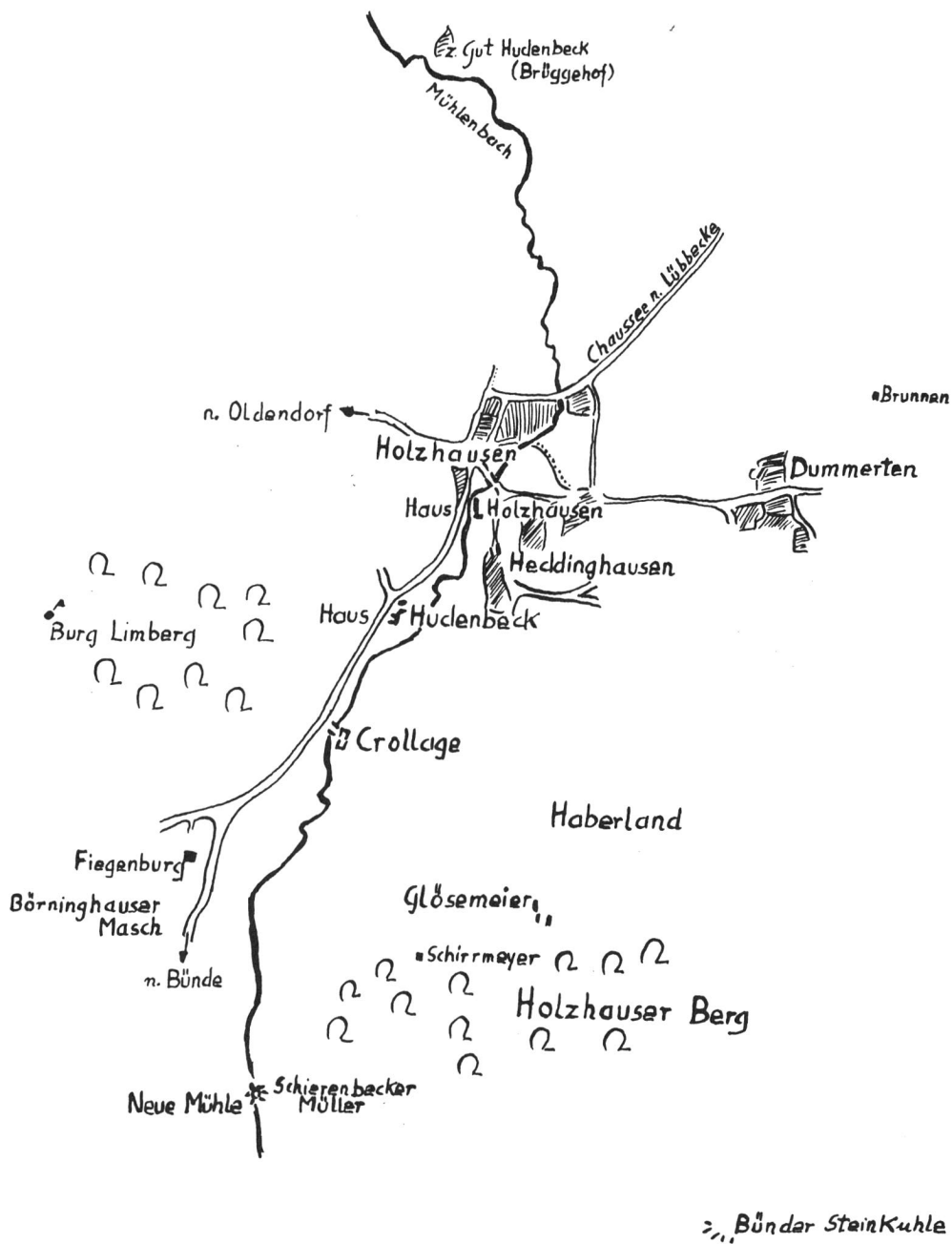
Warum er die Markenherren nicht vorher gefragt habe, wollten die Markgenossen wissen. Die Antwort des Johann Wilm war denkbar einfach. Er habe nicht gewußt, daß eine Bewilligung vorliegen müsse. Im Protokoll wurde vermerkt, daß er Unwissenheit vorschütze. Die Markgenossen verlangten, daß die Feuerstätte des Johann Wilm nach dessen Tode zu verschwinden habe. Die Lübbecker Markenherren befragten die Holzhauser Genossen Johann Horstmeyer, Johann Hermann Fincke, Johann Hermann Hölcher, David Wiesemann, Johann Henrich Bolte und Lammert Peppersack, ob sie eine Feuerstätte bewilligen wollten. Sie lehnten ab und bestanden darauf, daß die Feuerstätte nach dem Tode des Johann Wilm zu entfernen sei. »Ritterschaft, Bürgermeister und Rat« erließen eine Verfügung, in der sie die Feuerstätte »ad vitae« des Johann Wilm genehmigten. »Publicatum Lübbecke d. 25. october 1706«. Die Verfügung wurde in der Holzhauser Kirche verlesen.

Rodungsstätten in der Mark wurden häufig mit Leihhörigen eines adeligen Gutes besetzt. Als Sitz eines Erbexen war ein Mitspracherecht mit dem Gut verbunden. Ziel einiger Adelliger war es, den ausgewiesenen Markengrund in die Grundherrschaft ihrer Häuser zu überführen. Es war ein Prozeß, der sich über Jahrhunderte hinzog. Dabei wurde auf die Vergeßlichkeit der Genossen spekuliert. Bei der Bauernbefreiung war man sich über die ursprünglichen Zusammenhänge nicht mehr im klaren.

Ein Rechtsstreit zwischen Leutnant Johann Philipp v. Sloen gen. Tribbe auf Fiegenburg und der Stadt Lübbecke um den Kotten Schirmmeyer »ohnweit der Schierenbecke« westlich von Glösinghausen gibt über die unterschiedlichen Rechtsauffassungen der streitenden Parteien hinweg einen Einblick in die veränderten Zeitverhältnisse, die dem Genossenschaftsgedanken mehr und mehr zuwiderliefen²⁷. Der Kotten ist im Urbar der Grafschaft Ravensberg von 1556 mit der Bemerkung aufgeführt: »Heinrich bei der Schirnbeck seint Amelunck Tribben mit weib und kindern eigen. Geben oder dienen Meinem Gnedigen Hern nit. Schirnbeck hat von der Lubbecker Mark 1 scheffel rogen, 20 anni, gibt davan 8 groschen an die Lübbecker Markenherren«²⁸. Die Zuschläge wurden in den Jahren 1608, 1621 und 1631 erweitert. In den Wirren des Dreißigjährigen Krieges wurde der Hof verlassen und lag für einige Jahre wüst. Um 1655 wurde er wieder aufgebaut. Tribbe beschreibt

²⁷ Darstellung folgt den Angaben in: Stadt-A.L., AI-II.6.

²⁸ Das Urbar der Grafschaft Ravensberg (wie Anm. 2), S. 586, Nr. 3255. Ebdt., S. 552, Nr. 2728 – 2732, kontinuierliche Ansiedlung von Kotten der Tribbes auf Lübbecker Markengrund. Kotten Schirmmeyer heute verfallen. Bei der Ortsangabe »Schierenbecke« kann der Mühlenbach, die spätere Aue, gemeint sein, denn die »Neue Mühle« wird auch »Schierenbecker Mühle« genannt. Es kann aber auch ein kleiner Bach, ein Zufluß des Mühlenbaches, in unmittelbarer Nähe des Kottens gemeint sein (Stadt-A.L., AI-II.6, Bl. 35). 1790 wird die Straße von Bünde nach Holzhausen im Bereich Börninghausen/Crollage, wie folgt, beschrieben: »Vom Stuckenhöfer Handweiser bis an die steinerne Brücke bei der Schierenbecker Mühle. Von vorgedachter Brücke bis an das Börninghauser Maschfeld. Ueber das Börninghauser Maschfeld bis an den Schlagbaum vor der Börninghauser Masch. Ueber die Börninghauser Masch bis an den Schlagbaum vor den Börninghauser und Crollager Felde« (Stadt-A.L., AI-30.7, Bl. 46f). »Schierenbecke« enthalten in Flur- und heutiger Straßenbezeichnung »Zur Schirmke«, der Verbindungsstraße von Börninghausen-Masch nach Glösinghausen. Schlagbäume können Hinweise auf Landwehren geben. In der Beschreibung folgende Hinweise bezüglich Amt Limberg: »Von den Fleck [Holzhausen] an wo sich die beiden Wege von Herford und Lübbecke auf Oldendorf vereinigen bis an die steinerne Landwehrbrücke. Von dieser Brücke die Landwehrstrasse hin bis an das Offelter Feld – durch das Offelter Feld bis in Offenfelten [–] durch Offenfelten bis an den Schlagbaum bei Lütkemeyers Hause – Von diesen Schlagbaum durch das Offelter und Oldendorffer Feld bis an den Schlagbaum vor Oldendorff bei Meyersiecks Hause«.



Karte nach der Aufnahme von Kirchner, Aug. 1836,
in: Stadt-A.L., Karte 18.

Burgmannensitze, Bauerschaften und Höfe am Limberg

die Lage des Hofes 1702 wie folgt: »Von uhralter Fiegenburgischer Länderey aus dem Norden [. . .] genommen, undt aus dem Westen der ohrt gantz mit dem Fiegenburgischen Bedeckt, ins Süden zwar gemeine marck zu finden, das deßen gehöltze aber [. . .] einem Herren Zugehöre sonst der gemeinen marck wohl gleich gemacht«. Die eigenwillige Diktion zielte darauf ab, den Kotten als Fiegenburgischen Besitz zu deklarieren. Dem Leser bzw. dem Gericht sollte dargelegt werden, daß die Markgenossen Fiegenburgisches Land der Mark zugeschlagen hätten. Den Beweis blieb Tribbe schuldig. Seiner Auffassung wurde seitens der Lübbecker Markenherren aufs heftigste widersprochen.

Zwischen Johann Philipp v. Sloen gen. Tribbe und den Holzhauser und Heddinghauser Markgenossen entstand ein Streit, der sich über Jahre hinziehen sollte. Tribbe nannte den Schirmmeyerschen Hof bezeichnenderweise seinen Erbkotten und lehnte es ab, daß die Markgenossen in dem nahe am Hof gelegenen Gehölz nach alter Rechtsgewohnheit Holz schlagen und Schweine zur Mast eintreiben durften. Tribbe behauptete, der »fundus« der Schirmmeyerschen Stätte liege auf Fiegenburgischem Grund und Boden. Als Beweis führte er die Fiegenburgischen Heberegister von 1490 und 1614 an. Die Heberegister wiesen einen wöchentlichen Leibdienst, gewisse Nebendienste, die jährliche Zahlung von 5 Schillingen und die Abgabe von 2 Hühnern aus. Schirmmeyer hatte nicht nur den üblichen Markenzins an die Kämmerei der Stadt Lübbecke zu zahlen, sondern der Holzhauser Gemeinde jährlich »1/4 Teil Bier« zu liefern²⁹. Das Bier wurde auf dem Beckerschen Hof vertrunken. Der Bierzins zeigt an, daß der Kotten mit Billigung der Markgenossen errichtet worden war. In dem Streit ging es Tribbe um die Erweiterung und Festigung seiner Grundherrschaft, den Holzhauser Bauern um den Erhalt ihres Holzschlag- und Eintriebrechtes, der Stadt Lübbecke um den ungeschmälernten Fortbestand des Markengrundes.

Die angemäßigten Sonderrechte des Adels wurden von den Markgenossen und den Lübbecker Bürgern wiederholt beklagt. Sie forderten den Widerspruch geradezu heraus. Beschwerden und Prozesse waren die Folge, manchmal auch Handgreiflichkeiten und Beschimpfungen. Solange die städtische Selbstverwaltung stark genug war und über die notwendigen polizeilichen Mittel verfügte, konnten die Ansprüche des Adels zurückgedrängt werden. Mit dem allmählichen Entzug der städtischen Selbstverwaltung und dem Eindringen staatlicher Verwaltungsvorschriften in die Markenhöhe unter der preußischen Regierung entstanden Verhältnisse, die der Adel sofort zu nutzen wußte.

Ein besonderer Vorfall am Schirmmeyerschen Kotten brachte das Faß zum Überlaufen. Bauern aus dem Kirchspiel Holzhausen hatten in unmittelbarer Nähe des Kottens Buchen auf einem Gelände gefällt, das Tribbe als zu seinem Haus gehörig betrachtete, das die Lübbecker jedoch als Markengrund unter ihrer Hoheit ansahen. Johann Philipp klagte 1702 vor dem Herforder Gogericht in seiner Zuständigkeit für die Ämter Vlotho und Limberg. Gograf Schlipstein und Assessor Redecker waren mit dem Fall befaßt. Tribbe schilderte den Vorfall so: »[. . .] Beklagte [Holzhauser] Bauern nicht drey [. . .] sondern fünff Bäume, und zwar also gefället, daß umb des

29 Die Schreiber des genannten Ravensberger Urbars legten Wert auf die vollständige Erfassung der landesherrlichen Rechte, Dienste und Gefälle. Teile der grundherrschaftlichen und kirchlichen Rechte und Forderungen sind, wie auch hier am Fall Schirmmeyer festzustellen ist, gar nicht oder unvollständig aufgeführt.

einen Baumes fall Meines Kötters Hauß [Schirmmeyer] mit samt den Einwohnern in Lebensgefahr gewesen, auch ein Baum so gar den Backoffen, so voller Brote gewesen, mit dem falle bey nahe Völlig eingeschlagen, daß fast alles verdorben. So ist der frevel dieser turbanten desto empfindlicher und mehr straffwürdiger gewesen indem Sie Von dem weggeführten Holtze so fort Vier fuder verkauffet und Versoffen«. Tribbe stellte kurz und bündig fest, daß die Lübbecke in der Grafschaft Ravensberg »nichts zu judizieren« hätten. Das wurde von den Lübbeckern zurückgewiesen. Sie stellten ihrerseits fest, daß es im Bereich des Schirmmeyerschen Kottens kein »dominium privatum« gäbe. Außerdem, so gaben die Lübbecke zu bedenken, sei ein Teil des geschlagenen Holzes für den Bau des Pfarrhauses in Holzhausen verwandt worden³⁰. Das Gogericht Herford drohte den Genossen im Falle der Wiederholung eine Geldstrafe von 100 Goldgulden an. Laut Gerichtsbeschuß war dem Tribbe der Schaden zu ersetzen. Bereits geschlagenes Holz durfte nicht abgefahren werden. Zum Leidwesen Tribbes machte der Gerichtsbeschuß keinen Eindruck auf die Bauern. Das geschlagene Holz blieb zwar liegen, Schadensersatz wurde nicht geleistet.

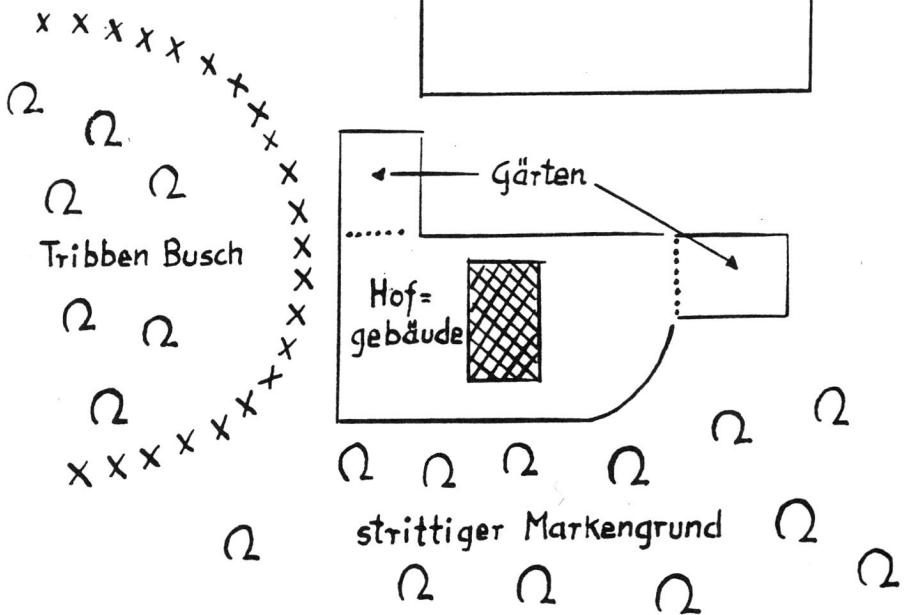
Tribbe bezichtigte die Holzhauser und die Lübbecke der »Dieberey«. Diese wiesen darauf hin, daß Tribbe unberechtigt in der Lübbecke Mark habe Bäume fällen lassen. Das Holz sei an einen jüdischen Händler in Oldendorf verkauft worden. In Lübbecke kam man zu dem Schluß: »Die Holzhauser sein dem Herrn von Tribbe so wenig Holzdiebe alß er ihnen ist«.

Das Gogericht setzte für den 5. Okt. 1702 einen Ortstermin am Schirmmeyerschen Kotten an. Die Abordnung des Gerichts, Tribbe und sein Verwalter warteten zwei Stunden lang bis 10 Uhr morgens auf die Abordnung aus Lübbecke, Holzhausen und Heddinghausen. Da die Abordnung des Gerichts einen weiteren Termin in Holsen wahrzunehmen hatte und die Markenherrn und Genossen verspätet eintrafen, geriet der Zeitplan in Bedrängnis. Nicht einmal eine geringfügige Annäherung der streitenden Parteien wurde erzielt. Zur Verspätung meinte Tribbe, die Lübbecke hätten sich wohl zu lange bei ihrem Frühstück aufgehalten.

Nachdem Johann Philipp Tribbe eine Bedenkzeit erbeten hatte, legte er dem Gericht eine neue Beweislage vor. Er bestritt alle Angaben der Lübbecke und meinte, es sei falsch zu behaupten, das Gehölz am Schirmmeyerschen Hof sei 1631 von der Lübbecke Mark abgezweigt worden. Nach Angaben der Lübbecke war die Schirmmeyersche Stätte zu jener Zeit ein Lübbecke Markkotten. Tribbe hielt dem entgegen, daß die von den Lübbeckern vorgelegten Angaben nicht stimmen könnten, denn nach der Fiegenburger Erbteilung sei Schirmmeyers Stätte 1614 an die Lübbecke Linie gefallen, aber 1630 von der Fiegenburger Linie wieder zurückgekauft worden. Außerdem seien im Lübbecke Rathaus Jahreszahlen verlesen, bzw. vertauscht worden.

30 Hieraus ergibt sich ein Hinweis auf das Kirchenvermögen in Holzhausen. Die Erben – ohne Fiegenburg – dürften das Kirchenvermögen mit Zustimmung der Markenherrn und -genossen gestiftet haben, so daß das Kirchspiel Holzhausen aus dem Lübbecke Sprengel ausgepfarrt werden konnte. Eine frühere Zugehörigkeit zum Kirchspiel Oldendorf ist unwahrscheinlich, denn sämtliche Bauerschaften des Kirchspiels Holzhausen lagen in der Lübbecke Mark. Hinweise auf die ursprüngliche Zugehörigkeit Holzhausens zum Kirchspiel Lübbecke in: Die mittelalterlichen Lehnbücher der Bischöfe von Osnabrück (Osnabrücker Geschichtsquellen 5), Osnabrück 1932; s. ebdt. auch »Glösinghausen«.

Schirmmeyers Kotten



xxxx Wall u. Graben

Lageplan nach dem Schema in: Stadt-A.L., AI - 11.6, Bl. 231.

In Lübecke hielt man Tribbe für einen Querulanten und meinte, über seine Beschuldigungen könne man ein ganzes Buch schreiben. Unstreitig handele es sich bei dem Schirmmeyerschen Hofgelände um Markengut. Das sei klarer als die helle Sonne. Außerdem sei das Hagenrecht, wie in anderen Marken üblich, in der Lübecker Mark nicht zulässig³¹. Die Markenhoheit der Stadt sei nicht anzuzweifeln. Die Lübecker Markenherrn hätten das »dominium marcae directum«, die Holzhauser das »dominium marcae utile«. Außerdem zahle Schirmmeyer einen jährlichen Markenzins von 5 Groschen und den alle zwölf Jahre fälligen Weinkauf an die Lübecker Kämmeri. Tribbes Argumente, so die Lübecker, zeigten »große Schwachheiten und absurditäten«. Mit anderen Worten: Die Ansprüche Tribbes, das umstrittene

31 Zum Hagenrecht s. Gustav Engel in: Riege und Hagen. Zur Herrschaftsgeschichte, vornehmlich in Westfalen. 70. Jahresber. des Hist. Vereins f. die Grafschaft Ravensberg (Jg. 1975/76).

Waldstück aus der genossenschaftlichen Nutzung zu lösen und den Hof selbst als Tribbesches Gut zu deklarieren, war aus Lübbecker Sicht unhaltbar. Drastisch drückt es ein Marginalvermerk aus, der von der Hand des Lübbecker Sydikus Benne stammen dürfte: »Hieße das wol nicht einem der mit zur Suppe gehört den Ieffel aus der hand schlagen und die Suppe alleine fressen?«

Da die Holzhauser ohne markenherrliche Zustimmung die Bäume gefällt hatten, wie die Lübbecker einräumen mußten, sollte der Frevel vor das Markengericht gebracht werden. Eine »fiscalische« Bestrafung, wie sie Tribbe forderte, wurde in Lübecke abgelehnt. Die Auseinandersetzungen um die gerichtliche Zuständigkeit zeigt, daß die Rechtsprechung der landesherrlichen Institutionen bereits in das Gefüge des alten gewachsenen Rechts eingedrungen war. Der niedere Adel, hier vertreten durch Tribbe auf Fiegenburg, sah sich zu dieser Zeit in einer Sonderrolle außerhalb der Genossenschaft. Das im traditionellen Gewohnheitsrecht wurzelnde Verhalten der Bauern mußte auf Tribbe geradezu herausfordernd gewirkt haben. Abschätzig sprach er von der »Bauernmenge«. Natürlich wurden die von der Lübbecker Seite benannten Zeugen von Tribbe als voreingenommen bezeichnet. Mit demselben Vorwurf war die Lübbecker Seite zur Hand. Das Herforder Gericht sah sich genötigt, Zeugen wegen Befangenheit abzulehnen, unter ihnen Eigenbehörige der Fiegenburg. Die Lübbecker Position wurde von folgenden Zeugen bekräftigt: Johann Christoph Poppenbürger, Johann Jost Stackebrand, Franz Ernst Glösemeier und Henrich Klußmeier. Folgende Zeugen konnten sich angeblich nicht genau erinnern oder waren sehr vorsichtig in ihrer Aussage: Der ehemalige Fiegenburgische Schulze Johann beim Deiche, der ehemalige Fiegenburgische Jäger Hermann Böning, der frühere Knecht der Fiegenburg Johann Jürgen Schmidt und der Limberger Amtsbote Christian Stucke.

An ein Nachgeben Tribbes war nicht zu denken. Schließlich griff er zur Flinte. Als die Holzhauser Markgenossen Schweine zur Mast in das strittige Gehölz eintreiben wollten, vertrieb er Hirten und Tiere durch Warnschüsse.

Als es Tribbe nicht gelang, die Lübbecker und die Markgenossen trotz Drohung, Einschüchterung und Warnschüsse von ihrer Rechtsauffassung abzubringen, verwies er auf »tausend exempeln«, die seiner Meinung nach ähnlich gelagert waren. Da er vor dem Gogericht Herford klagte, suchte er Beispiele im dortigen Bereich. Die zum Besitz des gräflichen Hauses zur Lippe gehörenden Gehölze auf der »kleinen Heide« im Ahmser Bruch unterständen nicht, so Tribbe, der landesherrlichen Jurisdiktion des gräflichen Hauses. Damit wollte Tribbe seiner Rechtsauffassung Ausdruck geben, daß die Lübbecker im Territorium Ravensberg keinen Rechtsanspruch zu vertreten hätten. Abgesehen von der Streitlust Tribbes und seinen oft fadenscheinigen Argumenten, wird in seiner Beweisführung eine Persönlichkeit sichtbar, die sich den aus mittelalterlichen Verhältnissen erwachsenen Rechtskreisen nicht mehr fügen wollte, bzw. mit ihnen nichts mehr anzufangen wußte. Ob er nur den Vorteil seines Hauses suchte, sei dahingestellt.

Das Gogericht Herford entschied, was das strittige Waldstück an Schirmmeyers Kotten anbelangte, zu Gunsten Tribbes. Für die gefällten Bäume mußte Schadensersatz geleistet werden. Die markenrechtlichen Verhältnisse wurden nicht in seinem Sinne entschieden. Der Kotten verblieb im Lübbecker Markenverband.

Jöllbeck und Jöllbecker in acht Jahrhunderten

Festvortrag zur 800-Jahrfeier in Jöllbeck am 9.6.1991

Gertrud Angermann

Wir sind hier heute zusammengekommen, vordergründig betrachtet, weil im Jahre 1191 im Auftrag des Bischofs von Paderborn eine Urkunde geschrieben wurde, in der u. a. die Namen Wilsenthorp, Baricholte und Julinbike genannt sind. Es ging damals um einen Verkauf des Paderborner Marschalls Hermann Osdagsen und seiner zwei Söhne an das Paderborner Kloster Abdinghof und betraf umfangreiche Besitzungen (u. a. die genannten), die zum Hof Lare (heute Laar) gehörten, übrigens für 130 Mark.

Dieser Verkauf ist heute nicht mehr wichtig. Und auch die Erwähnung Jöllbecks sollte man nicht überschätzen. Von dem, was vor vielen Jahrhunderten geschrieben ist, kennen wir nur noch einen oft zufälligen Teil. Und es könnte sein, daß eine ältere Erwähnung Jöllbecks nachgewiesen wird. Das wäre wichtig, aber würde über die früheste Namengebung und die erste Besiedlung des Dorfgebietes auch noch nichts sagen können. Da haben Vorgeschichtler schon viel Älteres gefunden.

Warum also sind wir in Wirklichkeit hier zusammengekommen? Und warum gibt es in dieser Festzeit eine ganze Reihe von Veranstaltungen verschiedener Art? Ein Ort muß sich von Zeit zu Zeit vergewissern, was er ist und sein möchte. Man muß kein Historiker sein, um zu wissen, daß das nicht gelingen kann ohne eine Betrachtung des Weges, der bis jetzt zurückgelegt ist. Das ist in jedem Menschenleben auch so.

Als es um die Programmgestaltung ging, bin ich um den Festvortrag gebeten worden. Jeder hier wird aus seinen Erfahrungen gewisse Vorstellungen haben, wie Festvorträge sind oder sein sollten. Gemeinsam wird ihnen sein: Das Besondere und das Positive wird herausgestellt; Superlative sind nicht selten.

Ich schlage Ihnen vor, mit mir zusammen am Anfang eine andere Aufzählung durchzugehen, indem ich aufzähle, was Jöllbeck nicht hat oder ist. Jöllbeck hat keinen hohen Berg, keinen breiten Strom. Es liegt an keinem der großen Verkehrswege. Es hat keine Burg, kein Schloß oder ein anderes Bauwerk, das in Reiseführern genannt würde. An alter Tradition kann es sich mit den Nachbarorten Enger und Schildesche nicht messen. Kein gebürtiger Jöllbecker hat bisher seinem Heimatort zu Berühmtheit verholfen. Man könnte noch manches aufzählen. Das Ergebnis wäre: Berühmt ist Jöllbeck nicht.

Wenn wir jetzt in kleinem Kreise zusammensäßen und hier ein Gespräch beginnen würden, dann würden sicher diejenigen, die man »alte Jöllbecker« nennt (was nicht allein eine Frage des Alters ist) ihre Beiträge mit »Ja, aber . . .« beginnen, und Fremde würden vielleicht fragen: »Ja, was ist denn an Jöllbeck dran?«. Und beide Gruppen würden mich und sich fragen: »War oder ist oder gibt es nicht doch Besonderes und Charakteristisches?«

Ich denke, man wird Jöllbeck nicht gerecht, wenn man die eben aufgestellte Liste noch einmal durchgeht und etwa sagt (was ja durchaus zutreffend ist): Es hat zwar keinen Strom, aber immer noch reizende kleine Wasserläufe in seinen Sieken. – Ganz unergiebig wäre es, die 800 Jahre, um die es heute geht, scheinchenweise zu behandeln oder in einem allgemeinen Überblick. Eine Kurzfassung des neuen, dicken

Buches zur Jöllenbecker Geschichte verbietet sich ebenso wie eine Kurzfassung der Themen, die in Abendvorträgen behandelt werden. – Darum habe ich mich entschlossen, einiges von dem, was für Jöllenbeck charakteristisch war und z. T. noch ist, gewissermaßen in thematischen Einzelbildern zu zeichnen, diese in etwa chronologisch anzuordnen und durch skizzierende Überleitungen zu verbinden. Leitfragen sind dabei: Wie lebten die Jöllenbecker? Wer kam von außen nach Jöllenbeck? Wer verließ es? – und warum?

Wenn ich an dieser Stelle noch einmal auf die Urkunde von 1191 zurückkomme, werden Sie sich erinnern, daß Vilsendorf, Bargholz und Jöllenbeck gleichgeordnet waren. Es war noch nicht Bargholz ein Teil von Oberjöllenbeck und nicht Vilsendorf ein Teil des Amtes Jöllenbeck. Man könnte hinzufügen: Es unterschied sich noch nicht ein eng bebauter Ortskern von lockeren Hofgruppen. Der größere Teil der Fläche, die heute »Stadtteil Jöllenbeck« genannt wird, war noch Wald. Als Lichtungen gewissermaßen lagen darin Höfe als Siedlungskerne. Erst nach und nach tauchen für diese Namen auf: um 1200 »Eke«, das über »tho der Eke« zu Dreke wurde, im 14. Jahrhundert »tho der Boke« (später Boeckmann) und der »Uphoff tho Belsnen«. Andere alte Höfe bleiben lange ungenannt. Wie die Entwicklung verlief, läßt sich z. T. an den späteren Namen ablesen: Meier zu Belzen – Upmeier zu Belzen, Oberlohmann – Niederlohmann, Peppmeier – Peppmüller, in Theesen Meier zu Köcker – Höner zu Köcker. Neue Höfe entstanden durch Teilung, aber auch durch Neugründungen. Das war nur durch intensive Rodungstätigkeit möglich.

Wieviel Fleiß und Kraft dazu nötig war, sagt uns die Schilderung des Jöllenbecker Bauern Trebbe. Diese stammt zwar erst aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, kann aber ohne Bedenken auf frühere Zeiten übertragen werden, weil sich jahrhundertlang an der Art der Rodung nichts änderte. Es mußten zuerst die Bäume gefällt und die »Knüve« aus dem Boden geholt werden. Dann wurde die ganze Fläche mit der Hand umgegraben, wobei Baumwurzeln entfernt wurden. Danach wurde – wie Trebbe schreibt – das Land »5 mal mit der Pflug umgerissen«, wobei ihm ein Pflug zerbrach. Es wurde Dünger aufgefahren und eingearbeitet, danach Roggen gesät, geeggt. Schließlich war das Ergebnis: »gut gewachsen und ein geerntet«. Das war nicht immer so, aber bei dem guten Jöllenbecker Boden meistens und auf Dauer.

Die Bauern, die mit ihren Knechten diese Arbeit leisteten, waren bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts nicht frei, sondern eigenbehörig. Das bedeutet u. a., daß sie Abgaben zu leisten hatten, regelmäßige und bei Einheirat und beim Tode des Bauern-Ehepaares. Am Ort gab es kein Gut, dem sie mit der Hand und mit einem Gespann hätten dienen müssen. Darum mußten Naturalleistungen oft über größere Entfernungen hin entrichtet werden. Das Extrem war: Die Höfe im Nagelholz waren dem Kloster St. Mauritius vor Münster verpflichtet; sie mußten (belegt ist es aus späterer Zeit) ihr Getreide bis zum heutigen Bad Laer bringen, wo es auf Wagen des Klosters umgeladen wurde. – Zur Eigenbehörigkeit der Bauern gehörte auch, daß ihre Kinder sich freikaufen mußten, wenn sie den Verfügungsbereich ihres Herrn verlassen wollten. Das geschah oft wegen einer Heirat. Andere nicht erbberechtigte Kinder zogen schon früh in benachbarte Städte. Mehrfach werden schon im 14. Jahrhundert angesehene Männer mit dem Zunamen »de Jollenbeke« in Minden, Herford und Bielefeld genannt; darunter kann jedoch der eine oder andere aus dem heutigen Gohfelder Ortsteil Jöllenbeck gekommen sein.

Wichtig ist nun, davon zu sprechen, daß Jöllenneck Kirchort wurde und ist. In einer Urkunde von 1308 heißt es, der Hof Bargholz liege im Kirchspiel Schildesche. Vier Jahre später ist erstmals das Kirchspiel Jöllenneck genannt. Das heißt nicht, in dieser Spanne sei die erste Kirche in Jöllenneck erbaut worden. Aus der Baugeschichte der alten, leider abgerissenen Kirche in der Nähe des Ties läßt sich schließen, daß es schon Ende des 12. Jahrhunderts, also vor 800 Jahren, eine Kirche gab, und aus Parallelbeispielen kann man auf ein noch höheres Alter einer voraufgehenden Kapelle schließen. Es ist nämlich ganz offenbar die Jöllennecker Kirche zunächst eine sogen. Eigenkirche gewesen. Das heißt: Eine Familie mit großem Grundbesitz hat sie auf ihrem Gelände errichtet und mit einem Teil der eigenen Ländereien ausgestattet; denn Priester erhielten ja kein Gehalt, sondern mußten vom Pfarrland und von Gebühren leben. Aus der Lage von Kirche und Kirchenland geht hervor, daß der Hof Meier zu Jöllenneck die Stiftung vornahm. Ich weiß noch, daß die Glocken läuteten, wenn das Gespann des Meierhofes im Frühjahr zum ersten Male aufs Feld zog. Wahrscheinlich ging das auf diese alten Zusammenhänge zurück.

Seit wir schriftliche Zeugnisse haben und bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts gehörte die Jöllennecker Kirche zum Stift Schildesche. Die Stiftsdamen bestimmten, wer Pfarrer in Jöllenneck werden sollte.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß in sehr früher Zeit auch auf einem der anderen großen Jöllennecker Höfe eine Kapelle errichtet wurde. Jedenfalls wurde die Vorgängerin der heutigen Jöllennecker Marienkirche Kristallisationspunkt für die Entwicklung eines Dorfkernes mit ringförmiger Bebauung um die Kirche herum, mit dem Tie, mit dem Krug, später mit der Schule und mit Geschäften. – Die heutige Gewichtverteilung zwischen Ortskern und Peripherie wäre ohne die Kirchengründung nicht zu denken.

Wenn man sich mit der Jöllennecker Kirche beschäftigt, trifft man auch auf Menschen, die von außerhalb kamen und Kontakte mit der nicht-dörflichen Außenwelt hielten. Der erste uns bekannte Priester aus der Gründungszeit des Kirchspiels hieß Heinrich (1318 und 1328 genannt). Er gehörte der Bielefelder Kalandbruderschaft an. Bei deren Zusammenkünften traf er Bielefelder Geistliche, aber auch solche aus Enger, Wiedenbrück und Oerlinghausen, dazu einige Adlige und städtische Amtsträger. – Als sein Nachfolger amtierte in Jöllenneck ein Willikinus Negenoghe, der aus einer begüterten Osnabrücker Bürgerfamilie stammte.

In der »großen« Geschichte gibt es einen deutlichen Einschnitt im Umkreis des Jahres 1500. Das ist für Jöllenneck nicht festzustellen. Es gehörte zu den letzten ravenbergischen Orten, die sich der Lehre Luthers anschlossen. Genannt wird das Jahr 1574.

Erfreulich genau sind wir darüber informiert, wieviele Höfe bzw. Stätten es um 1550 in Jöllenneck gab, wie die Besitzer hießen, bei den meisten, was sie an Land und Weiderechten besaßen und was sie dafür zu entrichten hatten. Hier müssen wir uns mit der Feststellung begnügen, daß es in Oberjöllenneck 29, in Niederjöllenneck 31 waren. Man rechnet mit durchschnittlich 7,5 Personen je Anwesen. Demnach hätten etwa 450 Menschen um 1550 in Jöllenneck gelebt. Ich muß den Vergleich mit heute nicht durchführen.

Das Jöllenbeck dieser Zeit war in Ravensberg ein bekannter Ort. Hier fanden die Landtage statt, jedenfalls die meisten und wichtigsten. Das soll uns jetzt näher beschäftigen.

Wer zum Landtag in Jöllenbeck zusammenkam, erfahren wir ausführlich aus Akten des Jahres 1535. Am 23. Juli ging ein Befehl des Herzogs von Jülich, Cleve, Berg, Mark und Ravensberg aus an sein Gefolge, sich am 9. August in Düsseldorf einzufinden; die Art der Ausrüstung war vorgeschrieben. Am Tag darauf erhielten hohe Verwaltungsbeamte eine ähnliche Aufforderung. Sie alle sollten den Herzog in seine Grafschaften Mark (um Hamm) und Ravensberg begleiten. Wenige Tage später ging ein Befehl an die ravensbergische Ritterschaft, sich um Mariae Himmelfahrt (15. Aug.) bereitzuhalten und nähere Befehle abzuwarten. Selbstverständlich mußte sich der Drost auf der Sparrenburg rüsten, den Herzog mit Gefolge und vielen Pferden zu beherbergen. Es wurde der 6. September, bis der Landtag in Jöllenbeck zusammentrat. Der Beginn war üblicherweise um 8 Uhr, höchsten 9 Uhr. Bis dahin mußten alle eingetroffen sein, darunter 7 Ritter mit 2 Söhnen aus dem Amt Sparrenberg, 10 aus dem Amt Ravensberg, 9 aus dem Amt Limberg (von jenseits des Wiehengebirges), aus dem Amt Vlotho nur der Drost. Mit diesen 29 Männern waren 99 Pferde aufgeboten. Zur Teilnahme am Landtag waren auch die Vertreter der Alt- und Neustadt Bielefeld berechtigt. In diesem seltenen Fall, daß der Herzog selbst anwesend war, wird jeder, wenn eben möglich, gekommen sein. Die zum Landtag Aufgebotenen trafen sich in der Kirche. Ihre Begleitung brachte Leben in den benachbarten Krug am Tie und das Dorf.

1535 waren für die Verhandlungen 14 Punkte vorgesehen. Ein erheblicher Teil davon (Gerichtsordnung, geistliche Angelegenheiten z. B.) betraf alle Untertanen. Ein Mitwirkungsrecht hatten sie nicht. Nach den Vorstellungen der Zeit wurde die große Mehrzahl durch die Landstände vertreten.

Diese Einschränkung vorausgesetzt, vollzog sich die Mitwirkung der Ravensberger an der Gesetzgebung in der Regel in einer Weise, die den Interessen Ravensbergs gerecht wurde. Welche fünf Phasen es dabei gab, kann man am besten einer Urkunde von 1590 entnehmen: An den Hof in Düsseldorf kamen Berichte aus Ravensberg. Wenn sie glaubwürdig und wichtig waren, wurde die Sache zur Beratung für den nächsten Landtag vorgesehen. Diese Beratung fand in Jöllenbeck statt. Am Ende wurde ein Beschluß gefaßt. Dieser wurde vom Herzog ratifiziert und hatte danach Geltung.

In einer Sache, bei der offensichtlich starke Eigeninteressen des Adels im Spiel waren, nämlich bei der Gerichtsbarkeit über eigenbehörige Bauern, erließ die herzogliche Regierung im selben Jahr von sich aus Schutzvorschriften für die Bauern.

Auf einem Landtag in Jöllenbeck war es auch, wo nicht lange danach (1609) nach dem Aussterben des alten Herzogshauses durch Huldigung der Anschluß an Brandenburg vollzogen wurde. Das beruhte nicht auf einem Beschluß der Ravensberger, sondern hatte sich aus Erbrecht und Machtkämpfen ergeben. Es war ein wichtiger Tag für die Jöllenbecker und Ravensberger; denn seitdem gehörten sie zu Brandenburg, später Preußen. — 300 Jahre später feierte man die Erinnerung daran durch die Errichtung des Adler-Denkmal, durch Festschrift, Festansprachen, Festzug. Der Stolz und die Freude waren nur dadurch getrübt, daß der Kaiser nicht zum Fest kam und es in Strömen regnete.

Zunächst blieb die Umorientierung von Düsseldorf auf Berlin ohne positive Wirkung. 1618 begann der 30jährige Krieg. Es heißt, nur sieben Ehepaare hätten den Krieg zusammen überlebt. Die Zahl 7 wird in solchem Zusammenhang häufiger genannt. Sicher ist, daß es eine sehr schlimme Zeit war und daß die Durchzüge fremder Truppen große Verluste jeder Art zur Folge hatten.

Nach einer Zeit mühsamen Wiederaufbaus und neuem Ausbau traf vor allem der 7jährige Krieg (von 1756 an) schwer das Ravensberger Land und damit Jöllenneck. Kriegsschauplatz war Ravensberg nur kurze Zeit, aber junge Leute wurden eingezogen. Wirtschaftlicher Niedergang drückte alle, teils direkt infolge der Plünderung der Bielefelder Bleichen, teils durch die allgemeine Geldentwertung.

Mit dem Stichwort »Bleichen« ist das Textilgewerbe angesprochen. Spinnen und Weben für den Eigenbedarf hat es auch vor 800 Jahren schon in Jöllenneck gegeben. Doch Basis der Existenz war die Landwirtschaft; daher waren Existenzgründung und Rodung so eng verbunden. Nach und nach war diese zu einem immer größeren Problem geworden, weil sie das allen gemeinsame Land (durch Raubbau waren es mehr Heiden als Wälder geworden) zu sehr einschränkte. Da die Bevölkerungszahl immer mehr anwuchs, war ein Ausweg dieser: Die Bauern bauten Kotten und gaben sie mit etwas Land an Kötter (Heuerlinge) aus. Diese mußten dafür einen Teil ihrer und ihrer Frauen Arbeitskraft je nach Bedarf dem Hof zur Verfügung stellen. Ihren Geldbedarf mußten sie durch Spinnen in der verbleibenden Zeit decken. – Das anspruchsvollere Weben eignete sich weniger als Füllarbeit. Da sich die Jöllennecker außerdem für die Herstellung einer sehr feinen Qualität entschieden hatten, war Weben in aller Regel eine hauptberufliche Tätigkeit von Leuten, die häufig auch auf eigener Besetzung saßen, u. U. auch in einem Kotten, durch den sie nicht zur Mitarbeit auf dem Hof verpflichtet waren.

Die Entwicklung würde man heute »asant« nennen. Schon 200 Jahre, nachdem für ganz Jöllenneck 450 Bewohner errechnet waren, sind im Jahre 1752 für Oberjöllenneck 908 und für Niederjöllenneck 950 Menschen gezählt worden. Dem entsprach eine größere Zahl selbständiger Besitzungen (mit eigener Hausnummer) und eine erheblich größere Zahl von Kotten. – Es gelang der weiter wachsenden Bevölkerung, sich zu ernähren und zu behausen. Von Auswanderung hören wir nichts. Wenn man das Prädikat »Blütezeit« vergeben will, so war die Zeit nach dem 7jährigen Kriege in Jöllenneck eine. Sie endete mit den Napoleonischen Kriegen.

Die Bauern profitierten von einer günstigen Agrarkonjunktur. Ihnen fiel durch die Markenteilungen viel Land zu, je größer die Höfe waren, umso mehr. Sie hatten Arbeitskräfte, es urbar machen zu lassen. Sie hatten Bedarf an Bergeraum für größere Ernten und hatten Geld, entsprechende Neubauten aufführen zu lassen – und außerdem Freude an handwerklich besonderer Ausgestaltung, außen und innen. An guten Handwerkern fehlte es nicht. Dank der günstigen Konjunktur und des Fleißes auch im Leinengewerbe konnten Weber auf neu erworbenem Grund und Boden eigene Häuser errichten, und sei es unter Zuhilfenahme von geliehenem Geld, das ihnen andere zur Verfügung stellen konnten. Soweit die Lichtseite.

Die Schattenseite: Die Gewohnheitsrechte der Kötter an der Mark wurden nicht mit Landzuteilungen abgegolten. Unter juristischen Gesichtspunkten war das in Ordnung. Aber es hatte schlimme soziale Folgen, weil ein wichtiger Teil der Selbstver-

sorgung dadurch wegfiel. Familien, die oft mit ein oder zwei anderen Familien in einem Kotten leben mußten, hatten es sehr schwer.

Für die bäuerliche Schicht und die Weber blieben die Bedingungen trotz einiger Schwankungen günstig. Auch in dieser Zeit entstanden noch sehr ansehnliche Fachwerkhäuser. Es ist mancher Familie zu danken, daß sie bis heute diese und ältere Zeugnisse bäuerlich-handwerklicher Kultur gepflegt hat.

Für die Spinner zuerst wurde die Situation im 19. Jahrhundert immer düsterer. Das war eine Folge der Tatsache, daß Maschinen erfunden waren, die das Spinnen und Weben unvergleichlich schneller erledigten als ein noch so fleißiger Mensch. Nach 1815 brach die bis dahin aufgestaute Konkurrenz über den Kontinent herein. Jöllenneck war nicht in erster Linie Spinnerdorf. Dadurch blieb die Zahl der betroffenen Familien zunächst in Grenzen; allerdings waren es Familien, die kaum Reserven hatten. – Über die Zahl und Verhältnisse der Weber erfahren wir am genauesten aus einem Aktenstück von 1814. Damals gab es in Jöllenneck 123 Weberfamilien, von denen 109 auf eigene Rechnung arbeiteten und 14 im Auftrag. Es waren 357 Personen ganz oder überwiegend mit Weben beschäftigt. Bei inzwischen fast 3.000 Einwohnern war das etwa jeder achte – wohlgemerkt: Einwohner, nicht Beschäftigter. Die Jöllennecker Weber, die bisher schon durch ihre besondere Qualitätsarbeit bekannt waren, versuchten durch noch bessere Qualität und noch mehr Fleiß die Situation zu meistern. Aber die Maschinen wurden auch immer besser, und mehr produzierten sie von Anfang an.

1842 berichtete Gustav Delius, ein Mann mit großem Überblick, den Behörden dies: »Zu Jöllenneck haben wir bereits ein Beispiel (gemeint ist: für den katastrophalen Niedergang): Vor 6 Jahren noch ein wohlhabendes Dorf und jetzt schon arm, und fast täglich von Exekutionen (gemeint sind Pfändungen) heimgesucht! Nach Jöllenneck folgt Schildesche. Die Armut hat daselbst bereits einen hohen Grad erreicht. Und wenn es nicht bald mit dem Handel besser wird, so ist dieses Dorf in Jahresfrist in ähnlicher Lage wie Jöllenneck.« – Wir wissen heute, daß dies noch lange nicht das Ende der Krise war. Der Staat sah nicht tatenlos zu. Aber die von ihm angeregten Maßnahmen griffen zunächst nicht. Etwas wie ein »soziales Netz« gab es noch nicht. Die Kosten der Jöllennecker Armenkasse stiegen zwischen 1835 und 1850 auf das Vierfache. Das klingt bedeutend. Aber die Summen waren angesichts der vielen Notleidenden gering: zuerst 310 Taler, 1850 1.200.

Was früher immer ein Ausweg gewesen war: Land urbar machen und im Leinengewerbe tätig sein, das trug nun beides nicht mehr. Es verließen erstmals in Friedenszeiten viele junge Leute ihr Jöllenneck. War der grundsätzliche Entschluß schon schwer, so mußte die weitere Entscheidung getroffen werden, wohin. Eine einzige Jöllennecker Kötterfamilie, Familie Stückemann, hat in den 50er und 60er Jahren fünf ihrer Kinder in die Ferne ziehen lassen müssen. Zwei Töchter gingen in die USA, die drei Söhne ins Ruhrgebiet. Es wurde mir erzählt, der jüngste, ein Kind noch, habe ein höheres Alter angegeben, um überhaupt als Bergmann genommen zu werden. Die beiden jüngsten kamen als 18- und 16-jährige bei einem Zechenunglück um.

Während der Weg ins Ruhrgebiet für alle, die genügend Geld hatten, seit Bestehen der Köln-Mindener Eisenbahn 1847/48 verhältnismäßig einfach war, war die lange, beschwerliche Fahrt in den Auswandererschiffen allein schon gefährlich. Und nicht

alle faßten Fuß. Aber von den meisten kamen nach manchmal schwerem Anfang dann sehr zufriedene Briefe.

Zur Ab- und Auswanderung kam als weitere, in Jöllenbeck seltenere Möglichkeit die Saisonarbeit. Ein Jöllenbecker schloß sich 1862 sogar einem Missionar an und wurde Kaufmann in Afrika. – Der Kontrast zwischen der bisherigen Seßhaftigkeit, ja fast Abgeschlossenheit, und dem Aufbruch in die weite Welt war groß und schmerzlich. Für die Zurückbleibenden bedeutete der Aderlaß der Bevölkerung wirtschaftlich nur wenig Erleichterung. Hatten nach einem Höhepunkt 1844 und 1845 (mehr als 4.500 Einwohner) im folgenden Jahrzehnt fast immer 4.300 Menschen in Jöllenbeck gelebt, so sank die Zahl bis 1847 auf 3.300. Für Weber, die in Jöllenbeck blieben (berufsmäßige Handspinner gab es nun nicht mehr) dauerten die schwierigen Zeiten, bis durch Seidenhandweberei und dann durch die Gründung der Seidenfabriken Wertheimer (1890) und Delius (1895) und durch die Plüschfabrik Delius auf der Horstheide (1898) wieder eine Blütezeit begann. Seitdem wurde das Dorfbild auch durch einige Fabrikgebäude und Schornsteine mitbestimmt.

Auf die Zeit von etwa 1830 an müssen wir noch unter einem anderen Gesichtspunkt zurücksehen, nämlich dem, was Religion und Kirche damals bedeuteten. Wenn es darum ginge, herausragende Einzelpersonlichkeiten vorzustellen, hätten schon die Pastoren Hagedorn und Schwager im 18. Jahrhundert genannt werden müssen. Nicht übergangen werden darf Pastor Volkening. Er hatte sich schon in Gütersloh den Ruf eines Erweckungspredigers erworben, ehe er 1838 auf Wunsch der Jöllenbecker Kirchenvertreter hierher berufen wurde. In seiner Zeit (bis 1869) und weit darüber hinaus hat er die Gemeinde und das Ravensberger Land geprägt. Der tiefe Glaube, den er vermittelte und stärkte, hat vielen geholfen, die schweren Zeiten durchzustehen. Ich gebe dafür nur ein Beispiel. Es ist uns in der Form einer erbaulichen Geschichte erzählt, aber es besteht keine Veranlassung, am Wahrheitsgehalt zu zweifeln. Ein Jöllenbecker Leineweber hatte freitags in Bielefeld versucht, ein fertiggewebtes Stück Leinen abzusetzen, hatte es sonnabends in Herford und noch einmal in Bielefeld versucht. Alles war vergeblich gewesen. Als er sonntags im Gottesdienst war, gewann er Kraft aus der Liedzeile »Größer als der Helfer ist die Not ja nicht«. Eine solche Haltung gab es auch in anderen Familien. – Unrichtig wäre allerdings die Vorstellung, die Erweckungsbewegung sei nur von den »Mühseligen und Beladenen« getragen worden. Wie sehr auch Denken und Handeln der finanziell gut Gestellten davon geprägt wurden, sieht man bis heute an dem stattlichen ehemaligen Waisen- und Altersheim, das damals ganz aus Vermächtnissen und Spenden errichtet wurde.

In Volkenings Zeiten war es auch, daß so viel und häufig Menschen nach Jöllenbeck kamen wie nie vorher. Sie kamen zu Fuß und z. T. von weither, z. B. aus Lippe. Sie kamen, um das gepredigt zu hören, was ihnen in den eigenen Gemeinden fehlte. Daß damals Leitern an die Kirchenfenster gelehnt wurden, damit noch einige mehr am Gottesdienst teilhaben könnten, war nicht die Regel, aber durchaus auch nicht nur ein »Vertellsel«. Eine größere Kirche war notwendig, und eben nicht nur für die eigene Bevölkerung, die ja zu der Zeit nicht zahlreicher wurde.

Verlassen wurde Jöllenbeck damals und bis ins 20. Jahrhundert hinein von zahlreichen jungen Menschen, die Diakonissen und Diakone wurden.

Bis zum Ersten Weltkrieg gab es das »Bündnis zwischen Thron und Altar« und eine enge Bindung an Kaiserhaus und Kirche in weiten Kreisen der Bevölkerung. Das war in Jöllennebeck eher stärker als anderswo. Zunächst gab es bei Wahlen in Jöllennebeck immer konservative Mehrheiten. Je mehr Jöllennebecker in Fabriken, auch Bielefelder Fabriken arbeiteten (seit 1900 fuhr die Kleinbahn), umso mehr anderes politisches Gedankengut wurde ihnen bekannt.

Für die Arbeiterschaft stellte sich die Frage nach einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Es entsprach der Grundhaltung der Jöllennebecker, daß sie sich den Christlichen Gewerkschaft anschlossen. Nach der ersten Versammlung 1904 meldeten sich sofort 250 als Mitglieder an. Dem entsprach auf der anderen Seite, daß die SPD zunächst erheblich weniger Wählerstimmen gewinnen konnte als in den Nachbarorten. Bei den Reichstagswahlen 1890 waren es erst sechs gewesen, 1912 dann 115. Das waren 12,7% zu einem Zeitpunkt, als die SPD in Schildesche und Heepen über 60% gewann.

20 Jahre später sah das Wahlverhalten in Jöllennebeck so aus: In den letzten freien Reichstagswahlen des Jahres 1932 war die SPD im Amt Jöllennebeck die stärkste Partei, in Jöllennebeck selbst blieb sie bei den Septemberwahlen kurz hinter der NSDAP zurück. Inzwischen hatte der Erste Weltkrieg auch die Jöllennebecker Welt tiefgreifend verändert. Nie vorher mußten so viele Männer Jöllennebeck verlassen. Der Gedenkstein Ecke Dorfstraße/Amtsstraße, der wohl für das ganze Amt errichtet wurde, sagt, 911 Männer seien einberufen, 194 nicht wieder zurückgekehrt.

Für viele Jöllennebecker, vielleicht die meisten, war ein Deutschland ohne Kaiser undenkbar. Eine republikanische Staatsordnung blieb ihnen fremd.

Einen tiefen Einschnitt brachte die Zeit, als auch in Jöllennebeck um 1930 große Arbeitslosigkeit herrschte, und den noch tieferen das Jahr 1933. Um wieder die Reichstagswahlen als Gradmesser zu nehmen: In den Märzahlen übertraf die NSDAP in Ort und Amt die SPD an Stimmen, blieb aber von der absoluten Mehrheit weit entfernt. In der gesamten NS-Zeit blieben in Jöllennebeck die Abwehrkräfte stark, so unterschiedlich sie waren – von der KPD bis zu den kirchlichen Kreisen. Die Herrschaft *der* Partei, die keine andere neben sich dulden wollte, konnten sie nicht verhindern, auch nicht, daß viele, vielleicht sogar die Mehrheit, in ihrem Fahrwasser schwammen. In mancher Hinsicht blieben den Jöllennebeckern Entscheidungen erspart. Jüdische Einwohner hatte Jöllennebeck in den 30er Jahren nicht. Andererseits blieb es nicht unberührt von der Judenverfolgung; der Zwangsverkauf der Firma Wertheimer 1936 und daß Eduard Wertheimer 1942 an dem Tag, als er deportiert werden sollte, seinem Leben selbst ein Ende setzte, muß einem Teil der Jöllennebecker bekannt und nicht gleichgültig gewesen sein; denn Familie und Firma hatten sich in Jahrzehnten durch soziales Verhalten Sympathien erworben.

Was im Rückerinnern der Jöllennebecker an jene Zeit im Vordergrund steht, sind Krieg und Kriegsfolgen. Wieder und noch zahlreicher mußten Jöllennebecker Männer für Jahre in den Krieg ziehen. Eine Zusammenstellung der Menschenverluste aus dem Jahre 1964 gibt an, 261 Soldaten seien gefallen, fast ebenso viele, 252, seien vermißt. Viele andere behielten dauernde gesundheitliche Schäden.

Aus ganz anderen Gründen als früher strömten in Kriegs- und Nachkriegszeiten nun Menschen von z. T. sehr weit her in das so gut wie unversehrt gebliebene Jöllennebeck: erst Kriegsgefangene, dann Evakuierte aus dem bombenbedrohten Biele-

feld und aus den Ruhrgebietsstädten, dann die noch größere Zahl derer, die ihre Heimat im Osten hatten verlassen müssen. Das ist eine für alle sehr schwere Zeit gewesen. Die Ansässigen taten sich schwer, ihr z. T. mühsam erarbeitetes und sorgfältig gepflegtes Haus mit anderen zu teilen. Den neu Hinzugekommenen fehlte es zunächst schlechthin an allem, obwohl versucht wurde, ihnen zu helfen, z. T. unter großem persönlichen Einsatz. Ich erinnere mich u.a. an die Unterbringung und Verpflegung im Vereinshaus. 1945 und in den anschließenden Jahren hätte sich wohl niemand vorstellen können, wie schnell es dann doch zu einem menschlich guten und materiell immer besseren Zusammenleben kam.

Hier soll der Gang durch die Jöllennecker Geschichte für heute abgeschlossen werden. Es konnte dabei einiges von dem, was uns heute wichtig scheint, angeleuchtet werden. Manches ist dabei im Dunkeln geblieben, noch mehr wird es immer bleiben. Es ging heute nicht um kritisch-distanzierte Analyse, sondern hauptsächlich um Erinnerung an Menschen – mit einer Anteilnahme, die Menschenschicksale immer verdienen, auch mit dem Gedanken daran, daß sich zwar nichts in der Geschichte genauso wiederholt, aber doch manche Grundsituationen und -entscheidungen.

Ich wähle die Gesichtspunkte ansässig sein – fortgehen – hinzukommen. Das war gekoppelt mit Fragen der Existenz und auch mit dem Gang der »großen« Geschichte. Wenn man versucht, die Haltung zu charakterisieren, die darin sichtbar wurde, kann man es vielleicht so zusammenfassen: Die Jöllennecker zogen – auch unter manchmal schwierigen Bedingungen – das Bleiben dem Fortgehen vor, entschlossen sich aber auch für geographisch und beruflich Neues, wenn es nötig wurde, statt zu resignieren. Sie zogen gewissenhafte, auch schwere Arbeit der Improvisation vor, das Festhalten an dem, was Generationen und sie selbst als richtig anerkannt hatten, dem jeweils Neuen. Ein Anziehungspunkt für Fremde war Jöllenneck weniger. Insofern bestätigte sich die Aufzählung vom Anfang. Hinzufügen könnte man noch: eine ländliche Idylle war Jöllenneck nie. Gewiß kam mancher nicht aus eigenem Antrieb nach Jöllenneck. Aber ich weiß auch von nicht wenigen, die dann doch gern in Jöllenneck gelebt haben, wenn es nicht nur eine kurze Durchgangsstation war. Zu einer solchen Familie, die 20 Jahre in Jöllenneck gelebt hat, gehöre auch ich.

Wenn ich nicht zuletzt deswegen aufgefordert bin, hier zu sprechen, so will ich gerade auch deswegen nicht unterlassen, am Schluß daran zu erinnern, daß in Details Objektivität leichter zu erreichen ist als bei einer noch dazu eng begrenzten Auswahl und daß Schlußfolgerungen am stärksten subjektiv gefärbt sind.

Unter dieser Voraussetzung fasse ich so zusammen: Jöllenneck war bisher ein Ort, an dem seine Bewohner zu Hause waren, sich zu Hause fühlten. Das war in früheren Jahrhunderten fast selbstverständlich. Unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts ist das in mancher Beziehung nicht mehr so selbstverständlich. Ich wünsche deswegen allen, die jetzt oder später hier wohnen, es mögen die äußeren Bedingungen für ein Leben in Jöllenneck und das Zusammenleben der Jöllennecker so gut sein, daß sich alle hier wirklich zu Hause fühlen können.

Die ehemaligen Bergwerke oberhalb von Halle

Ergebnisse einer historisch-geologischen Exkursion der Arbeitsgemeinschaft Archäologie am 14.06.1990

Heinz-Dieter Zutz

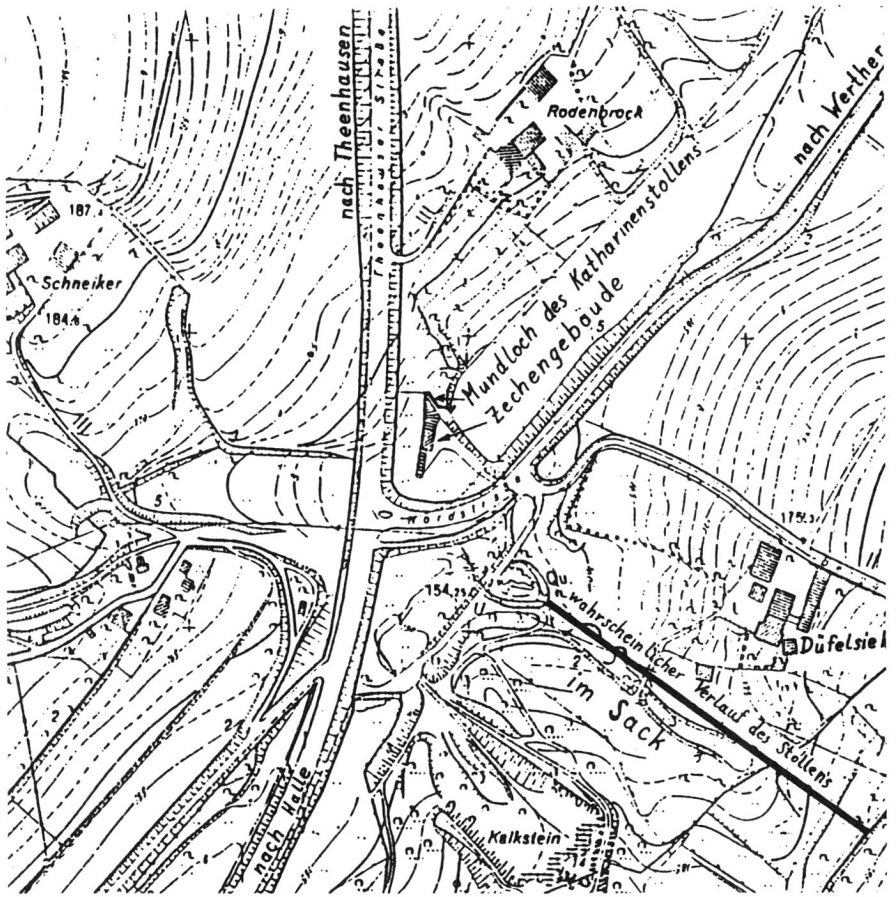
Seit dem 17. Jh. wurde im Quertal des Osning zwischen Werther und Halle intensiv in staatlichem Auftrag nach Kohle geschürft. Pingen und Stollen gab es aber schon vorher in der Umgebung des Hofes Düfelsiek in der Gemeinde Berghagen und beim Hofe Schneider in der Gemeinde Eggeberg auf der gegenüberliegenden Hangseite. Beim Hofe Schneider gab es um 1750 auch Eisenerzbergbau und eine Eisenhütte.

Der Bergbau in diesem Gebiet ist durch historische Quellen gut belegt und von Gustav Griese in seiner Arbeit »Der Bergbau in Ravensberg« im 57. Jahresbericht des Historischen Vereins dargestellt worden. Bei unserer Exkursion sollten die historischen Plätze aufgesucht und wenn möglich identifiziert werden. Als sehr wichtig erwies sich dabei die Zusammenarbeit mit Herrn Norbert Schult, der z. Z. eine Diplomarbeit im Fach Geologie über dieses Gebiet anfertigt.

Erstes Ziel unserer Begehung war der Kohleabbau am Hofe Düfelsiek. Belegt ist, daß hier um 1840 die Gewerkschaft »Im Sack« einen Stollen ins Gebirge treiben ließ, der 1858 aufgewältigt, d. h. wieder instandgesetzt und weiter vorgetrieben wurde. Die mündliche Überlieferung auf dem Hofe Düfelsiek besagt, daß das Stollenmundloch bei der Quelle wenige Meter vom Laibach entfernt gewesen sein soll. Von einem Stolleneingang ist nichts mehr erkennbar, wohl aber die runde Quelleinfassung. Die Quelle ist wahrscheinlich die Entwässerung des alten Stollens, also künstlich entstanden. Eine natürliche Quelle ist an dieser Stelle unwahrscheinlich, weil die Grenze der wasserstauenden Tone der Bückeburg-Folge (früher Wealden) gegen die Mergel des Unter-Cenoman weiter südlich liegt. Eine Hangschuttquelle würde hier an der Grenze der Tone zu den überdeckenden quartären sandigen Ablagerungen möglich sein. Doch eine Bohrung ergab, daß im Untergrund des Quellbereichs nur Tone der Bückeburg-Folge anstehen. Das Laibachtal, in das die Quelle entwässert, liegt etwa einen Meter tiefer als der Rand der Quellfassung. Vielleicht wurde der Stollen von der Sohle des Laibaches aus vorgetrieben. Vor oder neben dem Mundloch wurde eine brunnenartige Quellfassung angelegt, die das Wasser auf das jetzige Niveau steigen und oben austreten läßt. In der Quelle stößt man erst in 2 m Tiefe auf festes Material.

Von der Quelle aus gingen wir über die Weide in südöstlicher Richtung heran über ein vor nicht allzulanger Zeit verfülltes Siek, das in der Karte noch als solches eingezeichnet ist. Ungefähr von der Höhe des ehemaligen Altenteilerhauses des Hofes Düfelsiek an ist es noch sehr deutlich erkennbar. Bei näherer Betrachtung erscheint es aber für ein Siek viel zu schmal. Es liegt etwa auf der Linie der Kohleflöze. Deshalb wurde erwogen, ob es sich hierbei um einen alten Kohletagebau handelt, der früher als der Stollen angelegt worden wäre. Durch nachträgliche Bohrungen mit einem Kernbohrer bis auf 2 m Tiefe aber hat sich herausgestellt, daß es sich um ungestörte tonige Ablagerungen der Bückeburg-Folge (Wealden) handelt.

Laut Aussage von Frau Kampmann-Düfelsiek kommt es auf der Weide, auf der dieser eben beschriebene Geländeerschnitt liegt, immer wieder zu Bodenabsen-



kungen und zwar in einem Streifen, der wenige Meter nördlich dieses »Sieks« parallel dazu verläuft und sich bis in die angrenzende Besitzung Bartling hinein erstreckt. Die Gruben werden von dem Bauern aus Sicherheitsgründen sofort wieder verfüllt. Es ist naheliegend, daß die Verstürze den Verlauf des alten Stollens kennzeichnen, dessen Ausbau nun nach und nach zusammenbricht. Der Stollen wäre dann leicht ansteigend den Flözen folgend von der Talsohle aus angelegt worden.

Dann gingen wir zu der Zechenanlage »Katharinenstollen«, die auf der anderen Seite des Laibaches in der Talniederung zwischen den Höfen Düfelsiek und Schneiker gleich an der Gabelung der Straße von Halle nach Theenhausen und Werther liegt. Die Zechengebäude sind teilweise verfallen. In den ehemaligen Werkstätten befinden sich noch Transmissionen, Werkzeuge und Hebezeuge. Der Zugang zum Stollenmundloch ist noch begehbar. Das Mundloch ist erhalten, aber bis zur halben Höhe hin zugemauert. Der letzte Teil des Stollens wird als Wasserreservoir genutzt und ist deshalb nicht zugänglich.

Die Anlage ist deshalb so gut erhalten, weil sie noch 1923 und in den folgenden Jahren genutzt wurde. In der Zeit der Kohleknappheit nach dem 1. Weltkrieg ist der

alte Katharinenstollen wieder aufgewältigt und vorangetrieben worden. Es soll aber laut Aussage eines Anwohners, der in seiner Jugendzeit noch mit Bergleuten gesprochen hat, keine Kohle gefunden worden sein. Wann der Katharinenstollen ursprünglich angelegt worden war, geht aus der Literatur nicht hervor. Weil hier eine ähnliche Technik bei der Anlage des Stollens wie »Im Sack« verwendet wurde, ist anzunehmen, daß er auch um 1850 entstand.

Den historischen Quellen zufolge wurde der intensivste Bergbau auf dem Hofe Schneiker und seiner Umgebung betrieben. Die ersten Belege stammen aus der Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, der durch die Anlage neuer Schächte und Stollen die durch den 30jährigen Krieg heruntergekommene Wirtschaft wieder in Gang setzen wollte. Diese Versuche blieben aber anscheinend erfolglos. Im Jahre 1742 nahm die neu gegründete »Freie Minden-Ravensbergische Gewerkschaft« den Bergbau wieder auf.

Gustav Griese schreibt dazu: Der Bergmeister Rilcke klagt in seinen »Aufstandsberichten« . . . sehr über den »Raubbau der Alten«, die beim Schnäker »mehr denn etliche zwanzig Schächte abgesenkt, ansehnliche Kohlenhalden und auf der Höhe auch einen Raubstollen« hatten. Weiter teilt er mit (Rilcke), daß in 30 alten, noch »vorliegenden wassernötigen Pingen« bereits schon 50 bis 70 Quadratlachter Kohlen von den »Alten« abgebaut waren (ein Quadratlachter = 4,378 qm)¹.

Der anscheinend recht intensive Bergbau wurde bis 1791 betrieben und dann auf Anordnung des Bergamtes eingestellt. Aufgrund von Protesten aus der Bevölkerung wurde aber 1800 ein neues Bergwerk eingerichtet, das den Namen Louise Friederike Schacht erhielt. 1810 wurde der Bergbau wieder eingestellt.

Die Gründe, weshalb der Kohlebergbau bei Schneiker und Dürfelsiek nicht kontinuierlich betrieben werden konnte, werden in der geringen Gewinnchance und der damit verbundenen Kapitalknappheit zu suchen sein. Die fünf Flöze weisen nur eine Mächtigkeit von 5 bis 44 cm auf. Das Hauptproblem aber werden die häufigen Wassereinbrüche gewesen sein, die die Bergleute gefährdeten und die Arbeiten immer wieder unterbrachen. »Das Ende des mühsamen Abbaus auf diesen Grubenfeldern wurde beschleunigt durch den Bau der Köln-Mindener Eisenbahn im Jahre 1847. Nun konnte die hochwertige Bergische Kohle schnell befördert werden, und das hatte die Schließung aller Bergwerke am Teutoburger Walde 1885 zur Folge«².

Auf dem Hofe Schneiker und in seiner unmittelbaren Umgebung findet man keine Spuren des Bergbaus mehr. Die Gruben wurden schon vor langer Zeit verfüllt und die Gebäude abgetragen. Aber im Walde, oberhalb des Hofes, sind noch Reste von Pingen erhalten. Pingen waren einfache Schächte, die senkrecht durch die Deckschicht, die hier aus etwa 3 m mächtigem Sandstein besteht, bis in die Kohle oder Erz führenden Schichten vorgetrieben wurden. Sie reichten nicht tief, weil sie aufgrund ungenügenden Ausbaus leicht zusammenstürzten. Meistens aber wurden sie aufgegeben, wenn Wassereinbrüche erfolgten.

1 Gustav Griese: Der Bergbau in Ravensberg – Beiträge zur Geschichte des Berg-, Hütten- und Salinenwesens in der Grafschaft Ravensberg und im Fürstentum Minden, im 57. Jahresbericht des Historischen Vereins, Jahrgang 1952 bis 1954, S. 24.

2 Erika Stieghorst, Das Steinkohlendreieck zwischen Werther, Halle und Borgholzhausen, Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh 1988, S. 100.

Im Lauf der Zeit sind die Wände der Pingen eingestürzt, so daß sie heute wie Bombentrichter aus dem 2. Weltkrieg aussehen. Man kann sie aber an dem Auswurf unterscheiden, der bei einem Bombentrichter als kreisrunder Wall erscheinen müßte. Bei einer Pinge hingegen finden sich die Abraumreste an einer, meistens der Talseite.

Westlich des Hofes, gleich unterhalb des Weges, der auf halber Höhe parallel zum Kamm verläuft, findet man 4 Pingen über den Kohleflözen der Bückeberg-Folge. Weiter unterhalb findet man zwischen zwei tiefen Erosionsrinnen 7 weitere unterschiedlich große Pingen. Die Flöze sind hier in einem Geländestreifen von 150 m Breite anzutreffen. Die beiden Bachtäler schneiden die kohleführenden Schichten quer, und die Bäche haben sich durch den überdeckenden Hangschutt gegraben. Es ist wahrscheinlich, daß in diesen Bachtälern die ersten Kohlestückchen gefunden wurden. Dann wäre der erste Abbau rechts und links der Bäche erfolgt. Als man dann die genaue Lage und Mächtigkeit der Flöze erkannt hatte, wurden daneben die Pingen angelegt.

Die in Halle und Dornberg anstehende Kohle der Bückeberg-Folge (Wealden) entstand in der ausgehenden Kreidezeit. Sie ist mit etwa 100 Millionen Jahren sehr viel jünger als die karbonzeitliche Steinkohle des Ruhrgebiets, die vor etwa 300 Millionen Jahren entstanden ist. Trotzdem ist der Heizwert der Wealden-Kohle sehr gut, weil der Prozeß der Inkohlung durch vulkanisch bedingte Aufheizung und hohe Drücke bei tektonischen Faltungen gefördert wurde.

Eisenerz findet man schichtweise im Osningsandstein, der durch die Osning-Verwerfung bedingt, südöstlich des Hofes Schneiker ansteht. Es entstand durch die Ablagerung oxidierten Eisens in einem Flachmeer der Kreidezeit. Diese Ablagerungen sind um einige Millionen Jahre älter als die Schichten der Bückeberg-Folge (Wealden). Auf der Höhe des Sandsteinkammes, unweit des Fernmeldeturmes, wenige Meter nördlich des Kammweges liegt eine Pinge, in der früher wahrscheinlich Eisenerz abgebaut wurde.

Zeitweise wurde auch nach Bohnerz geschürft. Es handelt sich dabei um eisenhaltige Knollen, die in Schichten der oberen Kreide eingelagert sind.

Buchbesprechungen und Buchanzeigen

Peter Nitschke: Verbrechensbekämpfung und Verwaltung. Die Entstehung der Polizei in der Grafschaft Lippe (1700 – 1814), Waxmann Münster/New York, 1990, br., 222 S., 6 Abb., 49,90 DM.

Das erkenntnisleitende Interesse dieser Fallstudie zur Grafschaft Lippe, die 1989 als geschichtswissenschaftliche Dissertation an der Universität Münster eingereicht wurde, richtet sich auf die »organisatorischen Prämissen und strukturellen Eigenheiten der polizeilichen Exekutive im Ancien Régime« (1). In der administrativen Verflechtung, die sich infolge der vom Fürstenstaat im 18. und frühen 19. Jh. getroffenen Maßnahmen und entwickelten Verfahren zur Verbrechensbekämpfung ausgebildet habe, sieht Nitschke die Entstehungsbedingungen für den »Prozeß einer Institutionalisierung von Polizei« (62). Diese Annahme führt zu einer auf den Aspekt der Gefahrenabwehr beschränkten Analyse der Amtstätigkeit frühmoderner Polizeiinstitutionen. Folgerichtig beurteilt der Autor die polizeilichen Maßnahmen nach Maßgabe der Aufgaben einer Vollzugspolizei modernen Zuschnitts. Die Polizei der Gegenwart sei Träger des staatlichen Gewaltmonopols; ihre Aufgabe bestehe in der »Sicherung der Macht nach innen« (3). Nitschke begreift daher die vollkommene Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols mit polizeilichen Exekutivorganen als entscheidenden Indikator für moderne Staatlichkeit.

Ausgerüstet nicht nur mit diesem eher simplen sowie autoritären Staatsbegriff, sondern auch mit einem für die Frühneuzeit unpassenden Begriff von Polizei, skizziert der Autor in der Einleitung und im ersten Teil der Untersuchung die seiner Ansicht nach für alle Territorien des Deutschen Reiches gleichen Formen und Phasen frühmoderner Staatsbildung. Sein – gelinde gesagt – bestreitbares Resümee lautet: Bis zum Ende des 17. Jh. spätestens sei den Fürsten nicht nur »eine schrittweise Entmachtung der vielen ständischen Partikulargewalten« (8) gelungen, sondern sie hätten auch trotz massiver innenpolitischer Konflikte im Zuge der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege ihre »Souveränität nach innen« (12) erfolgreich behauptet. Im 18. Jh. sei die innere Sicherheit der Territorien einzig und allein von armen seßhaften und vagierenden unterständischen Gruppen, insbesondere von entlassenen Soldaten, gefährdet worden. Die von diesen Gruppen verübten Verbrechen überforderten – so Nitschke – zum einen die herkömmlichen Sicherheitskräfte, wie die Feld- und Flurhüter, Nachtwachen und Landmilizen, provozierten zum anderen eine von den Landesherrn auf Territorial- und Reichskreisebene organisierte »Bekämpfung der Vagantenpopulation sowie des Bandenwesens« (58) mit Hilfe militärischer und polizeilicher Kontingente, restriktiver Strafrechtspflege und eines durch die Einrichtung von Zucht- und Arbeitshäusern differenzierten Strafvollzugs.

Die »Analyse der realen Verhältnisse von Sicherheit und Ordnung« (21) der Grafschaft Lippe des 18. Jh. erfolgt im zweiten Teil der Fallstudie. Im Rückgriff auf einen detaillierten Überblicksaufsatz F. Verdenhalvens von 1974 in den Lipp. Mitt. erschließt der Autor die für die zweite Hälfte des 18. Jh. überlieferten Go- und Kriminalgerichtsakten Lippes. Nach den von Verdenhalven nicht durchgehend zuverlässig ermittelten Häufigkeitswerten der verschiedenen Deliktarten lag laut Nitschke

mit fast 38% der »Schwerpunkt der Kriminalität im Bereich der Eigentumsdelikte« (89). Eigentumsdelikte, zu denen er ohne weiteres auch Jagd- und Holzfrevel rechnet, Mordtaten, wie sie ein- bis zweimal jährlich vorkamen, und Raubzüge von Zigeunern und jüdischen Gaunerbanden – hauptsächlich im Schwalenberger Amt beklagt – hätten die »Innere[n] Sicherheit« (90) des Territoriums ernsthaft gefährdet. Angesichts der von Nitschke konstatierten »grundsätzlich hohen Gewaltbereitschaft« (89) in der Grafschaft Lippe im 18. Jh. hätte die Landesherrschaft die Ämterverwaltung Reformen unterzogen (gleichmäßige Verteilung der Vögte auf die Ämter, Reorganisation des Nachtwächterwesens), seien neue Ämter (Policeydiener seit 1764 in Lemgo bzw. 1803 für das ganze Territorium) und Behörden eingeführt (Gendarmerie seit 1808 vorläufig, ab 1842 auf Dauer) sowie neue Strategien der Strafverfolgung (Streifen, Patrouillen) und erste Verfahren zur kriminalpolizeilichen Observation (Paß, Steckbrief, Vagantenregister) entwickelt worden. Die Effektivität der in Lippe im 18. Jh. betriebenen Verbrechensbekämpfung beurteilt Nitschke weitgehend negativ. Verantwortlich für diesen Sachverhalt seien die Korruptionsanfälligkeit der subalternen Amtsträger, deren Ungeschultheit für polizeiliche und kriminologische Funktionen, das Fehlen einer »rationalen Leistungskriterien unterworfenen Beamtenschaft« (190) sowie die angespannte Lage des Finanzhaushalts, die weder eine bessere Besoldung noch eine Aufstockung der Sicherheitskräfte noch deren ausreichende Bewaffnung erlaubt habe. Erst mit der 1808 eingeführten Gendarmerie sei das System polizeilicher Kontrolle qualitativ verbessert worden. Nitschkes positives Urteil über die maximal 15 Mann umfassende Lipper Gendarmerie, deren »polizeiliche Funktion . . . unmittelbar den staatlichen Anspruch auf das Monopol einer physischen Gewaltsamkeit« (184) garantiert habe, erfolgt letztendlich ohne jeden empirischen Nachweis.

Ein kurzer Blick auf den Zustand innerer Sicherheit im Ravensberger Land, insbesondere im Kreis Bielefeld Ende des 18./Anfang des 19. Jh. wirkt, im Kontrast zu der von Nitschke für die nahegelegene Grafschaft Lippe des 19. Jh. entwickelten sicherheitsstaatlichen Illusion von einem pazifizierten Territorium, ernüchternd. Ähnlich wie in anderen Städten des Königreich Preußens waren die wenigen Polizeikräfte in Bielefeld, die beispielsweise 1813 einen Polizeioffizianten und drei Polizeidiener und 1840 zwei Polizeiergeanten und zwei Polizeidiener umfaßten, weder in der Lage, das massenhaft begangene Delikt des Holzfrevels einzudämmen noch die Scharen von Stadt- und Landarmen zur Zeit der Agrarkrise von 1829/31 zu kontrollieren noch gegen die zur Gewalt neigenden streikenden Eisenbahnarbeiter vorzugehen, gegen die z. B. 1845 das Militär der Bielefelder Garnison eingesetzt wurde. Offenbar stellte nicht nur für das 18. Jh. der Einsatz von Militär die »ultima ratio der Obrigkeit« (121) zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit dar, wie es Nitschke für die Lipper Landesherrschaft betont (vgl. auch 187), sondern auch für die preußische Administration während des 19. Jh. Die innenpolitischen Realitäten selbst im Königreich Preußen sprachen dem vom frühmodernen Staat beanspruchten Gewaltmonopol Hohn.

Frank Konersmann

800 Jahre Lemgo. Aspekte der Stadtgeschichte. Im Auftrag der Alten Hansestadt Lemgo hrsg. von Peter Johaneck und Herbert Stöwer. (Beiträge zur Geschichte der Stadt Lemgo, Bd. 2). Lemgo 1990. 756 S., 129 Abb., Grafiken, Beilagen und Karten.

Diesen Band, der zum Gedenken an die Gründung Lemgos vor 800 Jahren erschienen ist, hier im Detail zu besprechen, erweist sich als nicht möglich. Dazu ist er zu umfangreich, und die Würdigung jedes einzelnen Beitrags müßte zu knapp und damit ungerecht ausfallen. Deshalb muß es gestattet sein, die wesentlichen Beiträge zu nennen, wobei die Auswahl wiederum nur subjektiv sein kann. Dies alles vorausgeschickt, sei zunächst auf solche Beiträge aufmerksam gemacht, die sich mit den Gründungszusammenhängen und der ersten Stadtentwicklung befassen.

Friedrich Brand beschreibt die Gründungsstadt Lemgo im Rahmen und in ihren Bezügen zur Region, zu anderen Stadtentstehungsgeschichten, zum hansisch-norddeutschen Raum und zur mittelalterlichen Territorialbildung, während sich Herbert Stöwer mit den politischen, siedlungsgeschichtlichen und administrativen Gegebenheiten vor der eigentlichen Stadtgründung auseinandersetzt. Hartwig Walberg ordnet die erste städtische Entwicklung in die Herrschaftsgeschichte der Edelherrn zur Lippe ein, vergleicht mit der lippischen Gründung Lippstadt, bietet eine Einführung in die Lemgoer Stadtverfassung der Frühzeit, an deren Ende die Vereinigung von Alt- und Neustadt 1365 steht, und in die Grundlagen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Die Burg Brake vom 11. bis zum 14. Jahrhundert untersucht aufgrund archäologischer Befunde Friedrich Hohenschwert. In gewissen Grenzen gehören auch noch der Beitrag von Michael Rothe über die »veyr hoipen« in den gleichen Zusammenhang – er beschreibt die Fortentwicklung der Lemgoer Verfassung und ihre sozialen Grundlagen im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit – und der Aufsatz von Friedrich Wilhelm Hemann über den Handel der Stadt und den Anteil Lemgos an die Hanse. Hier ist als Ergebnis besonders hervorzuheben, daß der Autor die wirtschaftliche Bedeutung Lemgos weniger im hansischen Raum sieht, sondern eher in der näheren Region. Damit relativiert er den Anspruch, der in der modernen Bezeichnung als »Alte Hansestadt« erhoben wird. Gleiches, nämlich die wirtschaftliche Schwerpunktbildung im Nahbereich, dürfte im übrigen sicher für Bielefeld und im ganzen wohl auch für Herford zutreffen.

Die übrigen Beiträge verteilen sich auf weiter auseinander liegende Themen, z. B. die Kriminalgerichtsbarkeit einschließlich der immer wieder von der Forschung behandelten Hexenprozesse (Wolfgang Schild), die Landwehren (Ernst Tappe), die sprachlichen Verhältnisse (Wolfgang Fedders), die Schul-, Fachhochschul- und Kirchengeschichte (Hans Hoppe, Waldemar Reinecke, P. Kurt Scheulen), das Pfeifen-, Zigarren- und Zigarettenspitzenmacher-Handwerk und die Industrie (Imke Tappe, Martin Luchterhand), die Kommunalverwaltung und den Bürgerprotest im 19. Jahrhundert (Jürgen Scheffler), die Parteiengeschichte (Peter Steinbach), auf Biographien über Engelbert Kämpfer (Detlef Haberland) und den Künstler Karl Junker (Klaus Peter Schuman), die jüdische Gemeinde Lemgos (Klaus Pohlmann) und die Zeit im Dritten Reich (Hanne und Klaus Pohlmann). Friedrich Brand beschließt den Themenkreis mit einem Rückblick auf die Stadtgeschichte seit dem 16. Jahrhundert und einem Ausblick auf die Besonderheiten kommunaler Entwicklung und vor allem Bauplanung auf der Basis der Tradition.

Zur leichteren Einordnung der Lemgoer Daten in die allgemeine Geschichte hat Ulrike Stöwer-Gaus eine Zeittafel beige-steuert, in der Daten und Fakten aus der Stadtgeschichte solchen aus der Geschichte der Siedlungen bzw. Ortsteile, der lippischen und der allgemeinen deutschen Geschichte parallel gesetzt werden.

Die Beilagen enthalten eine große Verwandtschaftstafel des Edelherrn Bernhards II. zu Lippe, Übersichtskarten und Stadtpläne und ein eindrucksvolles Luftfoto der Stadt Lemgo, auf dem sich der Stadtkern mit den drei markanten parallelen Straßen-zügen deutlich abhebt.

Herausgeber und Autoren des umfangreichen Bandes waren sich bewußt, daß es die eigentliche Aufgabe hätte sein müssen, zum Stadtjubiläum eine neue Stadtgeschichte vorzulegen, die in vieler Hinsicht über die Gesamtdarstellung von Karl Meier-Lemgo hinausgegangen wäre. Dazu fehlten jedoch noch viele Vorarbeiten, und so hat man sich darauf beschränkt, einzelne wichtige Themen der Stadtgeschichte zu vertiefen oder neu zu erarbeiten. Dabei ist ein reichhaltiger, lesenwerter Band erschienen, der zwar nicht in einem Zuge lesbar ist, der aber in seiner Fülle und Vielgestaltigkeit Neues bietet und das Verständnis für die Geschichte Lemgos wesentlich fördert.

R. Vogelsang

Norbert Sahrhage: Bünde zwischen »Machtergreifung« und Entnazifizierung. Geschichte einer westfälischen Kleinstadt von 1929 bis 1953. Bielefeld (Verlag für Regionalgeschichte) 1990, 366 S., 19 Abb., 38,- DM.

Die »Pflicht der Geschichtswissenschaft in ihrer Funktion als politische Pädagogik« (S. 295) tritt vor allem bei der Wertung jüngster deutscher Vergangenheit in Erscheinung. Diese politische Pädagogik vermag »besonders gut dort anzuknüpfen, wo sich, ausgehend von dem persönlichen Erfahrungshorizont der Menschen, am ehesten konkrete Bezüge zur 'allgemeinen' Geschichte herstellen lassen« (S. 9) – nämlich in der eigenen Stadt und Region. Von beiden Prämissen ausgehend gelangt der Verfasser bei der Analyse nationalsozialistischer Vergangenheit zu einem neuen Ansatz: die herkömmliche Periodisierung »1933 – 1945« wird zugunsten einer sozialgeschichtlichen Betrachtungsweise aufgegeben, in der den Ursachen des lokalen Nationalsozialismus und seiner Verarbeitung nach 1945 zusammen ebensoviel Seiten gewidmet sind wie dem Dritten Reich. Konsequenterweise kommen dabei Zeitzeugen öfter als üblich zu Wort, dient »oral history« als Ergänzung zu Äußerungen aus Archivalien und Zeitungen. Indem Zitate kursiv wiedergegeben, die zahlreichen Tabellen, Übersichten und Abbildungen im nachfolgenden Abschnitt oder der Bildunterschrift kritisch erläutert werden, reduziert sich der Anmerkungsapparat und erhöht sich für den interessierten Laien die Lesbarkeit des Buches. Dem gleichen Zweck dienen die Resumés zweier längerer Kapitel und eine umfangreiche Schlußzusammenfassung.

Das Buch (ent)hält also mehr, als die Titel – vordergründig gesehen – versprechen: die »Machtergreifung« in Bünde ist nicht als der 30. Januar 1933 und seine Folgezeit begriffen, sondern als ein auf diesen Tag hinführender Entwicklungsprozeß. Neben der bürgerlich und industriell geprägten Kleinstadt geht es um das im Titel verschwiegene, *auch* bäuerlich und agrarisch geprägte Umland des Amtes Ennigloh mit seinen zehn Gemeinden. Trotz geringerer Industrialisierung kann hier im Vergleich ein Mehr an linksgerichtetem Wählerpotential festgestellt werden.

Fazit des ersten Hauptteiles der Darstellung: die NSDAP-Ortgruppe Bünde, »deren Gründung mit Hilfe von Zeitungsannoncen wie eine Farce anmutet« (S. 289), schaffte den Durchbruch erst, nachdem sie sich mit DNVP und – im einzelnen vom Verfasser analysierten – konservativen Verbänden zu einem »antirepublikanischen Netzwerk« (S. 37) verbinden konnte, dessen Sprachrohr der Bänder Anzeiger wurde. Zur antidemokratischen Tradition von Teilen des Bänder Bürgertums war zuvor die Radikalisierung des Kleinbürgertums im Gefolge der Weltwirtschaftskrise hinzugekommen. In der Zigarrenindustrie, dem wesentlichsten Wirtschaftszweig am Ort, führten 1931 steuer- und zollpolitische Maßnahmen zur Kurzarbeit und Stilllegung von 60 Fabriken. Die städtischen Steuereinnahmen hatten sich bei gleichzeitig wachsender Fürsorgeunterstützung halbiert. Wie überall war das Verhältnis zwischen SPD und der etwa 150 Mitglieder starken, aktiveren KPD distanziert. Bei den Sozialdemokraten führte mangelndes Klassenbewußtsein teilweise zur Stimmabgabe für das bürgerliche Lager; es fehlte an Vorbereitung auf eine mögliche Verfolgungsphase.

Der Hauptteil (»Unter dem Hakenkreuz«) enthält neben herkömmlichen Themen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, Einzelporträts der drei nationalsozialistischen Bürgermeister. In ihnen kann der Verfasser darlegen, daß Amtsträger im Dritten Reich durchaus kleinere Handlungsspielräume besaßen, um ihre Funktion verantwortungsbewußt auszuüben. Die Verdrängung des Geschehens nach 1945 hängt möglicherweise mit der Erkenntnis des eigenen Versagens bei der Ausschöpfung dieser Handlungsspielräume zusammen (S. 290). Im Kapitel »Evangelische Kirchengemeinde« stützt sich der Verfasser auf eigene Veröffentlichungen; auch für die Bänder BK muß konstatiert werden, daß nicht die Hilfe für Verfolgte im Vordergrund stand, sondern der Erhalt der kirchlichen Eigenständigkeit. Auf seine vorangegangene Monographie kann Sarhage bei der Thematisierung der Judenverfolgung zurückgreifen, die auch in Bünde die scheinbar feste Integration der Juden ins Bürgertum als unvollkommen erwies.

»Neubeginn oder Kontinuität?« lautet der Titel des Schlußteiles. Hier sind besonders hervorzuheben das Kapitel »Entnazifizierung und Wiedergutmachung« und die Analyse des historisch-politischen Bewußtseins nach 1945 im Spiegel von Ortsjubiläen, Festumzügen, Heimatwochen und den dazugehörigen Festschriften. Mangel an unbelasteten Führungskräften und Rücksichtnahme der Briten auf ökonomische Zwänge führten auch in Bünde und dem Amt Ennigloh dazu, daß aus der Entnazifizierung eine »Mitläuferfabrik« wurde (S. 272). Die Amtsenthebung von Nationalsozialisten der unteren und mittleren Ebene blieb inkonsequent. Bestrafung von Tätern erfolgte nur in wenigen Einzelfällen und für wenige Jahre. Noch geringere Priorität besaß die Wiedergutmachung. Zu lange blieben die Opfer Bittsteller. Da ein ehemaliger Verfolgter das Amt für Wiedergutmachung leitete, gestaltete sich die Entschädigungspraxis innerhalb des gesetzlichen Rahmens großzügiger als andernorts. Doch eine wirkliche Reintegration der Opfer in die Nachkriegsgesellschaft blieb aus.

Der Hauptteil des Schlußresümées (S. 291 – 95) arbeitet noch einmal die Wandlungen und die Kontinuitäten heraus, die in jenem Zeitraum von 25 Jahren für die Region zu beobachten sind. Die Brüche zeigen sich vor allem in der Umstrukturierung der Bevölkerung (27% Neubürger meist katholischen Glaubens aus Ost- und Mitteldeutschland); sie zeigen sich in der Neuformierung des bürgerlichen Parteiensystems und der Verwaltungsspitzen und im Verlust des spezifischen Arbeitermilieus. Zu den

Kontinuitätsfaktoren zählt das Bürgertum mit reduzierter Dominanz aber noch konservativen Seilschaften. Die Bündler Arbeiterfunktionäre von 1932 bekleiden nach 1945 SPD- und Gewerkschaftsämter. Daß ein Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozeß in der bodenständigen Zigarrenindustrie erfolgte, ist nicht auf Änderung der Eigentumsverhältnisse, sondern auf die Wiederaufnahme liberaler Wirtschaftsformen zurückzuführen.

Mangelnde Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Ursachen in der eigenen Region spiegelten vor allem die historischen Jubiläums-Festschriften. Das gestörte Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit führte hier zur Suche nach »sauberen« Traditionen in früheren Jahrhunderten und zum Rückgriff auf eine »Dorfgemeinschaft« (Abwehr- und Aufbauideologie zugleich), die kaum mit den Verbrechen des Dritten Reiches in Verbindung gebracht werden konnte (S. 294). Die Bündler »Festschriften sind deshalb als Indikator einer einsetzenden Verdrängung . . . und somit eher als Hindernis, denn als Beitrag zu einem kritischen Neuanfang des historischen Wollens zu verstehen« (S. 288). Es bleibt zu wünschen, daß die bewußten Lücken historischer Forschung auf Regional- und Lokalebene bald mit Analysen gefüllt werden, die der vorliegenden vergleichbar sind. Minninger

R. Stupperich (Hrsg.): Westfälische Lebensbilder, Bd. 15, Münster 1990 (Aschendorff), 64,- DM.

Der vorliegende Band der »Westfälischen Lebensbilder« enthält Lebensbeschreibungen von zehn westfälischen Persönlichkeiten. Der zeitliche Bogen spannt sich wieder sehr weit; er reicht vom Spätmittelalter bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Die inhaltliche Spannweite ist sicherlich fast so groß wie die chronologische: sie reicht vom Förderer der Devotio moderna, Heinrich von Ahaus, über J. M. Gröninger, einen Bildhauer der Barockzeit, sowie über den bedeutenden Politiker Franz von Fürstenberg und den ebenso bedeutenden Publizisten Arnold Mallinckrodt bis zu dessen Namensvetter H. von Mallinckrodt.

Durchweg alle Lebensbeschreibungen sind von Autoren verfaßt, deren Spezialgebiet sich auf die Epoche bezieht, in der auch die beschriebenen Persönlichkeiten lebten. Jedem Artikel sind mehr oder weniger ausführliche Literaturhinweise beigegeben; Quellenbelege dagegen fehlen. Das verweist darauf, daß die »Lebensbeschreibungen« eher die bisherige Literatur zusammenfassen denn auf ausgedehnten Forschungen beruhen. Ihr Wert dürfte darin liegen, daß es mit den gängigen Hilfsmitteln kaum möglich ist, sich über eine der beschriebenen Personen (Heinrich von Ahaus, Theodor Fabricius, Johann M. Gröninger, Franz von Fürstenberg, Arnold Mallinckrodt, Christoph B. L. Natorp, Johann S. Seibertz, Georg von Vincke, Hermann von Mallinckrodt, Arnold Guldenpfennig) hinreichend zu informieren.

Die Artikel sind durchweg gut verständlich formuliert und können so einem breiteren Publikum den Zugang zu diesen westfälischen Persönlichkeiten ermöglichen, die manchmal – wie etwa in dem Beitrag über Heinrich von Ahaus – etwas hinter der Beschreibung ihres Werkes oder der Zeitumstände verschwinden.

Wenn am Ende ein gewisses Unbehagen zurückbleibt, so liegt das an der Konzeption der Reihe. Innerhalb eines Bandes ist das verbindende Element nur die Tatsache, daß die beschriebenen Personen etwas mit Westfalen zu tun hatten. Möchte ein Leser

z. B. etwas über westfälische Publizisten erfahren, so findet er im vorliegenden Band den Aufsatz über A. Mallinckrodt, während sein Gegenstück P. F. Weddingen im 3. Band (!) der Reihe gewürdigt wurde – allerdings unter anderen Fragestellungen und einer heute z. T. überholten Literaturgrundlage. Man möchte also den Herausgebern zu bedenken geben, ob man nicht in Zukunft »Westfälische Lebensbilder« hervorbringt, die sich einem Thema widmen – wie etwa »Westfälische Lebensbilder aus der Publizistik«, »Westfälische Lebensbilder aus der bildenden Kunst« usw. M. Tabaczek

»Wir zeigen Profil« – Aus den Sammlungen des Staatsarchives Detmold, Detmold 1990 (Selbstverlag des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchives Detmold), 12,- DM.

Während bisher die Arbeit der staatlichen Archive darin bestand, das Schriftgut der staatlichen Verwaltung zu übernehmen und zu bewahren, ist seit einiger Zeit die Tendenz zu bemerken, verstärkt historisches Quellenmaterial zu sammeln, das nicht dem Bereich staatlicher Aktivität entstammt.

Das Staatsarchiv Detmold präsentierte diese Seite seiner Arbeit in einer Ausstellung und im vorliegenden Katalog. Um die Spannweite des nichtstaatlichen Materials zu präsentieren (und wohl auch, um verschiedene Interessen anzusprechen) werden vier recht disparate Bereiche vorgeführt.

Da ist zum einen die Geschichte der Familie von Meysenberg, deren bekanntestes Mitglied die Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Malwida von Meysenberg war. Mit Hilfe ihres Nachlasses und des Familienarchivs läßt sich gut das Schicksal einer jener Beamtenfamilien rekonstruieren, die so typisch für die Geschichte Detmolds waren. Wie sehr ihr Lebensstil von der übrigen Bevölkerung Lippes verschieden war, zeigt sich sehr deutlich an der anschaulich dokumentierten Reise Malwidas in die Provence wie auch an ihren Freundschaften.

Der nächste Bereich dokumentiert eine ganz andere Welt, die der Auswanderer in die Vereinigten Staaten. Die hier reisten, waren keine Touristen wie Malwida von Meysenberg, sondern Menschen, die ihre Heimat verließen, weil sie hier keine Perspektive für ihre Leben fanden – die sozialökonomischen Bedingungen ihres Lebenskreises, des damaligen Regierungsbezirks Minden, trieben sie dazu, sich anderswo, vor allem in Amerika, um einen neuen Start zu bemühen. Dieses Bemühen wird archivarisches dokumentiert durch eine Auswahl von Auswandererbriefen. Zu den sozialhistorisch interessantesten gehören sicherlich jene, in denen die Auswanderer Vergleiche zwischen ihrer alten und neueren Heimat ziehen.

Im dritten Teil des Katalogs geht es wiederum um Briefe, und zwar um Feldpostbriefe (sowie andere private Aufzeichnungen aus dem Krieg). Da sich in den Briefen auch die Lage zu Hause spiegelt, sind sie sicherlich wichtige Quellen für die politische, aber auch Alltagsgeschichte während der Kriege. Wie weit sich diese Briefe und Postkarten für eine Ausstellung eignen, läßt sich an Hand des Katalogs nur schwer nachvollziehen.

Der letzte Beitrag mag da eher ankommen, beschäftigt er sich doch mit den »Externsteinen im Spannungsfeld der NS-Germanenkunde«.

Der Band kann als weiterer Beleg dafür gelten, daß die Öffnung des Archivs für ein breiteres Publikum anerkennenswerte Fortschritte macht. M. Tabaczek

R. Po-chia Hsia. Gesellschaft und Religion in Münster 1535 – 1618 (bearbeitet und herausgegeben von Franz-Josef Jakobi) Münster 1989 (Aschendorff), 48,- DM.

Hier gilt es, ein interessantes Buch vorzustellen, das sich auf die Gesellschaft der Stadt Münster besonders im 16. Jahrhundert bezieht, das aber auch viele Entwicklungen schildert, die in anderen westfälischen Städten in der Zeit zwischen der Reformation und dem Dreißigjährigen Krieg eine Rolle spielten. Dazu zählten etwa die hartnäckigen Auseinandersetzungen zwischen den Städten und ihren (eventuellen) Landesherren um die städtische Selbständigkeit; in Münster wie z. B. auch in Herford versuchte man, sich dem Zugriff der Landesherren dadurch zu entziehen, daß die Stadt als Reichsstadt anerkannt wurde. Diese Auseinandersetzungen gab es auch dann, wenn Stadt und Landesherr der gleichen Konfession angehörten.

Der Autor, ein amerikanischer Historiker chinesischer Herkunft, schildert eindringlich nicht nur diese politischen Streitigkeiten, sondern auch die Veränderungen des Alltags in der Stadt Münster. Er zeigt, wie die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Reichen und Armen immer größer wurden; ein augenfälliges Indiz waren die steigenden Getreidepreise, die den Händlern große Gewinne, der Masse der handarbeitenden Bevölkerung aber enorme Probleme brachten, denn die Löhne blieben – auf Druck des Rates der Stadt – deutlich hinter dem Preis für dieses Hauptnahrungsmittel zurück.

Die wachsende Armut, die auch noch andere Ursachen hatte, stellte die städtische Verwaltung vor große Probleme, die sie dadurch zu lösen versuchte, daß die Aufsicht über die Armen sehr verschärft wurde. Eine gewisse Entspannung des Armenproblems war durch die Beteiligung der Bürger an der Armenversorgung gegeben. Aufschlußreich dafür sind die testamentarischen Verfügungen der Bürger Münsters, die der Verfasser in großem Umfang (über 1200 Testamente) auswerten konnte. An Hand der Testamente kann der Autor recht plastisch Veränderungen der Mentalitäten illustrieren; dazu sei auf ein frappierendes Beispiel hingewiesen – und zwar die Einstellung zum Tod. Die vorreformatorische Zeit war durch eine panische Furcht vor dem Tod und der Hölle gekennzeichnet; Anschauungsmaterial dafür liefern die Bilder von Hieronymus Bosch. Die Reformation befreite die Menschen von diesem Höllenwahn und verwies sie auf die Barmherzigkeit Gottes. Die Testamente enthielten kaum noch Vermächtnisse, daß man Seelenmessen für die Verstorbenen halten solle – die Furcht vor Höllenstrafen war doch wohl geringer geworden. Diese Hoffnung auf einen friedvollen Tod schwand, als gegen 1600 die sich häufenden Seuchen von den im Münster der Gegenreformation einflußreichen Jesuiten als »Zuchtrute Gottes« interpretiert wurden. Damit war jedoch keine Rückkehr zur vorreformatorischen Höllen- und Teufelsfurcht verbunden.

Der Verfasser breitet eine Fülle weiterer Materialien zu einer fundierten Alltagsgeschichte aus, die durch Photos und zahlreiche statistische Schaubilder ergänzt werden. Gerade weil der Band sehr ordentlich aufgemacht ist, wirkt es recht störend, wenn Abbildungen zu finden sind (wie z. B. Abb. 7 nach S. 36 mit einer Ansicht der Stadt Münster), die so verkleinert und schwach abgebildet sind, daß man keinen allzu großen Nutzen davon hat.

M. Tabaczek

REGISTER ZU DEN RAVENSBERGER BLÄTTERN (1980-1989)

BEARBEITET VON JOHANNES ALTENBEREND

Die Beiträge in chronologischer Folge

Heft 1, 1980

1. **Forwick, Erich**
Zum Geleit, S. 1f.
2. **Asholt, Martin**
Aus der Zeit der Leibeigenschaft:
„Acta der preußischen Regierung zu
Minden wegen Subhastation der 4
Böckelschen Lehnbauern 1775“, S.
2ff.
3. **Sundermann, Karl-Heinz**
Zur Gerichtsbarkeit in Minden-
Ravensberg. Ein Überblick aus
Anlaß des 100jährigen Jubiläums des
Landgerichts, S. 5-10.
4. **Asholt, Martin**
Das Königlich Preußische Amtsge-
richt Sparrenberg-Brackwede und
der Amtmann Tiemann als Richter,
S. 11f.
5. **Alemann, Wolff Ernst**
Wegen des schweren wetters aufm
Ravensberg, S. 12f.
6. **Löhmann, Karl**
Bad Tatenhausen. Glück und Ende
eines kleinen ravensbergischen Kur-
bades, S. 13ff.
7. **Asholt, Martin**
Eindrucksvolle Feierlichkeiten und
bizarre Zeremonien bei gerichtli-
chen Eiden vor 150 bis 180 Jahren, S.
15ff.
8. Möbel und Hausrat für das Histori-
sche Museum gesucht! S. 17f.
9. Wahlverhalten in Bielefeld 1919-
1933, S. 18.
10. Genealogische Arbeitsgemeinschaft
Bielefeld seit mehr als 50 Jahren
tätig, S. 18ff.

Heft 1, 1981

11. **Asholt, Martin**
Zur Kulturgeschichte des Alltagsle-
bens, S. 1-4.
12. **Schwager, Johann Moritz**
Über den Ravensberger Bauer,
S. 5-18.

13. Consbruch, Georg Wilhelm

Allgemeine medicinische Topo-
graphie der Grafschaft Ravensberg,
S. 19-32.

Heft 2, 1981

14. Munzert, Eberhard

Ein Geleitwort zur neuen Veröffent-
lichung der Abhandlungen und
Berichte des Stadtdirektors Cons-
bruch aus den Jahren 1787 und 1794
über die Stadt Bielefeld vor zweihun-
dert Jahren, S. 33ff.

15. Die Abhandlungen und Berichte des
Stadtdirektors Consbruch über die
Stadt Bielefeld vor 200 Jahren,
S. 35-51.

16. Consbruch, Georg Wilhelm

Allgemeine medicinische Topogra-
phie der Grafschaft Ravensberg (II.
Teil), S. 51-54.

17. Fischer, Werner

Beide aus der Alt-Ravensberger
Familie Consbruch! Eine genealogi-
sche Darstellung der Verwandtschaft
unserer Autoren, S. 54ff.

18. Schuler, Thomas

Schrieben die Ravensberger Bauern
Tagebücher? S. 56.

19. Rechnung des Hotels „Drei Kronen“
Bückeburg aus dem Jahre 1736 für
Ihre Hochgräfliche Gnaden von
Alverdissen, S. 59.

20. Kühne, Hartmut

Ein herrschaftlicher Speisezettel vor
300 Jahren, S. 60f.

21. Bielefeld: „Sachen ,so zu ver-
kaufen“, S. 61-64.

Heft 1, 1982

22. Beckmann, Karl

Gedanken über die historischen
Anfänge der Gemeinde Quelle,
S. 1-7.

23. **Asholt, Martin**
Wo die blieb die verschwundene Gedenktafel von 1778 nach dem Abbruch des einstigen Brackweder Kantorhauses? S. 7-12.
24. **Bertelsmann, Otto-Wilhelm**
Ein Lehrersohn aus Espelkamp heiratet eine Patriziertochter aus Bielefeld, S. 12-21.
25. **Kamp-Aufderheide, Ingrid**
Aus dem Leben eines Jöllenbecker Schulmeisters im 19. Jahrhundert. J.Fr.W. Aufderheide, 1807-1886, S. 22-35.
26. Schullehrerelend im Jahre 1799, S. 42f.
27. Einnahmen des 1ten Lehrers in Jöllenbeck, zugleich Einnahmen als Cantor, Küster und Organist, S.43f.
28. Schulwesen in der Soester Börde 1799, S. 44.

Heft 2, 1982

29. **Kapp, Richard**
Über ravensbergische eigenbehörige Bauernhöfe, S. 45-54.
30. **Asholt, Martin**
Auf dem Wege von der Eigenbehörigkeit, genauer dem "Leibeigenthum" der Eigentumsordnung Minden-Ravensbergs von 1741 zur Bauernbefreiung, S. 55-63.
31. **Schrader, Karl Friedrich**
Von dem Verhältnis der Eigenbehörigen gegen die Landesregierung, Gutsherrn und Landstände, S. 63-70.
32. Zur Charakterisierung des Westfälischen Bauern durch P.F. Weddigen in seinem Westphälischen Nationalkalender 1800, S. 74-79.
33. **Kenter, Gerhard**
Der Dornberger Kirchensitz des Berent tom Witler, S. 80f.
34. **Bertelsmann, Otto-Wilhelm**
Dr. med. Johann Christoph August Tiemann. 1795-1874 Geheimer Sanitätsrat zu Bielefeld. Mitglied des Westfalen-Parlaments, S. 81-88.
35. **Waldhecker, Karl W.**
Die Burg der Edellherren von Blankena, S. 89f.
36. **Waldhecker, Karl W.**
Die Rittersitze Kasum und Aschen, S. 90ff.

Doppelheft 1983

37. **Forwick, Erich**
Das Lutherstift an der Kreuzstraße in Bielefeld steht auf historischem Boden, S. 1-5.
38. **Klasing, Hanns**
Vom Ursprung des Postamtes in Bielefeld und seinem ersten Postmeister Johann Ortgiese, S. 6-9.
39. **Schaaf, Georg-Friedrich**
Die Erfurtsche Prähende. Eine Studienstiftung, S. 9-16.
40. **Asholt, Martin**
Fontane und seine ostwestfälischen Freunde in Leipzig Hermann Kriege und Hermann Schauenburg in den Jahren 1841 und 1842, S. 16-20.
41. **Asholt, Martin**
Der kuze Lebenslauf des Burschenschafters und entschiedenen Demokraten Hermann Kriege, S. 20-26.
42. **Asholt, Martin**
Bielefeld vor hundert Jahren -1869 bis 1883- in den Lebenserinnerungen des Richters, Landtags- und Reichstagsabgeordneten Eduard Windhorst, S. 27-48.
43. Unser Gymnasium vor 200 Jahren. Ein Beitrag zum 425jährigen Bestehen des Ratsgymnasiums im Jahre 1983, S. 49ff.
44. **Asholt, Martin**
Zum "Wege von der Eigenbehörigkeit (Leibeigenthum) zur Bauernbefreiung", S. 62-65.
45. **Asholt, Martin**
Das Epitaph des Bielefelder Bürgermeisters Johannes Burggreve von 1590 an der Altstädter Kirche und sein denkwürdiger Ausspruch über sein Amt, S. 66f.

46. **Nottarp, Hermann**
Hotel "Zu den Drei Kronen" in Bielefeld, S.68f.
47. Schulverhältnisse der Gemeinde Senne I zwischen 1800 und 1900, S. 70.
48. Aus der Chronik Jöllensbeck des Kantors Aufderheide, S. 71.

Doppelheft 1984

49. **Engel, Gustav**
Bemerkungen zum Register des Ravensberger Urbars (1556), S. 1-7.
50. **Asholt, Martin**
Unsere Ravensberger Heimat vor 85 Jahren-Dörfer und kleine Städte anno 1899 geschildert von Minna Schrader, S. 8-20.
51. **Asholt, Martin**
Die Familie unserer Autorin Minna Schrader und ihre Ahnen in unserer Heimat, besonders in Ravensberg, S. 21f.
52. **Asholt, Martin**
Lebensbild einer eigenbehörigen Bauernfamilie im Minden-Ravensbergischen (vor 200 Jahren-etwa um 1760 bis 1790) von J. Riehl, Amtsrichter in Petershagen im Jahre 1896, S. 22-35.
53. **Meyer, Justus**
Von Rheda nach Palästina- und von Israel zurück nach Bielefeld, S. 36-41.
54. **Kenter, Gerhard**
Darlehen in und um Enger seit 400 Jahren, S. 41ff.
55. **Kleinert, Curt**
Kurzfassung der Baugeschichte des Hauses Bielefeld Am Johannisberg 4, S. 43ff.
56. Visitation des königlich Preußischen Amtsgerichts Brackwede im Dezember 1766 durch den KuDRat Piper, S. 46f.
57. **Asholt, Martin**
Das Königlich Preußische Amtsgericht Brackwede und die Errichtung der Justizämter in Minden-Ravensberg, S. 47ff.

58. **Asholt, Martin**
Das Grund- und Consensbuch der Königlichen Eigenbehörigen in den Ämtern Minden-Ravensberg, seine Bedeutung und seine Geschichte, S. 49ff.

59. **Asholt, Martin**
Die Denunziation eines auswärtigen Edelmanns gegen den angeblich vom Freiheits- und Gleichheitsschwindel der Französischen Revolution eingenommenen Justizamtmann Schrader bei dem Großkanzler Freiherrn von Carmer, S. 61ff.

60. **Beckmann, Karl**
Ein Pamphlet von 1813 gegen Napoleon aus Quelle, S. 63f.

Doppelheft 1985

61. **Asholt, Martin**
Unsere Ravensberger Heimat vor 86 Jahren von Minna Schrader, S. 1-5.
62. **Asholt, Martin**
Cahiers de doléances "auf Preußisch": Beschwerde- und Bittbriefe Ravensberger und Mindenscher Bauern aus dem Jahre 1791/1792 an ihren König, S. 6-28.
63. **Sahrhage, Norbert**
Die Auseinandersetzungen um die Einrichtung einer Sekunda an der "Evangelischen Höheren Stadtschule" in Bünde 1896-1905, S. 29-35.
64. **Asholt, Martin**
Ein "völkerrechtlicher" Konflikt zwischen dem Ravensberger Amte Brackwede und dem Amte Reckenberg-Wiedenbrück. Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte Friedrichsdorfs zu seinem 200jährigen Jubiläum, S. 36-41.
65. **Kühn, Oskar**
Bielefelder notarielle Zustellungsurkunde aus dem Jahre 1599, S. 49f.
66. **Asholt, Martin**
Vom harten Schicksal der Bauernfamilie und vom Niedergang des Hofes Kapp/ Borgholzhausen während der Leibeigenschaft ab 1650 bis zum Wiederaufstieg 1720, S.51ff.

67. Der Bitt- und Beschwerdebrief der Mindenschen Bauern an ihren König, S. 53-58.
68. **Asholt, Martin**
Der "Bauernanwalt" Justizamtman Schrader in Bünde - eine für seine Arbeit in Bauernsachen nicht bezahlter und für seine Auslagen nicht entschädigter Staatsdiener, S. 58ff.
69. P.F.Weddigen in seinem Nationalkalender von 1800 über die Westfälischen Bauern und ihre Höfe, S. 61f.

Heft 1, 1986

70. **Geschichte in der Fabrik** - Bielefelds Weg ins Industriezeitalter - eine Ausstellung des Historischen Vereins in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Bielefeld (8. Mai-28. September 1986), S. 1ff.
71. **Weiß, Tanja, Bérenger, Daniel**
Der Gewichtsweststuhl aus der Eisenzeit, S. 3ff.
72. **Schulze, Joachim**
Vom Flachs zum Leinen, S. 5-9.
73. **Vogelsang, Reinhard**
Mechanische Spinnerei und Weberei, S. 10ff.
74. **Tabaczek, Martin, Altenberend, Johannes**
Hemd und Aussteuer, S. 13ff.
75. **Vormbrock, Annette, Zutz, Heinz-Dieter**
Die Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradindustrie, S. 15-18.
76. **Hagedorn, Regine, Tacke, Charlotte, Krull, Regine, Winkler, Heidrun**
Frauenbild und Frauenwirklichkeit um 1900, S. 18ff.
77. **Langkafel, Sonja, Wagner, Bernd**
Wohnen in Bielefeld um 1900, S. 21ff.
78. **Bérenger, Daniel**
Das früheste Haus und die erste figürliche Darstellung aus dem Alten Schildesche, S. 23-30.
79. **Angermann, Gertrud**
Schinkel und Bielefeld, S. 30-35.

Heft 2, 1986

80. **Minninger, Monika**
Kaviar für Kloster Flaesheim. Eine neu erworbene Urkunde des Bielefelder Stadtarchivs, S. 1-8.
81. **Tabaczek, Martin**
Zum Streik in der Bielefelder Wäscheindustrie 1910, S. 9-24.
82. **Lienker, Heinrich**
Internationaler Arbeiterjugendtag in Bielefeld, S. 24-32.
83. **Beckmann, Karl**
Bedelinkthorp: Upmeyer zu Belzen in Jöllenbeck oder Meyer zu Bentrup in Quelle? S. 32-35.
84. **Geide, Klaus**
Der Torkontrollleur J.G. Geide in Alt-Bielefeld, S. 35-38.

Heft 1, 1987

85. **Haase, Ulrich**
Gelehrte-Kaufleute-Künstler-Handwerker. Drei Schülerlisten des alten Bielefelder Gymnasiums, S. 1-7.
86. **Stolze, Barbara**
Lehrerinnenausbildung an der Bielefelder Cecilien-schule, S. 8-16.
87. **Kranzmann, Gerd**
Eine Schule für die Industriestadt Bielefeld. Die Errichtung der lateinlosen höheren Bürgerschule (Oberrealschule) im Jahre 1896, S. 17-24.
88. **Beckmann, Karl**
Eine weiterführende Schule für Brackwede, S. 25-33.
89. **Zutz, Heinz-Dieter**
Vier Pfeilspitzen aus Feuerstein, S. 34ff.
90. **Dautermann, Christoph**
Zur Baugeschichte des Hauses Kirchplatz 3 in Halle, S. 37ff.
91. **Engel, Gustav**
Upmeier zu Belzen/Meyer zu Bentrup, S. 40-44.

Heft 2, 1987

92. **Kastrup, Hans A.**
Willikinus Neghenoghe. Jöllenbecker Pfarrer in den Jahren 1338-1345, S. 1-6.

93. **Hüffmann, Helmut**
Testamente der Quernheimer Kapitularen aus dem 17. und 18. Jahrhundert, S. 6-12.
94. **Angermann, Gertrud**
Schicksale der Schildescher Kurien in der Endphase des Damenstiftes und seit seiner Aufhebung, S. 13-27.
95. **Rüthing, Heinrich**
"Wer hätte das gedacht?" Zur Übertragung der Gebeine Widukinds von Herford nach Enger im Jahre 1822, S. 27 -36.
96. **Kastrup, Hans A.**
Bedelinkthorp-Bertelingusen-Belsnen, S. 37-44.

Heft 1, 1988

97. **Köhne, Roland**
Dr. Carl Wilhelm Schütz (1805-1892). Ein namhafter Gelehrter im alten Bielefeld, S. 1-8.
98. **Minninger, Monika**
Salomon Blumenau aus Bünde (1825-1904) Lehrer, Kantor, Prediger, Freimaurer, Autor, S. 8-21.
99. **Schildknecht, Urs**
Die Umbenennung der "Kaiserin Auguste Viktoria-Schule" - 1947, S. 22-33.
100. Zur Ausstellung des Stadtarchivs: "6 Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld", S. 34f.
101. **Bertelsmann, Otto-Wilhelm**
Zehn Jahre Verkartung, S. 36f.
102. **Zutz, Heinz-Dieter**
Aus der Arbeitsgemeinschaft Archäologie, S. 38.

Heft 2, 1988

103. **Stieghorst, Erika**
Georg Christian Friedrich Gieseler - Pfarrer in Werther von 1803-1839, S. 1-12.
104. **Propach, Harald**
Rudolph Bredeck. Pfarrer an der Altstädter Nicolaikirche in Bielefeld (1573-1617), S. 13-19.

105. **Kamp-Aufderheide, Ingrid**
Ernst August Brune aus Herford (1776-1841). Rektor und Kantor in Schildesche, S. 20-29.
106. **Sahrhage, Norbert**
Eine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Reminiszenz an die Herforder Kleinbahn. Die Wanderausstellung "Einmal 3. Klasse nach Enger...", S. 30-33.
107. **Hüffmann, Helmut**
Anmerkungen zu Norbert Sahrhages Aufsatz "Die Wiedergeburt des historischen Wollens: Die Neuanfänge der Geschichtsschreibung im Kreis Herford nach 1945" im 76. JBHVR, S. 33.

Heft 1, 1989

108. **Vahle, Ursula**
Die Nutzung der Wasserkraft des Forellenbaches im Amt Heepen, S. 1-11.
109. **Radkau, Joachim**
Ein Abgrund von "Holzhurerei"? Der alltägliche Holzdiebstahl im alten Bielefeld, S. 12-18.
110. **Hilge, Fritz**
Landwehren (Teil I), S. 19-27.
111. **Besserer, Dieter**
Spuren alter Bergbautätigkeit im und am Nordrand des Wiehengebirges, S. 28-39.
112. **Pohl-Kümmel, Jens-Uwe**
Die Welt der Anne Frank 1929-1945. Eine Ausstellung in Bielefeld vom 26.8. bis zum 24.9. 89, S. 40f.
113. **Großmann, Ulrich**
Renaissance im Weserraum. Zur Arbeit des Weserrenaissancemuseums Schloß Brake, S. 41-44.

Heft 2, 1989

114. **Günther, Klaus**
Die Außenstelle Bielefeld des Westfälischen Museums für Archäologie/Amtes für Bodenkmalpflege heute - 50 Jahre nach ihrer Gründung, S. 1-4.

115. **Bérenger, Daniel**
Vor 3400 Jahren: Das Grab einer vornehmen Frau bei Werther und die Bronzezeit im Ravensberger Land, S. 5-9.
116. **Best, Werner**
Ein bronzezeitlicher Friedhof und eine eisenzeitliche Siedlung in Nordrheda-Ems, Kr. Gütersloh, S. 10-16.
117. **Bérenger, Daniel**
Die vorrömische Eisenzeit Nordost-Westfalens im Spiegel eines reichen Frauengrabes aus Eilshausen, S. 17-29.
118. **Best, Werner**
Ein Friedhof des 5. Jahrhunderts nach Christus aus Herzebrock-Clarholz/Heerde, Kr. Gütersloh, S. 30-36.
119. **Lange, Walter R.**
Erinnerungen an die Gründungszeit der archäologischen Außenstelle Bielefeld, S. 36-44.
120. Erklärung wichtiger archäologischer Begriffe, S. 44ff.
121. **Hilge, Fritz**
Landwehren (Teil II), S. 47-51.
122. **Zutz, Heinz-Dieter**
Ein Münzfund in Quelle, S. 51ff.

Mitarbeiter/innen des 2. Heftes 1991

Johannes Altenberend, Kollwitzstraße 67, 4800 Bielefeld 1
 Dr. Gertrud Angermann, Kreiensieksheide 51, 4800 Bielefeld 1
 Holger Flachmann, Oststraße 20, 4806 Werther
 Helmut Hüffmann, Alfredstraße 18, 4990 Lübbecke
 Frank Konersmann, Beckers Kamp 19, 4800 Bielefeld 1
 Dr. Monika Minninger, Am Tiefen Weg 3, 4800 Bielefeld 1
 Martin Tabaczek, Mühlenstraße 118, 4800 Bielefeld 1
 Prof. Dr. Reinhard Vogelsang, Am Landbach 1, 4803 Steinhagen
 Heinz-Dieter Zutz, Rolandstraße 10, 4800 Bielefeld 1

Namen, Notizen und Termine

Der **Gustav-Engel-Preis** wurde in diesem Jahr dem Bielefelder Historiker **Stefan Brakensiek** für seine Dissertation "Von der Gemeinheit zum Privateigentum" zuerkannt. Die Preisverleihung erfolgt am 23. November 1991 um 15.00 Uhr im Sitzungssaal des Neuen Rathauses. Die Festansprache wird der Rektor der Bielefelder Universität Prof. Dr. Grottemeyer halten. Mitglieder und Freunde des Historischen Vereins sind dazu herzlich eingeladen.

Am 27. September verstarb das langjährige Vorstandsmitglied und Ehrenmitglied des Historischen Vereins Frau **Dr. Ursula Niemann** im Alter von 85 Jahren.

Vorstand und Beirat haben beschlossen, den Mitgliedern des Historischen Vereins die **Ravensberger Regesten**, die von Gustav Engel im Jahre 1985 herausgegeben wurden, zum deutlich reduzierten Preis von 40,-DM anzubieten. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle des Vereins entgegen.

Der **Jahresbeitrag** für 1991 (40,-DM, Schüler und Studenten 15,-DM) ist leider noch nicht von allen Mitgliedern bezahlt worden. Der Vorstand bittet um Begleichung der Rückstände.

Aktion Mitgliederwerbung: Mitglieder, die bis zum 31. Dezember 1991 ein neues Mitglied für den Verein werben, erhalten als Anerkennung ein wertvolles Buch.

Am 11. und 12. Juni dieses Jahres wurde ein 1826 in Rösebeck bei Warburg errichtetes Tagelöhnerhaus als Ganzes in das **Westfälische Freilichtmuseum Detmold** übertragen. Im Freilichtmuseum soll der Zustand des Hauses um 1900 rekonstruiert werden.

Im Weserrenaissance-Museum Schloß Brake wird zur Zeit die Ausstellung "**Kirchliche Kunst um 1600-Meisterwerke aus dem Diözesanmuseum Paderborn**" präsentiert.

Vom 8. September bis 17. November 1991 zeigt das Mindener Museum die Sonderausstellung **Zeitgeist im Wilhelminismus. Das Beispiel Minden 1890-1914.**

Im Lippischen Landesmuseum Detmold wird bis zum 24. November die von Frau Dr. Gertrud Angermann gestaltete Ausstellung **Handarbeiten als Dokumente aus dem Leben lippischer Frauen (1830-1930)** zu besichtigen sein.

Die **Jahreshauptversammlung** des Historischen Vereins wird am 22. Februar 1992 um 15.00 Uhr in Enger (Gemeindesaal) stattfinden. Neben den Rechenschaftsberichten des Vorstands und der Arbeitsgemeinschaften werden die erforderlichen Wahlen zum Vorstand und zum Beirat auf der Tagesordnung stehen. Organisatorische Hinweise gibt der Vorstand mit der Einladung rechtzeitig bekannt.

Die **Archäologische Arbeitsgemeinschaft** trifft sich zu ihren Versammlungsabenden am 14. November und 12. Dezember 1991 um 19.30 Uhr in der Aula der Bückhardtschule, Heeperstr. 50. Interessierte Gäste sind herzlich willkommen.

Die **Arbeitsgemeinschaft für Genealogie** gibt folgende Termine bekannt:

10.12.1991 **Günter W. Wilberg:** Familienforschung als Detektivarbeit, ein genealogisches Abenteuer bei der Erforschung einer Hofgeschichte in unserer Nachbarschaft.

7.1.1992 **Martin Asholt:** Literarische Anlagen bei den Schraders.

11.3.1992 **Karl Beckmann:** Brackwede und seine Menschen.

10.3.1992 **Stefan Brakensiek:** Vortrag über Dornberg.

14.4.1992 **O.-W. Bertelsmann:** Schularchive als genealogische Quellen.

Die Vorträge finden um 19.00 Uhr im neuen Vortragssaal des Stadtarchivs, Rohrteichstraße, statt.

Plattdeutsche Arbeitsgruppe: Zusammenkünfte jeden 1. Samstag im Monat um 15.00 Uhr im "Haus der offenen Tür" in Bielefeld an der Kreuzstr. 19a.